Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. Februar 1980
Jg. 8 Nr. 6

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

SPD: Lohnsteuer für Panzer! CDU/CSU: Rentengelder für Fregatten! F.D.P.: Niedrigstlöhne für Höchstleistung!

z.maf. Die ideologische Maskerade, die von den Führern der bürgerlichen Parlamentsparteien in den vergangenen Monaten aufgeführt wurde, ist abgeblasen, die Masken liegen in der Ecke, und die abstoßenden Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie zeichnen sich auf den abgeschminkten Visagen durch. Noch im November bildet man sich mit Reformansätzen. Bis auf die sonst so diskret wirksame Ebene der Landespolitik griff das Spekulationsfieber auf detaillierte Reformansätze durch; da war kein Späth und kein Albrecht und kein sonstwer, der die Gelegenheit ausgelassen hätte. Für die Senkung der Lohnsteuer, für die Verbesserung der Lage der Rentner, für die Gesundheit und den Kampf gegen den Krebs besonders, für Umschulung und Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen, für die Rehabilitation der Unfallopfer und für die Familie ganz besonders und für jedes Kind ein Herz. Jedem einzelnen Reformobjekt stand die Betrugsabsicht auf der Stirn zu lesen. Aber viel Krach macht Stimmung, und mehr war nicht beabsichtigt gewesen. – Allerdings begann man sich in besonnenen Publizistenkreisen bereits zu sorgen, ob in dem ganzen Krakeel nicht doch das eine oder andere schöne Geldinteresse der Bourgeoisie über Bord gehen könnte, und sei es nur versehentlich in der Hitze des beginnenden Bundestagswahlkampfes. – Inzwischen hat die Politikermeute von der widerlich auf Betrug berechneten Spekulation mit der Hoffnung der Massen auf gewisse Erleichterung ihrer Lage durch Reformen abgelassen; mit beiden Händen greifen die bürgerlichen Parlamentsprofis jetzt nach der Gelegenheit, mit der Sorge, ja der nackten Furcht vor militärischen Verwicklungen ein bösartiges und gefährliches Spiel zu versuchen.

Die Bundesregierung, geführt durch Schmidt und angefeuert von der parlamentarischen Situation, ist an der Steigerung der Kriegsgefahr nicht unschuldig. Schmidt hat die Mittelstreckenraketenrüstung unter US-Aufsicht für Europa durchgeboxt. Dadurch wurde beiden Supermächten die Kontrolle und der Einsatz der von ihnen gebildeten, geführten und beherrschten Militärblöcke erleichtert, und ihr Hegemoniestreben konnte sich ruckweise entfalten. Es ist unzweifelhaft, daß Schmidt diese Politik versucht hat in der Hoffnung, Schulter an Schulter mit den USA den imperialistischen Interessen der BRD größeren Wirkungsraum zu verschaffen. Es ist unzweifelhaft, daß die Verschärfung des Kampfes der beiden Supermächte die BRD unter die Interessen der USA nötigt. Es ist ganz sicher, daß Schmidt diese Politik nicht versucht hat, um Anlaß zu finden, sich aus den an die Arbeiterklasse und die Volksmassen gemachten Versprechungen herauszuwinden. Denn diese Politik wird auch die Interessen des BRD-Kapitals unter die US-Interessen ducken und mindestens eine Stange Geld kosten. Aber die natternkalte Gewissenlosigkeit, mit der jetzt alle bürgerlichen Parteiführer versuchen, die Lage zur Befriedung der inneren Gegensätze auszunutzen, wirft im voraus ein Licht auf die Untaten, zu denen diese Leute bei weiterer Verschärfung der Widersprüche sich bereitfinden werden.

Die SPD hat die Gelegenheit ergriffen, sich mit Jux und Schwung von der sowieso auf '81 verschobenen Steuerreform abzusetzen. Im Gespräch ist insbesondere eine Senkung des Grundfreibetrages für Kinder, die 1,4 Milliarden sparen soll. Es war gerade dieser Grundfreibetrag, den der Parlamentsflügel der SPD den Gewerkschaften versprochen hatte, und über diesen Punkt hatte Eugen Loderer von der IG Metall einen politischen Brückenschlag zur Parlaments-SPD versucht. Panzer statt Kindergeld, Schmidt, Matthöfer und Apel haben sich einig erklärt in diesem. Und nicht zu vergessen, stramme Panzergenerale, viel strammer noch als Bastian, der als Schleifer kaum zu übertreffen war.

Strauß hat blitzartig erklärt, die Union sei bereit, auch im Wahlkampf keinen Zweifel zu lassen, daß die BRD im Rahmen der NATO erhebliche Opfer auf sich nehmen müsse. Dabei könne es notwendig werden, familien-, renten- und steuerpolitische Ziele der Union um der Friedenssicherung willen hinauszuschieben. Schon bald könne es sich als wichtiger erweisen, mehr deutsche Fregatten zur Abwehr sowjetischer U-Boote in der Nordsee und im Atlantik zu bauen, wenn amerikanische Flottenverbände abgezogen werden müssen. Mit dem bitter und hart erarbeiteten Geld der Rentner in die Schlacht für die Sicherung des Eigentums ihrer Ausbeuter. Und warum auch nicht, kriegsverwendungsfähig sind sie doch sowieso nicht mehr.

Lambsdorff von der F.D.P. hat eine Sonderrolle zu spielen bekommen. Er hat in einem Atemzuge verkündet, die Bundesregierung rechne mit 7%, und die von den Lohnbewegungen aufgestellten Forderungen mit Festgeldseite für die unteren Lohngruppen seien leistungsfeindlich und führten dazu, daß gerade die Arbeitskräfte, die besonders schwer zu vermitteln seien, abermals überdurchschnittlich teuer würden. Damit werde sich der Rationalisierungsdruck zur Beseitigung gerade dieser Arbeitsplätze erhöhen. – Wahrscheinlich wird weit über die Hälfte des in der BRD überhaupt produzierten Produktes von Arbeitskräften, die auf Ecklohn und darunter eingestuft sind, hergestellt. Der Graf, der bis in die Gesichtszüge von den Konsumgewohnheiten seiner Gesellschaftsklasse geprägt ist und der, drückte man ihm eine Feile oder Schaufel in die Hand, unweigerlich den Eindruck eines Halbaffen machen müßte, beliebt anzudeuten, man gönne ja bis zu 7%, aber die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wären eben eine Belastung, für die Wirtschaft sowieso und für einen schnellen Lohnabschluß ein Hindernis.

Zeigt die westdeutsche Arbeiterbewegung eine Schwäche? Zeigt sie Neigung, sich abermals in einer „Schicksalsgemeinschaft" mit den eigenen Ausbeutern verstricken zu lassen? So viel an geschichtlicher Erfahrung und auch, man soll es nicht übersehen, an politischer Erfahrung, welche die heutige Arbeitergeneration bereits gesammelt hat, spricht dagegen. Die bürgerliche Politik sucht herauszufinden, wie weit man gegenüber dieser Bewegung gehen kann. Mag sein, sie sind schon ein Stück zu weit gegangen.

Besetzung von Akwesasne soll US-Recht durchsetzen

z.bew. Um den Widerstand der Mohawkindianer gegen die Auslieferung von Stammesmitgliedern an US-Gerichte zu brechen, haben Polizisten und Streitkräfte im August das Stammesgebiet Akwesasne (Reservat St. Regis) an der kanadisch-US-amerikanischen Grenze überfallen, Häuptling Kanasarken (L. Thompson) verhaftet und die übrigen Führer der Mohawks in ein Lager zwangsevakuiert und halten sie seitdem dort belagert. Acht Mitglieder der Mohawks haben sich im Mai letzten Jahres gegen die Rodung eines Teiles ihres Landes gewehrt und die Arbeitsgeräte des Bautrupps beschlagnahmt. Mit der Besetzung will die US-Regierung die Anerkennung ihres Gesetzes erzwingen und die Herausgabe der Akwesasne Notes, der größten und ältesten Zeitung des indianischen Widerstandes verhindern.

Afghanistan: Zusammenschluß

Afghanistan: Zusammenschluß von Befreiungskräften

z.krk. In der vergangenen Woche schlossen sich sechs Gruppen afghanischer Befreiungskräfte zur „Islamischen Allianz" zusammen, die den Kampf führen will für die Umwandlung Afghanistans in ein Land des „wahren Islam". Ihren Sprecher, Rabbani, empfingen Vertreter des Politischen Komitees der Islamischen Konferenz, denen er über den Kampf gegen die sowjetischen Invasoren berichtete. – Letztere sind auch in Kabul nicht mehr sicher: in der vergangenen Woche sind fünf ihrer Soldaten auf offener Straße niedergeschossen worden. Die sowjetische Militärführung sah sich gezwungen, die zentralasiatischen Soldaten durch Russen zu ersetzen, die Kräfte um Kabul mußten verstärkt werden. Ministerpräsident Karmal verkündete als Spaltungsmanöver eine „Generalamnestie" für alle Befreiungskämpfer, die sich ergeben.

Mauritius und Äquatorialguinea kündigen SU Fischereiabkommen

z.doj. Mauritius wird das seit 1970 bestehende Fischereiabkommen mit der SU, das im April dieses Jahres ausläuft, nicht erneuern. Damit verliert die SU einen Stützpunkt für ihre Fischraubzüge im Indischen Ozean, die sie von 1970: 130000 t auf 1977: 200000 t Fische gesteigert hatte. Zeitungsberichten aus Mauritius zufolge reagiert die Regierung damit auf die zunehmende Rivalität der beiden Supermächte nach der sowjetischen militärischen Intervention in Afghanistan. Am 18.1. haben 500 mauritische Studenten vor der sowjetischen Botschaft gegen die Intervention demonstriert. – In Äquatorial-Guinea mußte die sowjetische Fischfangflotte den Haupthafen des Landes verlassen, nachdem die Regierung des Landes beschlossen hatte, das bestehende Fischereiabkommen mit der Sowjetunion auf den 1. Januar 1980 zu kündigen.

Tschad trifft Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Einheit

z.inl. In Ausführung der Beschlüsse der Konferenz von Lagos letzten August sind jetzt die ersten kongolesischen Truppenkontingente in N'Djamena, der Hauptstadt des Tschad, eingetroffen. Sie sollen bis zur Bildung einer einheitlichen Armee aus den verschiedenen Streitkräften des Tschad im Land bleiben. Die Übergangsregierung der nationalen Einheit bemüht sich darum, diesen Zeitraum kurz zu halten. Sie beauftragte am 22.1. ihren Präsidenten Oueddei, Führer der FROLINAT, den Abzug der 1200 Mann Militär des französischen Imperialismus umgehend einzuleiten. Verteidigungsminister Habré ist verantwortlich, daß noch bestehende Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs im Land bis zum 10.2. aufgehoben werden. Der bewaffnete Arm der FROLINAT und eine weitere Streitkraft bildeten im Januar eine einheitliche Armee.

Carters Lohnleitlinie ist bereits außer Kraft gesetzt – US-Ölarbeiter weiter im Streik



Der Streik der Arbeiter in 70% der Ölraffinerien trifft das Kriegsprogramm der US-Regierung an einer empfindlichen Stelle. Die Gewerkschaft fordert 5% aus dem alten Vertrag plus 55 cts. die Stunde (der Durchschnittslohn steht bei 9,55$). Seit 8. Januar wird gestreikt, ein 9%-Angebot ist abgelehnt. 7,5 – 9,5% hatte die Regierung soeben als Leitlinie verkündet. Weiter sollen die Kapitalisten 125$ im Monat für Krankenversicherung zahlen, plus 20$ für zahnärztliche Behandlung. Bisher zahlen sie 84$, die Arbeiter 35$. Es ist der erste gewichtige Streik nach Carters Kriegsreden. Er setzt die breite Streikbewegung der US-Arbeiter fort. Das Bild zeigt eine Demonstration zur Unterstützung eines Streiks in Colorado Ende letzten Jahres.

Zimbabwe: Imperialisten verlängern Kriegsrecht und weiten Einsatz der Söldnertruppen gegen die Volksmassen aus

z.hef. Nur mit ihrem Veto glaubt die britische Regierung ihre Verurteilung durch den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen verhindern zu können. Die afrikanischen Staaten hatten die Debatte wegen der Verletzung des Waffenstillstands in Zimbabwe gefordert. Gemeinsam mit Vertretern der Patriotischen Front enthüllten sie am Donnerstag vor dem Weltsicherheitsrat, mit welchen Maßnahmen die Imperialisten die koloniale Beherrschung Zimbabwes aufrechterhalten wollen.

Der britische Gouverneur Lord Soames verlängerte am 11. Januar den Ausnahmezustand um weitere sechs Monate. Damit haben Kolonialarmee und Kolonialpolizei weiterhin die Vollmacht, Zimbabwer unbefristet einzusperren, die Presse zu zensieren, das Kriegsrecht und damit standrechtliche Erschießungen und Ausgangssperren zu verhängen. Tausende, die unter Kriegsrecht eingesperrt sind, wurden bislang nicht freigelassen. 6000 Mann südafrikanischer Truppen sind weiterhin als Einheiten der rhodesischen Armee getarnt in Zimbabwe, trotz des Abzugs der südafrikanischen Einheiten von der Beit-Brücke.

Mit dem Truppeneinsatz verfolgen die Imperialisten zwei Ziele: Sie wollen das Wahlergebnis zugunsten ihrer Marionetten verfälschen, und sie wollen ihre Ausgangsbedingungen für den Kampf um die Macht in Zimbabwe durch Besetzung der befreiten Gebiete verbessern. Den gleichen Zwecken dienen die Versuche, die ZANU zu demütigen – wie durch Beschlagnahme ihrer Wahlplakate wegen „aufrührerischem Inhalt" – und zu isolieren, wie durch Avancen an Nkomo, sich an einer „Anti-Mugabe-Koalition" zu beteiligen. Dabei gehen die Imperialisten nicht davon aus, daß sie einen Wahlsieg der ZANU verhindern können. Aber vielleicht können sie eine Mehrheit der ZANU im Parlament verhindern, in dem die weißen Siedler schon 20 von 100 Sitzen haben. Und das würde ihre Aussichten, die Macht in Zimbabwe weiter zu halten, verbessern. Die Imperialisten wollen Zimbabwe als Neokolonie weiter ausbeuten. Große Summen Kapital aus den imperialistischen Ländern werden neu angelegt, VW z.B. will Golfs in Willowvale montieren lassen, MAN LKWs in Sinoia.

Die rhodesischen Kolonialtruppen werden weiterhin „zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung" gegen das Volk eingesetzt. Vor allem mit den „Hilfstruppen", der Privatarmee Muzorewas, versuchen die Imperialisten, das Land wieder unter Kontrolle zu bekommen, wo die Guerillas in den Sammellagern sind. Die „Financial Times" berichtet über Äußerungen des Majors Nick Fawcett der rhodesischen Armee: „Ihr Job sei, der sozialistischen Ideologie der Guerillas entgegenzutreten ... Eine ihrer Aufgaben sei es, das Volk in dem Wahlverfahren zu unterrichten. Die Strategie der Hilfstruppen sei, ihre Botschaft zu verbreiten und die lokale Bevölkerung vom Einfluß der Guerillas zu lösen, sagte Major Fawcett." (24.1.) Aber die Banden stoßen auf entschiedenen Widerstand der Bauern. Nicht umsonst hat die ZANU Einheiten der Volksmiliz aufgebaut. Dieser Widerstand wird dann von der imperialistischen Presse zum „Bruch des Waffenstillstands durch die Truppen Mugabes" umgefälscht. Genosse Mugabe erklärte am vorletzten Sonntag auf der Kundgebung bei seiner Rückkehr: „Wie wir mit unseren Truppen in diese Sammellager gegangen sind, so können wir auch wieder hinausgehen."

Hunderttausende begrüßen Genossen Mugabe bei seiner Rückkehr nach Zimbabwe



Genosse Mugabe und das ZK der ZANU wurden bei ihrer Rückkehr nach Zimbabwe mit der bislang größten Kundgebung empfangen. „Pamberi ne Hondo", Vorwärts mit dem bewaffneten Kampf, war eine der Hauptlosungen. Foto: AP

z.thr. **Gegen den Widerstand der Bauern und der Bürgerinitiativen wurde am 21.1. bei Gorleben mit dem Ausbau der Tiefbohrstelle 1002 begonnen.** Polizei und BGS mußten selbst den Wald roden. Einige Waldarbeiter verweigerten die Arbeit. Besonders empörte die Bauern die Enteignung der Realgemeinde Gorleben. Dieser gehört der einzige Zufahrtsweg. Sie hatte der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) den Ausbau verweigert. Am 17.1. wies das Oberbergamt der PTB den Weg zwangsweise zu. „Sie können sich Ihren Einspruch sparen, Sie kommen doch zu spät", erklärte die PTB den Bauern. Nach großem Druck wurden den 14 Eigentümern jetzt „Ausnahmegenehmigungen" für die Benutzung erteilt. Baum und Ravens waren kurz hintereinander in Lüchow. Im Februar kommt Hauff. Sie sollen testen, ob Schmidt am 29.2. bei seinem Treffen mit den Länderministerpräsidenten von der „standortungebundenen Planung" (Baum in Lüchow) wieder offen zur standortgebundenen Planung des nukleares Entsorgungszentrums bei Gorleben übergehen kann. Die CDU betreibt die Durchsetzung des Zwischenlagers (verwendbar als Eingangslager für die Wiederaufbereitungsanlage). Am 11.2. sollen auf dem CDU-Kreisparteitag die Reihen geschlossen werden, damit der Kreistag im März das Zwischenlager „verlangt". „Wir wollen überhaupt keine Atomanlagen", darauf beharren die Bauern. Ravens wurde gewarnt: „Der Widerstand der Bauern ist nicht erlahmt. Es muß bald etwas geschehen."



Kampf gegen Tiefbohrungen: Autos blockieren den Zufahrtsweg.



Kampf gegen Tiefbohrungen: Autos blockieren den Zufahrtsweg.

z.gkr. **Hans Matthöfer, Bundesfinanzminister, wurde von der Bundesregierung zum neuen Türkeibeauftragten ernannt.** Er löst damit Walter Leisler Kiep von der CDU ab. Seinen ersten Inspektionsbesuch hat er sofort für den 17. – 19. Februar angesetzt. Er wird dort gleichzeitig als Abgesandter des Internationalen Währungsfonds (IWF) erscheinen. Die Türkei ist hoch verschuldet, auf 14,2 Mrd. Dollar, ca 30% des jährlichen Nationaleinkommens, werden die Schulden geschätzt. Ein gut Teil davon beim IWF, von dem sie nun einen weiteren Kredit von 78 Mio. Dollar braucht. Die angelegten Daumenschrauben haben schon zur Abwertung des Türkischen Pfundes am 24.1. um ca. 33% geführt und zu drastischen Preiserhöhungen, besonders bei Lebensmitteln bis zu 100%. Kurz bevor Matthöfer ernannt wurde, hatte er sich noch mit den Ministern der anderen vier führenden Imperialisten im IWF am 19./20.1. getroffen. Dort wurde u.a. auch über die Türkei„hilfe" verhandelt. Auf jeden Fall ist so die Umsetzung der Repressionen durch den IWF und die BRD-Regierung schneller und sicherer als beim Vorgänger Leisler Kiep.

z.mav. **Ausländische Jugendliche sollen eine Arbeitserlaubnis bekommen, wenn sie ihre „Integrationsbereitschaft" durch Besuch von Berufsgrundbildungsjahr oder -vorbereitungsjahr unter Beweis gestellt haben.** Gegenwärtig gibt die Staatsmacht den ausländischen Jugendlichen, die nach dem 31. Dezember 1976 aus Ländern außerhalb der EG in die Bundesrepublik eingereist sind, keine Arbeitserlaubnis. Mit diesem „Angebot" will der Arbeitsminister die Jugendlichen, von denen 60% nicht die deutschen Schulen besuchen, unter Staatskontrolle bringen. Für diejenigen, die sich immer noch nicht angezogen fühlen, will er einen „Meldeverbund zwischen Einwohnermeldeamt und Schulamt" errichten. Gab es bisher in einigen Bundesländern Unterricht in allen Fächern in der Muttersprache für die ausländischen Kinder, will Ehrenberg diesen abschaffen und auf höchstens ein Jahr beschränken. Die Pflege nationaler Kultur, die religiöse und weltanschauliche Unterrichtung der ausländischen Kinder durch ihre Eltern ist dem westdeutschen Staat zutiefst zuwider, da „hier der Nährboden für soziale Spannungen" entsteht. Islamischer und orthodoxer Religionsunterricht z.B. soll deshalb verstärkt unter deutscher Staatsaufsicht angeboten werden. „Integration der zweiten Ausländergeneration", d.h. Ehrenberg will auch den ausländischen Kindern und Jugendlichen, die in der BRD ausgebeutet werden wie ihre Eltern, die Staatsbürgerrechte verweigern.

z.wob. **Der Deutsche Diabetiker Bund hat dagegen protestiert, daß die Kassen für Zuckerkranke nur noch mehrfach verwendbare Glasspritzen statt Einmalspritzen bezahlen sollen (Diabetes Journal 1/80).** Ehrenbergs sauberes Kalkül: Lieber werden sich die Versicherten die gebrauchsfertigen und sterilen Einmalspritzen selber kaufen, als im Betrieb oder nach der Schicht die Spritzen auskochen. Die Rentner werden sich das keinesfalls leisten können, sich mit den Glasspritzen gefährden oder aufgeben. Somit wären die Umsätze der Pharmaindustrie gesichert, die Arbeiter zahlen selbst und die Rentner sterben schneller. Nach einem ähnlichen Dreh sucht Ehrenberg bei der Streichung der Bezahlung der Medikamente für alle Versicherten. „Weiter Streit um die Arzneimittelrezepte" (Süddtsch. Zeitung, 24.1.80). Nach dem Scheitern der Negativliste des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen hat die Pharmaindustrie eine neue Liste nach ihrem Geschmack vorgelegt. Ehrenberg hat seine „Indikationenliste" wieder hervorgeholt, wonach für ganze Krankheitsgebiete, z.B. niedrigen Blutdruck, nichts mehr verschrieben werden soll. Von den Ärzten soll eine „Positivliste" gefordert worden sein. Die Versicherten haben ein Interesse daran, daß sich die Ärzte nicht auf diesen Streit einlassen. Die Listen müssen vom Tisch.

z.jük. **Im Bundesrat bereiten 8 Länder eine Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vor.** Geplant ist, die Besteuerung beim Erwerb von Grundstücken erheblich zu erweitern, gleichzeitg den Steuersatz von 7 v. Hundert auf 2 v. H. zu senken. In der Begründung heißt es, daß das bisherige Gesetz (von 1940) „stark zersplittert und durch ein Übermaß an Befreiungsvorschriften ausgehöhlt ist". Dazu werden gezählt u.a. Teile des Wohnungsbaus und „der Erwerb von Ein- und Zweifamilienhäu-

z.jük. **Im Bundesrat bereiten 8 Länder eine Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vor.** Geplant ist, die Besteuerung beim Erwerb von Grundstücken erheblich zu erweitern, gleichzeitg den Steuersatz von 7 v. Hundert auf 2 v. H. zu senken. In der Begründung heißt es, daß das bisherige Gesetz (von 1940) „stark zersplittert und durch ein Übermaß an Befreiungsvorschriften ausgehöhlt ist". Dazu werden gezählt u.a. Teile des Wohnungsbaus und „der Erwerb von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen". Wegfallen sollen insgesamt 68 Gesetzes- und 131 Einzelvorschriften, ein „Steuerausfall" sei nicht zu erwarten, durch den „Abbau der Steuerbefreiungen" wird ausgeglichen. Nutzen tut die Änderung direkt der großen Industrie, zahlen müssen die Einkommensklassen, denen Hauskauf möglich ist, sowie Kleinkapitalisten u.ä. Mit der Änderung des Gesetzes wird sich der bürgerliche Staat überhaupt erst die Möglichkeit sichern, Erhöhungen bei der Grunderwerbsteuer durchzuführen, die was bringen. Zum weitern handelt es sich um eine Konzentration der Steuereinnahmen in den Händen der Länderregierungen auf Kosten der Kommunen, denen mit dem neuen Gesetz die jetzt noch erhobenen „Zuschläge zur Grunderwerbsteuer", oftmals ihre einzige größere Einnahmequelle, gestrichen wird.

Grunderwerbsteuer in Mio. DM

Jahre	Landessteuer	Gemeindest. (Zuschlag)
1949	26,1	27,1
1959	147,0	177,0
1966	311,0	420,0
1967	299,0	410,0
1973	676,0	808,0
1974	569,0	815,0
1978	760,0	1056,0

z.ine. **Der Bundesjustizminister spricht sich in seiner Antwort vom 17.1.1980 auf eine kleine Anfrage von Wehner und Mischnick und den SPD- und FDP-Fraktionen im Bundestag für die Beibehaltung des Kontaktsperregesetzes vom 30.9.1977 aus.** (BTDrucks. 8/3565) Durch eine am 24.11.1977 eingerichtete Arbeitsgruppe der Justizminister und -senatoren sind Vereinbarungen z.B. über Isolationstrakte in Gefängnissen getroffen und anschließend umgesetzt worden; Trennscheiben und Kontrolle der Anwaltspost behindern den Kontakt mit dem Verteidiger; wer als Anwalt Hungerstreikerklärungen unterstützt, dem droht strafrechtliche Verfolgung wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Gleichzeitig läßt die Bourgeoisie durch die Rechtsprechung das Parteienprivileg für Meinungsäußerungsdelikte, z.B. §§ 90a, 90b Strafgesetzbuch, abschaffen, während sie die Vorschriften §§ 88a und 130a Strafgesetzbuch als überholt einschätzt und deren Abschaffung plant. Ebenso sehen einige bürgerlichen Politiker das Kontaktsperregesetz wegen der gegen Gefangene und Verteidiger durchgesetzten Unterdrückungsmaßnahmen als überflüssig an, deshalb setzen sie sich jetzt für die Abschaffung oder Abschwächung ein.

Schäbige Strategien gegen Reproduktion der Arbeiter

Bundestag debattiert dritten Familienbericht

z.hev. Im Kern tief gespalten präsentierten sich Regierung und Opposition am 24. Januar in der Debatte über den 3. Familienbericht. Ministerin Huber lobte Mutterschaftsurlaub und Erhöhung des Kindergeldes, die CDU/CSU wollte ein Familiengeld auch für die nichtberufstätige Frau und hat dafür auch schon Gesetzesinitiativen aus dem Bundesrat gestartet. Die Christdemokraten reden von Ungerechtigkeit gegen die Hausfrau und Mutter, die vom Mutterschaftsurlaub nicht profitiere. Antje Huber dazu: Die Opposition wolle „den Frauen und Müttern ihre Berufstätigkeit abkaufen".

Beide Lager, Regierung wie Opposition, treten nicht für einen Lohn ein, der die familienmäßige Reproduktion tatsächlich ermöglicht. Die Christdemokraten treten auf der Grundlage der bereits vorhandenen weiten Spreizung der Familieneinkommen für eine weitere Stärkung der Familien ein, die über dem Durchschnitt liegen. Wir haben dies in der Kommunistischen Volkszeitung 40/79 statistisch nachgewiesen. Dazu dient das Familiengeld. Die Sachverständigenkommission des 3. Familienberichts baut dieses Familiengeld zu einem Vorschlag für ein „Erziehungsgeld" aus in Höhe der Entlohnung für Halbtagsarbeit, gestaffelt nach der Kinderzahl und für die Dauer von zwei bis drei Jahren, rund 400 bis 500 Mark im Monat mit Gesamtkosten von 6 Milliarden Mark im Jahr. Die Sozialdemokraten legen den Schwerpunkt ihrer bevölkerungspolitischen Aktivitäten auf die Familien mit geringerem Einkommen, damit die Frauen weiterarbeiten. Die Sachverständigen machen hier Vorschläge, „zur Erleichterung des Übergangs von Erwerbsarbeit zu Familienaufgaben". Da ist einmal die Förderung von Teilzeitarbeit besonders in den öffentlichen Diensten. Dann die „Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes" und „familiengerechte Öffnungszeiten" der staatlichen Ämter, die Anrechnung der Erziehungszeiten auf die Rentenversicherung und Arbeitsplatzgarantien für Frauen mit Kindern ähnlich den Regelungen bei Wehrpflichtigen.

Das sind sozusagen die Kernvorschläge, an die sich noch eine ganze Latte von Überlegungen anschließen, angefangen von der Ganztagsschule über die Wohnungssituation bis zur Sozialhilfe. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen ändern nichts an der bestehenden Lohnverteilung, sondern machen die Arbeiterfamilien zu Bedürftigen, die sich für das Prämienangebot aus der Staatskasse mit der Ausweitung der staatlichen Kontrolle in alle Poren des Arbeiterlebens abfinden sollen. Die Arbeiterklasse hat immer verlangt, daß sie ihre gesamten Reproduktionskosten einschließlich der Kinderaufzucht aus dem Lohn bestreiten kann. Dies ist gegenwärtig immer weniger möglich. Die Sachverständigen befürchten deshalb, daß eine Maßnahme wie das Erziehungsgeld „gesellschaftlich irreversibel" sein könnte und von der Arbeiterklasse wie der Lohn behandelt wird, den man sich erstreiken muß. Darüber gibt es auch in der CDU/CSU Streit. Die Sozialdemokraten meinen, nicht auf ein großes Reservoir von Frauen für den Arbeitsmarkt verzichten zu können, und wollen beides: viele Kinder und viele Frauen als Arbeitskräfte. Der Ministerin Huber Spruch vom Abkaufen der Berufstätigkeit war kein Plädoyer für die Emanzipation der Frau.



EG: „Gemeinsame Fischereipolitik" nicht in Sicht

Briten halten an Vorzugsrechten fest / Kampf der irischen Fischer gegen EG-Trawler

z.elb.Brüssel. Am 29. Januar konferierten die für die Fischerei zuständigen Minister der EG-Mitgliedsstaaten. In der trügerischen Hoffnung, die britischen Imperialisten würden nicht zu-

„Handelsblatt" siegessicher: „Briten beugen sich dem Wunsch der Partner". Ist jetzt endlich die Fahrt frei für eine „gemeinsame Fischereipolitik"? Die besteht für die BRD-Impe-

Die Minister beschlossen, daß ab 1. Juli dieses Jahres sämtliche Fischer ein Logbuch über die Menge des angelandeten Fisches führen müssen. Kein Wunder, daß Walker hier ohne Wenn

Sozialdemokraten legen den Schwerpunkt ihrer bevölkerungspolitischen Aktivitäten auf die Familien mit geringerem Einkommen, damit die Frauen



EG: „Gemeinsame Fischereipolitik" nicht in Sicht

Briten halten an Vorzugsrechten fest / Kampf der irischen Fischer gegen EG-Trawler

z.elb.Brüssel. Am 29. Januar konferierten die für die Fischerei zuständigen Minister der EG-Mitgliedsstaaten. In der trügerischen Hoffnung, die britischen Imperialisten würden nicht zugleich an zwei Fronten hart bleiben, den EG-Haushaltsverhandlungen und der Fischereipolitik, drängten die anderen, voran die westdeutschen, Imperialisten auf Beschlüsse bei der Festlegung von Fangquoten, eines Kontrollsystems der Fänge und der Verabschiedung von Fischereiabkommen zwischen der EG und einigen anderen Ländern. Auf den Tag genau zwei Jahre lang hatten die britischen Imperialisten den Rat der EG zu immer wieder bloß „vorläufigen" Beschlüssen gezwungen in Ermangelung eines Vertrages über die „gemeinsame Fischereipolitik". Der scheiterte daran, daß die britischen Imperialisten an ihrem vorrangigen Zugang zu ihrer 50-Seemeilen-Zone festhielten, Festlegungen über Fangquoten und -kontrolle dort ablehnten.

Der britische Landwirtschaftsminister Walker hat nun einer Fangquote in der Nordsee und im Nordatlantik von insgesamt 2,22 Mio. t 1980, der monatlichen Meldung der tatsächlich gefangenen Fische und den Fischereiabkommen mit einigen Drittländern – diesen mit Vorbehalt – zugestimmt. Das „Handelsblatt" siegessicher: „Briten beugen sich dem Wunsch der Partner". Ist jetzt endlich die Fahrt frei für eine „gemeinsame Fischereipolitik"? Die besteht für die BRD-Imperialisten vor allem darin, sich noch größere Fangmengen in den Seegebieten der anderen EG-Staaten und mittels der EG weit darüber hinaus zu sichern. 1978 konnten die westdeutschen Fischereimonopole 64,25% ihres gesamten Fangs in ausländischen Gewässern, vor allem im Nordwestatlantik, verbuchen. Beim „Handelsblatt" war wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens. Denn die britische Zustimmung zu einer *Gesamt*fangquote, die ca. 13% unter der des Vorjahres liegt – was die Überfischung in einigen Meeresgebieten hinreichend zum Ausdruck bringt –, bedeutet keineswegs, daß eine Einigung über die Fangmengen der einzelnen Staaten erreicht wäre.

Diese Schlacht muß erst noch geschlagen werden; und sie wird umso heftiger, als die britischen Imperialisten nach wie vor an ihren Vorzugsrechten in der 50-Seemeilen-Zone festhalten. Deshalb auch ihre nur vorbehaltliche Zustimmung zu den längst von der EG-Kommission ausgearbeiteten Fischereiverträgen mit Norwegen, Schweden, Färöer, Spanien, Guinea-Bissao und Senegal.

Die Minister beschlossen, daß ab 1. Juli dieses Jahres sämtliche Fischer ein Logbuch über die Menge des angelandeten Fisches führen müssen. Kein Wunder, daß Walker hier ohne Wenn und Aber zustimmte; erstens beinhaltet diese Maßnahme keinerlei Zugeständnis an die Fänge der anderen Fischereimonopole in der britischen 50-Seemeilen-Zone, zweitens ist sie ein vorzügliches Mittel, die irischen Küstenfischer endgültig unter die Knute des im Oktober von der britischen Regierung erlassenen Heringsfangverbotes und der schon früher um zwei Monate verkürzten Fangsaison zu zwingen. Mehrere Male hatten die kleinen Fischer diese Verbote in gemeinsamen Aktionen durchbrochen. Denn durch die Beschränkung der Saison sind ihre Erträge um 60% zurückgegangen; die EG-Trawler fischten in der Saison 1978/79 im Rahmen der 5%-Beifangregelung der EG ein Drittel des gesamten Heringsfangs vor der irischen Küste, allein die niederländischen Trawler fangen in einem Zug mehr als die irischen Fischer in der ganzen Saison.

Die Vereinigung der Lachs- und Küstenfischer beschloß, eine eigene Fischereizone zu erklären und die EG-Trawler nicht länger in ihren Gewässern zu dulden.

z.ebk. **In Hamburg, München und Frankfurt sind Zehntausende von persönlichen Daten von Stromkunden an das Bundeskriminalamt weitergegeben worden.** Der Bundesgerichtshof hatte die Daten beschlagnahmt, weil „sie für die Ermittlung von Bedeutung sind". Nach der FR vom 31.1. hat der BGH die Sache als „Verschlußsache" angeordnet und die Elektrizitätswerke zu einer „Stillhaltefrist" verpflichtet, innerhalb der nichts über dieses Fahndungsprogramm des BKA berichtet werden dürfe. Tatsächlich wendet das BKA die Methode schon länger an. Sein „Fahndungsprogramm ‚Annoncen'" diente der systematischen Durchkämmung von 1 – 3-Zimmerwohnungen. „Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß in der Wohnung ... bereits terroristische Gewalttäter wohnen." „Steht fest, daß der Mieter mit Kindern eingezogen ist, dann ist es nicht erforderlich, weitere Daten zu erfragen." „Bevor der Briefträger, der Hausmeister oder der Nachbar befragt werden, sollen alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden." Dazu zählte bereits damals die Ermittlung bei E-Werken, „ob dort eine Änderung des Abnehmers oder der Zahlungsmodalitäten registriert ist."

z.lup. **Verschärfte Unterdrückung und Kontrolle der türkischen Arbeiter in der BRD ist die Konsequenz der Bundesregierung aus der Ermordung des türkischen Berufsschullehrers Celattin Kesim durch türkische Faschisten.** Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Thüsing, ob die Bundesregierung ein Verbot faschistischer türkischer Organisationen erwäge, erklärte Schoeler, Staatssekretär im Innenministerium, weiter: „Wir haben darüber hinaus die Länder gebeten, ihre Beobachtungstätigkeit ebenfalls zu verstärken. Wir haben die Länder aufgefordert, dort, wo es nun nicht um eine beobachtende Tätigkeit der Behörden für Verfassungsschutz, sondern um die Durchführung konkreter, einen Einzelfall betreffender Maßnahmen des Ausländerrechts, des Polizeirechts oder des Strafrechts geht, die vorhandenen Mittel auszuschöpfen." – Einen Tag später, am 19. Januar, hat die Polizei in Schömberg 11 Mitglieder des dortigen türkischen Arbeitervereins unter dem Vorwurf des versuchten Totschlags und schweren Landfriedensbruchs festgenommen. Sie hatten Flugblätter gegen die „grauen Wölfe" verteilt und waren dabei von türkischen Faschisten überfallen worden.



Demonstration in Westberlin nach der Ermordung Celattin Kesims

z.wig. **Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und die Fachtagung Ernährung, Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau der vds einigen sich über Einbeziehung der Auszubildenden und Praktikanten in die Lohn- und Manteltarife für Landarbeiter.** Nach Verhandlungen der Fachtagung der vds mit Vertretern des Hauptvorstandes der GGLF hat der geschäftsführende Hauptvorstand folgende Forderungen für die kommende Tarifrunde beschlossen: Grundsätzlich

Generalstreik im besetzten Palästina

Gegen „Autonomie"pläne / Auf dem Sinai ist Ägypten nach wie vor nicht souverän

z.ans. Am 25.1. haben sich die Zionistentruppen hinter die im israelisch-ägyptischen Separatfrieden vom März 1979 festgelegte vorläufige Demarkationslinie El Arish – Ras Muhammad auf der Sinai-Halbinsel zurückgezogen. Israel hatte den Sinai im sechstägigen Raubzug 1967 zusammen mit dem Westjordanland, dem Gazastreifen und den Golanhöhen erobert. Obgleich israelische Truppen einen Teil des Sinai weiterhin besetzt halten, muß Ägypten kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen mit Israel aufnehmen, alle seine Verkehrswege öffnen und Botschafter austauschen. Bisher hat sich freilich in Kairo noch niemand bereitgefunden, den Zionisten ein Botschaftsgebäude zu verkaufen.

Gegenüber dem ägyptischen Volk konnte das Sadat-Regime den Separatfrieden nur mit der Behauptung durchsetzen, wenigstens werde damit die ägyptische Souveränität auf dem Sinai wiederhergestellt. Davon kann keine Rede sein. Garantiert ist, daß Israel weiterhin militärischen Druck auf Ägypten ausüben kann: Ein Drittel der Sinai-Halbinsel bleibt bis April 1982 unter zionistischer Besatzung, damit zwei Luftwaffenbasen und eine der Ölquellen. In einer Pufferzone entlang der vorläufigen Demarkationslinie darf Ägypten keine Truppen stationieren. Die Stärke der ägyptischen Einheiten in den anderen Teilen des Sinai ist haargenau vorgeschrieben. Ab 1982 darf Ägypten in der Zone an der Grenze zu Israel nur Polizeieinheiten einsetzen, während Israel auf der anderen Seite Militär stationiert. Für die Rückgabe eines Teils der Sinai-Ölquellen mußte sich Ägypten verpflichten, künftig 2 Mio. t Erdöl jährlich an die Zionisten zu liefern, rund das Doppelte der voraussichtlichen Produktion dieser Quellen.

Die US-Imperialisten haben Ägypten einen Frieden diktiert, der es von der übrigen arabischen Welt isoliert. Ägypten muß den Friedensvertrag über alle anderen vertraglichen Verpflichtungen stellen. Die geforderte „Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Israels" schließt
kennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Israels" schließt
die Unterstützung des Kampfes für ein unabhängiges, demokratisches Palästina aus.

Die zionistische Siedlungspolitik und die Autonomiepläne Israels für die 1967 okkupierten Gebiete zeigen, daß das Siedlerregime die durch die US-Imperialisten mit dem Separatfrieden erpreßte Rückenstärkung zu nutzen gedenkt zur Annexion des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Ende September hat die Siedlungskommission einen Plan veröffentlicht, nach dem innerhalb der nächsten anderthalb Jahre weitere 20000 Israelis in den besetzten Gebieten angesiedelt werden sollen. Bisher sind es rund 16000. Anfang Januar hat die israelische Regierung beschlossen, mit Wirkung vom 1.1.81 einen der wenigen arabischen Großbetriebe zu enteignen, die Ostjerusalemer Elektrizitätsgesellschaft, die seit 1928 den größten Teil des Westjordanlandes mit Energie versorgt. Anfang Januar wurde in den besetzten Gebieten gegen die geplante Enteignung gestreikt. Die palästinensische Gewerkschaftsbewegung ist in dem Betrieb besonders stark.

Am 31.1.80 haben in der Nähe von Tel Aviv erneute Autonomie-Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten unter der Fuchtel des US-Nahostbeauftragten Linowitz begonnen. Laut Vertrag muß die Autonomiefrage bis zum 26. Mai unter Dach und Fach sein. Die „autonomen" Gremien, die das Siedlerregime für die Palästinenser vorsieht, haben nur organisatorische und administrative Funktionen. Alle entscheidenden Befugnisse bleiben in den Händen der Besatzer. Ostjerusalem wird ausgeklammert, die Siedlungspolitik weitergeführt. Die ägyptische Regierung, um Überwindung ihrer Isolierung von den anderen arabischen Staaten bemüht, lehnt dieses Modell ab. Sie fordert ausführende und gesetzgebende Gewalt für die Selbstverwaltungsorgane, Beendigung der Siedlungspolitik und Einbeziehung Ostjerusalems.

Die US-Imperialisten wollen einerseits das Siedlerregime als ihre Festung im Nahen Osten ausbauen und stärken. Andererseits hoffen sie auf die Anerkennung einer Autonomielösung durch Saudi-Arabien, die Golfstaaten, Marokko und evtl. auch Jordanien. Die Rollen sind verteilt: Israel soll eine Farce von Autonomie vorschlagen, die für Ägypten unannehmbar ist. Die US-Imperialisten gedenken sich hernach als große Kompromißstifter aufzuspielen. Die Konferenz von Islamabad hat gezeigt, daß diese Rechnung nicht aufgehen wird. Genausowenig wie die, über Autonomieversprechungen einen Teil der palästinensischen Bourgeoisie von den Massen in den besetzten Gebieten abzuspalten. Das zeigt der erfolgreiche Kampf gegen die Ausweisung des Bürgermeisters von Nablus Bassam Shaka, der von allen Teilen des palästinensischen Volkes geführt worden ist.

Ende Dezember haben die Bürgermeister der besetzten Gebiete erneut die Beendigung der zionistischen Siedlungspolitik gefordert und folgende Positionen bekräftigt: „Ihre Überzeugung von dem Recht des palästinensischen Volkes, einen unabhängigen Staat unter Führung seiner einzigen legitimen Vertreterin innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete, der PLO, zu gründen; ihre kategorische Ablehnung aller Beschlüsse von Camp David und der Autonomiepläne und ihr Bedauern über alle bereits laufenden Verhandlungen, um diese Beschlüsse auszuführen. Unser Volk im Westjordanland, in Gaza und im Exil stellt eine unteilbare nationale Einheit dar, und sein Recht auf Selbstbestimmung, auf Rückkehr und auf den unabhängigen Staat sind unverzichtbare Forderungen."

Mitglieder der „Gruppe 27", eines Zusammenschlusses von 17- und 18jährigen Israelis, haben in einem Brief an den Verteidigungsminister erklärt: „Aufgrund unserer Ablehnung von Besetzung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes werden wir es ablehnen, unseren Militärdienst in den besetzten Gebieten zu leisten." Die zionistischen Annexionspläne schwinden selbst unter den Siedlern die Basis.

Die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten haben ihre Einheit gefestigt und sich in den zahlreichen Streiks und Demonstrationen der letzten Zeit als Hauptkraft im Kampf für ein unabhängiges, demokratisches Palästina erwiesen. Gegen den Separatfrieden von Camp David und die Autonomiepläne hatte die PLO für den 27. Januar zu einem Generalstreik in den besetzten Gebieten aufgerufen. Schulen, Geschäfte und Fabriken blieben geschlossen. Auch Palästinenser in den schon 1948 besetzten Gebieten haben sich an dem Generalstreik beteiligt. Das für Juni vorgesehene Referendum über die Autonomieregelung, mit dem die palästinensischen Volksmassen die Aufgabe ihres Kampfes erklären sollen, wird boykottiert werden.



Demonstration in Al-Beira gegen die zionistische Landraubpolitik, Nov. 1978





Nur das bewaffnete Volk selbst kann wirkliche Unabhängigkeit vom Imperialismus erkämpfen. In Islamabad haben die islamischen Staaten dem afghanischen Volk Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf zugesagt.

Islamische Außenministerkonferenz gegen imperialistische Einmischung beider Supermächte

z.ulg. Die sowjetischen Sozialimperialisten hatten sich eingebildet, ihre Invasion Afghanistans im Windschatten der US-Interventionsdrohungen gegen Iran über die Bühne bringen zu können, ohne in der Dritten Welt auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Der Menschenrechtsapostel Carter wiederum sah damit die Stunde gekommen, mit der Breschnew-Doktrin gleichzuziehen und einen unverhohlenen Hegemonialanspruch über die Golfstaaten zu verkünden. Während sich die US-Imperialisten für diesen Plan von der islamischen Außenministerkonferenz in Islamabad Rückendeckung oder wenigstens stillschweigende Duldung erhofft hatten, hatte die andere Supermacht von vornherein versucht, das Zustandekommen einer repräsentativen Konferenz überhaupt zu verhindern. Gescheitert sind sie alle beide.

Nur die am stärksten von der Sowjetunion abhängigen arabischen Staaten, Südjemen und Syrien, nahmen an der Konferenz nicht teil. Und obwohl Gromyko eigens dafür nach Damaskus gereist war, hat er die syrische Regierung nicht zu einer öffentlichen Billigung der sowjetischen Aggression gekriegt. Gegen die Absicht der US-Imperialisten, im Nahen Osten und am Golf Militärstützpunkte einzurichten, hat die Konferenz einen irakischen Antrag angenommen, in dem gegen alle Versuche „bestimmter westlicher Mächte" Stellung genommen
cher Mächte" Stellung genommen
wird, „die durch die sowjetische Intervention in Afghanistan geschaffene neue Lage auszunutzen, um in der islamischen Welt wieder imperialistische Einmischung einzuführen."

Auf Antrag Somalias hat sich die Konferenz gegen die Anwesenheit sowjetischer und kubanischer Truppen am Horn von Afrika gewandt und die Liquidierung *aller* ausländischen Militärbasen in dieser Region gefordert. Wenige Tage zuvor hatte Carter noch vor dem US-Kongreß getönt: „Wir treffen jetzt Arrangements für Marine- und Luftwaffenstützpunkte in Nordwestafrika und am Persischen Golf zur Benutzung durch unsere Streitkräfte."

Gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan wurde einstimmig eine Elf-Punkte-Erklärung angenommen: „Die Konferenz verurteilt die sowjetische militärische Aggression gegen Afghanistan, die eine Verletzung allen internationalen Rechts darstellt, und fordert die Regierungen der ganzen Welt auf, aufzustehen und diese Aggression anzuprangern. Sie fordert den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller sowjetischen Truppen." Soweit entspricht der Text dem kürzlichen Beschluß der UNO-Generalversammlung. Doch in wichtigen Punkten geht er darüber hinaus: „Die Konferenz fordert die Mitgliedstaaten auf, das illegale Regime in Afghanistan nicht anzuerkennen und die diplomatischen Beziehungen mit diesem Land bis zum vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen abzubrechen."

Wichtiger noch, die islamischen Staaten unterstützen ausdrücklich den bewaffneten Widerstandskampf des afghanischen Volkes, der allein aller imperialistischen Einmischungsversuchen – und sei es unter dem Stichwort „Hilfe für Pakistan" – einen Riegel vorschieben kann. „Die Konferenz empfiehlt allen Mitgliedsstaaten, das afghanische Volk in seinem gerechten Kampf materiell und moralisch zu unterstützen. Sie erklärt ihre volle Solidarität mit den an Afghanistan grenzenden islamischen Ländern gegen jede Bedrohung ihrer Sicherheit." Entsprechend hat sich der neue iranische Präsident Bani Sadr geäußert: „Wir werden uns nicht von der Hegemonie einer der beiden Supermächte befreien, um unter die Fuchtel der anderen zu geraten ... Keine Militärhilfe (an Pakistan) wird genügen, um der russischen Armee zu widerstehen. Man muß das
wird genügen, um der russischen Armee zu widerstehen. Man muß das
Volk bewaffnen, das allein sein Land verteidigen kann."

Schließlich hat die Konferenz die Mitgliedsstaaten aufgefordert, „die Nichtbeteiligung an den Olympischen Spielen in Moskau ins Auge zu fassen, wenn die sowjetischen Truppen nicht abgezogen werden." Zu diesem Punkt haben Iran, Irak, Algerien und Senegal Vorbehalte angemeldet.

TASS schäumte am Tag nach der Konferenz über „unverschämte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans". Der Begriff von „Nichteinmischung" ist in den Moskauer Redaktionsstuben offenbar ebenso weit wie das russische Kolonialimperium. Doch auch die Frankfurter Banker sind unzufrieden. Unter der Überschrift „Zerstrittene Muslims" beklagt die „FAZ" – die Einheit der islamischen Staaten, die sich auch durch die sowjetische Invasion nicht unter die Fuchtel der anderen Supermacht haben drängen lassen.

für das 3. Ausbildungsjahr bei Vollendung des 18. Lebensjahres eine Vergütung von 700 DM im Monat. Für die Praktikanten im Vorpraktikum soll die Bezahlung des 2. Ausbildungsjahres (600 DM), für Praktikanten, die bereits studieren, die Ausbildungsverträge des 3. Jahres gelten. Es ist die erste vertragliche Vereinbarung über die Einbeziehung der Praktikanten in die Tarifverträge. Die nächste Fachtagung der Landwirtschaftsstudenten am 6.2. in Göttingen wird die gemeinsame Vorbereitung des Tarifkampfes mit der GGLF beraten.

z.mif. **„Nur aus Gründen des öffentlichen Interesses" ist die Ausschließung von der Benutzung des Telefons zulässig** (§7 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen 1977). Die Bundespost hat die Vorbereitungen abgeschlossen, um im Notstands- oder Katastrophenfall auf jeder befohlenen Stufenleiter einzelnen oder den Massen insgesamt die Telefone abzustellen. Die Innenminister von Bund und Ländern und der Bundespostminister haben Richtlinien beschlossen; den Ländern ist überlassen, auf welcher Ebene und in welcher Zusammensetzung die Abschaltgremien gebildet werden. Technisch ist nach Mitteilung der Post das Abschalten „im Handumdrehen" möglich. – Grundlage ist das Fernmelde-, Fernsprech- und Funkmonopol des Bundes, das der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ausübt – mit Ausnahme von „Anlagen, die zur Verteidigung des Bundesgebietes bestimmt sind" (§1).

z.elf. **Noch vor Ostern will die Bundesregierung über „Krisenvorräte" für die sogenannten „strategischen Rohstoffe" beschließen.** Die Rohstoffe Mangan, Chrom, Vanadium und Asbest sind unentbehrlich für die Rüstungsindustrie, Mangan, Chrom und Vanadium für die Stahlveredelung. Chrom dient als Legierungsmittel für besonders harten, korrosions- und zunderbeständigen Stahl, Kobalt wird für Magnetlegierungen in der Elektroindustrie verwandt und ist außerdem Kontaktsubstanz bei der Treibstoffsynthese nach Fischer-Tropsch. Mangan wird als Zusatz für Leichmetallegierungen u.a. im Flugzeugbau gebraucht, Manganverbindungen dienen als Sauerstoffträger und Katalysatoren in Zündmischungen, Asbest wird für feuerfeste Schutzkleidung und entsprechendes angewandt. Die BRD-Kapitalisten müssen diese „besonders sensiblen Rohstoffe mit hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung und Bezugsrisiken" importieren. Zum großen Teil aus Afrika (Vanadium, Mangan und Chrom aus Südafrika), Chrom zu etwa 30% aus der UdSSR. In einer „Studie zu Fragen der Energieversorgung" des Bundesverteidigungsministeriums, die nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs von Bülow geheim bleiben soll, um Unruhe zu vermeiden, werde die Abhängigkeit der BRD von den Rohstoffen aus Afrika untersucht. Die Versorgung werde als äußerst gefährdet angesehen, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30.1. Schon im November '78 hatte Graf Lambsdorff im Bundestag den Kapitalisten zugesichert, der Staat sei bereit, der Wirtschaft die politischen Risiken bei der Vorratshaltung an Rohstoffen weitgehend abzunehmen. Der von Lambsdorff dem Kabinett jetzt vorgelegte Entwurf für die „Krisenvorräte" sieht eine „Vertragslösung" vor: Die Kapitalisten sollen einen Mehrvorrat an „strategischen Rohstoffen" über den vorhandenen Lagervorrat hinaus für insgesamt ein Jahr anlegen. Die Bundesregierung will ihnen die Kosten für die Lagerhaltung großzügig kreditieren, insgesamt in Höhe von etwa einer Milliarde Mark. Die Kapitalisten sparen so nicht nur Lagerkosten, sie haben auch einen größeren Verhandlungsspielraum, um Rohstoffe billiger einkaufen zu können.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

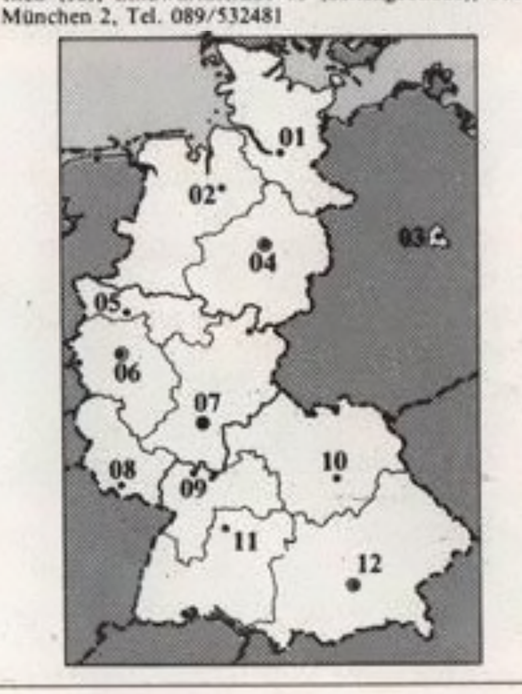
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.uwz. **„IG Metall fordert: Keine Auslese durch das BGJ – mindestens eine 3-jährige Ausbildung" vermeldete der NDR über dje Jugenddemonstration des DGB, an der 3000 Lehrlinge und Schüler teilnahmen.** Statt die wohlgereimten Sprechparolen der SDAJ auch noch auf Transparente zu schreiben, traten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen unter ihren Forderungen an. Geführt wurde die Demonstration von der ÖTV mit Forderungen zum MTV-A. Was manche als alljährliches Dampfablassen geplant hatten und von



Klose begrüßt wurde, brachte aber zum Ausdruck, daß die Arbeiterjugend sich im Kampf für ihre Forderungen in den DGB-Jugendgruppen zusammenschließt.

r.hek. **Am Sonnabend, dem 19.1.80, fand die Bereichstagung des Bundeswehrverbandes mit Vertretern der Kameradschaften aus den Standorten Glücksburg, Flensburg-Mürwik, Kappeln und Eckernförde statt.** Der Bundeswehrverband kommt durch die Zeit- und unteren Berufssoldaten unter Druck. Nach der anfänglichen Auffassung, die der Bezirksvorsitzende Rücker, „Schwimmende Verbände Ostsee Nord", vertrat, daß „die in der Flotte dienenden Soldaten noch die häusliche Wärme in ihrem Beruf fehlen ließen", mußte er sich korrigieren und forderte darauf die Beschränkung der Versetzungshäufigkeit. Der Bundeswehrverband kritisierte weiterhin den Bericht des Bundesverteidigungsministeriums „über die soziale Lage in der Bundeswehr", da dort nur finanzielle Idealverhältnisse als Beispiele genannt worden seien.

zialarbeiter, die sie für geschickter hält im Verhindern von sogenannten Subkulturen, sprich Zusammenschlüssen der inhaftierten Jugendlichen gegen die Unterdrückung. Dezentralisieren will sie das soziale Problem der Jugendkriminalität, um es in Neumünster mit der sowieso schon höchsten Kriminalitätsrate in Schleswig-Holstein nicht über die Maßen zuzuspitzen.

b.ana. **Trotz zahlreicher gewerkschaftlicher Kämpfe an den Fachbereichen der Universität sank die Wahlbeteiligung bei den Studentenparlamentswahlen von 32% im vergangenen Semester auf 24,7%.** Die Studenten müssen sich besser gewerkschaftlich organisieren.

	Liste	Direktkandidaten
Jusos	1641 (2062)	1935 (2417)
MSB	1063 (1500)	1290 (1627)
SHB	900 (1158)	1332 (1772)
LHV	878 (1218)	774 (1120)
RCDS	950 (1170)	900 (713)
Linke Liste	970 (1328)	849 (1441)
KHG	102 (114)	251 (259)*

* In zwei Wahlkreisen unterstützte die KHG die Kandidatur von Institutsgruppen. In Klammern das Ergebnis des Vorjahres.

b.row.Kiel. **Der Prozeß wegen Kindesmißhandlung gegen Frau M.(siehe KVZ 49/79) am 7.12.79 und 30.1.80 vor dem Amtsgericht in Kiel wurde vorläufig eingestellt.** In der Verhandlung wurde ein Brief von neun Sozialpädagogen verlesen, in dem die Einstellung des Verfahrens gefordert wird und die Erhöhung des Kindergeldes und seine Nichtanrechnung auf die Sozialhilfe, da nur solche Maßnahmen geeignete Mittel zur Verhinderung von Kindesmißhandlungen sind. Selbst dem Gericht konnte nicht verborgen bleiben, daß der Lohn von Herrn M. (Baufacharbeiter) nebst Überstunden und Akkord nicht ausreicht, eine sechs-köpfige Familie zu ernähren, und daß die fehlenden letzten 2,50 DM aus dem Haushaltsportemonnaie keine Kleinigkeit sind, wie in der Anklage behauptet. Von ihrem Vorhaben, Frau M. schuldig zu sprechen, mußte das Gericht absehen, konnte aber wegen geringer Öffentlichkeit Familie M. mit 290 DM Geldbuße bestrafen.

b.thc. **Mit 31,6 Mio. DM in den nächsten drei Jahren will die Stadt Kiel den Ausbau des Kieler Hafens vorantreiben.** Ziel ist es gegen den Lübecker Ha-

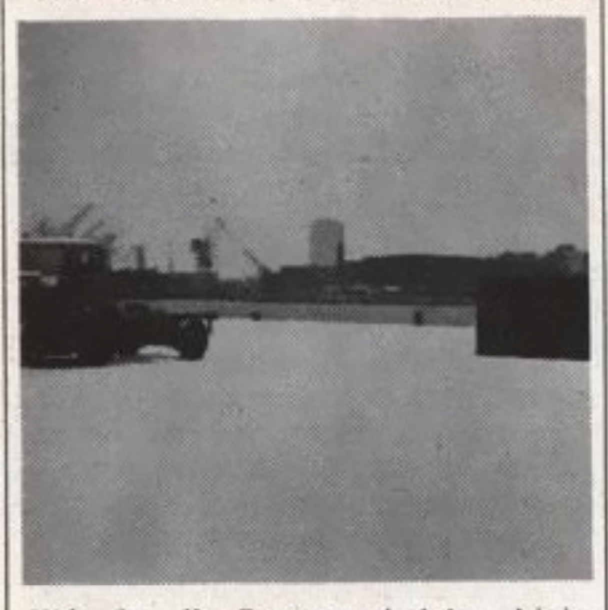
Glücksburg, Flensburg-Mürwik, Kappeln und Eckernförde statt. Der Bundeswehrverband kommt durch die Zeit- und unteren Berufssoldaten unter Druck. Nach der anfänglichen Auffassung, die der Bezirksvorsitzende Rücker, „Schwimmende Verbände Ostsee Nord", vertrat, daß „die in der Flotte dienenden Soldaten noch die häusliche Wärme in ihrem Beruf fehlen ließen", mußte er sich korrigieren und forderte darauf die Beschränkung der Versetzungshäufigkeit. Der Bundeswehrverband kritisierte weiterhin den Bericht des Bundesverteidigungsministeriums „über die soziale Lage in der Bundeswehr", da dort nur finanzielle Idealverhältnisse als Beispiele genannt worden seien.

r.ant. **Der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht hat festgestellt, daß der Assessor Drude entgegen der Auffassung der Rechtsanwaltskammer nicht als unwürdig anzusehen ist, den Beruf des Rechtsanwaltes auszuüben.** Ihm wurden zwei Verurteilungen aus politischen Strafprozessen, Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und die Unterstützung einer Resolution gegen seine Nichtzulassung, speziell gegen das Erfordernis der Staatstreue zur Last gelegt. Allerdings: Ob Drude eventuell nicht bereit sein könnte, die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren, wie es in dem vom Rechtsanwalt abzulegenden Eid heißt, sei nicht Verfahrensgegenstand. In einer von 165 Rechtsanwälten besuchten Anwaltskammerversammlung in Bremen, die sich mit der vom Kammervorstand abgelehnten Zulassung der Assessorin Linder befaßte, wurde der Antrag, sich für die Zulassung auszusprechen, abgelehnt. Für diese Frage sei ausschließlich das Ehrengericht zuständig. Gleichzeitig wurde in einer Abstimmung der Standpunkt bekräftigt, daß die Rechtsanwaltschaft sich gegen die Auferlegung von Beamtenpflichten wendet. Dies hatte die Versammlung des Anwaltsvereins vor einem Jahr in einer Resolution beschlossen.

b.ros.Kiel. **40 Mio. DM will die schleswig-holsteinische Landesregierung für den Neubau einer Jugendstrafanstalt auf dem Gut Moltsfelde bei Neumünster ausgeben.** Die SPD-Opposition spekuliert mit der doppelten Summe. Geplant sind mehrere Häuser, in denen die Jugendlichen, in Wohngruppen zusammengefaßt, sich tagsüber „frei" bewegen dürfen. Justizminister Claussen betont den „Erziehungsanspruch des Jugendstrafvollzugs", den er durch die zwei Psychologen und acht Sozialarbeiter für die 350 Gefangenen gewährleistet sieht. Verdeckt werden soll damit nur die totale Kontrolle der Jugendlichen durch Vollzugsbeamte: 1:2 soll das Verhältnis zwischen Personal und Jugendlichen sein. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, die laut und empört aufschreit und von „Knastgiganten" redet, wünscht sich das Gleiche nur scheinbar liberaler: Sie will dezentralisieren und mehr Psychologen und So-

Kindesmißhandlungen sind. Selbst dem Gericht konnte nicht verborgen bleiben, daß der Lohn von Herrn M. (Baufacharbeiter) nebst Überstunden und Akkord nicht ausreicht, eine sechs-köpfige Familie zu ernähren, und daß die fehlenden letzten 2,50 DM aus dem Haushaltsportemonnaie keine Kleinigkeit sind, wie in der Anklage behauptet. Von ihrem Vorhaben, Frau M. schuldig zu sprechen, mußte das Gericht absehen, konnte aber wegen geringer Öffentlichkeit Familie M. mit 290 DM Geldbuße bestrafen.

b.thc. **Mit 31,6 Mio. DM in den nächsten drei Jahren will die Stadt Kiel den Ausbau des Kieler Hafens vorantreiben.** Ziel ist es gegen den Lübecker Ha-
fen konkurrenzfähig zu werden. (Güterumschlag Kiel: 2,49, Lübeck: 10,5 Mio. t). 15,1 Mio. DM sind für neue



Kais für die Stena und Jahre Linie (Skandinavien) gedacht. Von 139 auf 1901 E. stieg der Containerumschlag v.a. in die SU.

b.dam. **Der Vertrag zwischen der Stadt Flensburg und der Diakonissenanstalt zwecks Verbundmodell der Krankenhäuser wurde am 29.1.80 abgeschlossen.** Gegen den Willen von jetzt über 43000 ist dieser Schritt ein eindeutiger in Richtung der schnellen Schließung der Klinik Ost. Als Zugeständnis behandelt die bürgerliche Presse den Passus in der Übernahmeregelung für die Beschäftigten, daß der § 32, der den Kirchenaustritt verbietet, keine Anwendung fände. Die Städtische Klinik bleibt, so heißt es im Vertrag, eine selbständige Einrichtung mit eigener Organisationsgewalt und eigener Personalverantwortung. Die weitere Beschäftigung der Beschäftigten der Klinik Ost soll, „bei denen, die dies wünschen", möglichst in ihrer alten Funktion entsprechend durch eine Personal-Clearingstelle „geklärt" werden. – Stellungnahmen gegen diesen Vertragsabschluß des Flensburger Magistrats folgten sofort. Die Betriebsgruppe der Kraftfahrzeugbundesamtes der SPD verabschiedete eine Resolution für die Erhaltung der Klinik. In vielen Stellungnahmen kommt die schlechte Versorgung des Landkreises Schleswig zum Ausdruck. So nennt die Gemeindevertretung Glücksburg die Klinik Ost als dringende Hilfe, nicht zuletzt in der letzten Schneekatastrophe. Die Gemeindevertretung Sieverstedt schickte ebenfalls an die eigenen Parteigenossen in der Flensburger Stadtvertretung die Aufforderung, für den Erhalt der Klinik zu sorgen.

r.heu. **Soll der Landkreis Gifhorn zu einer neuen Bastion für das imperialistische Energieprogramm werden?** Bereits 1975 war auf einer Karte der Bundesregierung das Gebiet Wittingen/Vorhop/Ehra als möglicher Standort eines Entsorgungszentrums be-



r.ram. Laut Presseberichten konnten Albrecht und seine Familie mit ihrer Schallplatte nicht in die Hitparade vorstoßen.

zeichnet. Bereits vor Jahren wurden auf dem hiesigen Salzstock Tiefbohrungen durchgeführt. Hydrogeologische Flachbohrungen um den Salzstock herum, wie jetzt in Gorleben, liefen vor einem Jahr. 15 km vom Salzstock entfernt wurden Bohrungen in die tieferen geologischen Schichten heruntergebracht, um zu erkunden, ob sie sich zur Einpressung hochgiftiger flüssiger Abfälle eignen – ebenfalls wie in Gorleben. Die DWK hat in der Zeitschrift für Atomwirtschaft im Januar 1980 angekündigt, daß sie mehrere Standorte in Niedersachsen für ein Zwischenlager suche – das auch Eingangslager für eine Atommüllfabrik sein kann. 350 Menschen haben auf einer Veranstaltung in der Stadthalle Wittingen am 31.1. vorsorglich gegen Albrechts Pläne demonstriert.

b.hel. **Am 15.1.1980 hat der Hamburger Senat entgültig die Neuordnung des Jugend-und Sozialwesens beschlossen.** Danach soll zum 1.3.80 das Amt für Jugend aus der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung in die neu zu bildende Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales übergehen. Wesentliche Abteilungen des Amtes für Jugend, wie Jugendfreizeit-, Elternbildungsstätten, bezirkliche Jugendförderung und Erziehungsberatungsstätten werden auf die Bezirksjugendämter übertragen. Bereiche wie Familien-, Jugendfürsorge und sozialtherapeutische Gruppenarbeit werden in den bezirklichen Ämtern für soziale Dienste zusammengefaßt. Diese Zentralisierung ermöglicht eine umfassendere Einmischung in die Familien.

b.khg. **Wie schon erwartet, hat das Landgericht Hamburg die von der Verteidigung beantragten Zwangsmittel gegen den Zeugen Youssefbeyk (ehemals SAVAK) abgelehnt.** Der Zeuge befinde sich in einem „Notstand". Durch die Preisgabe der Namen und Anschriften seiner Verwandten würden diese in Lebensgefahr geraten, weil in Persien Helfer und Helfershelfer des ehemaligen Schah-Regimes verfolgt würden. Auf Antrag der Verteidigung muß das Gericht nun eine Auskunft der deutschen Botschaft in Teheran einholen, daß die vom Gericht behauptete Gefährdung nicht vorliege, weil inzwischen eine Amnestie erfolgt ist.

b.suk. **Der Examenskurs der allgemeinen Krankenpflege im AK Heidberg fordert einen Extrablock oder einen zusätzlichen Unterrichtstag.** Alle Unterrichtstage sollen auf 6 Stunden be-

6,9%-Abschlüsse im Metallhandwerk, unzureichend

r.gör. Als durchschnittliche Marke für die Lohntarifabschlüsse im Metallhandwerk zeichnen sich 6,9 Prozent ab. In dieser Höhe wurde zuerst im Metallhandwerk in Westberlin am 17. Januar abgeschlossen. Das sind 71 Pfennige in der Ecklohngruppe. Außerdem einen Tag mehr Urlaub; die geforderten 30 Tage erst ab 1983. Ebenso wurde im Metallhandwerk in Niedersachsen mit 6,9% abgeschlossen. Zusätzlich 5% mehr Urlaubsgeld. Bei derselben Marke liegt sodann der Abschluß im Metallhandwerk in Hamburg. In Schleswig-Holstein, wo 175 Mark gefordert werden, sind die Tarife noch offen. Die ersten Abschlüsse in anderen Bereichen des Handwerks bewegen sich ebenfalls in der Größenordnung um 6,9%.

Von diesen Abschlüssen sind etwa ein Viertel bis ein Drittel aller im Metallgewerbe Beschäftigten betroffen. Denn so viele arbeiten in Handwerksbetrieben. Die Abschlüsse zeigen, was die Kapitalisten zu zahlen „bereit" sind. Das wirft auch ein Licht auf das Rollenspiel, das sie mit Graf L. jetzt aufführen. Die Handwerkskammern haben zu ihrer Selbstverständigung bereits ein profitables Bild von den Konjunkturaussichten für 1980 gezeichnet. Aber messen muß man die Abschlüsse am relativen Lohnniveau des Handwerks und an den gestiegenen Aufwendungen für die Reproduktion der Arbeitskraft. Dann sind sie unzureichend. 6,9% bedeuten in der untersten Lohngruppe 70 bis 80 DM brutto im Monat. Und solange nicht mindestens 25% vom Durchschnittslohn steuerfrei durchgesetzt sind, bleibt kaum die Hälfte, um einen Teil der gestiegenen Preise zu zahlen. Für die Ecklöhner sind es 120 bis 130 DM brutto im Monat.

Man darf nicht vergessen, daß das Lohnniveau im Handwerk wesentlich unter dem in der Industrie liegt. Und daß sich dies Verhältnis seit Ausbruch der Krise 1973 noch erheblich verschlechtert hat. Etwa 60 DM monatlich betrug 1973 der Lohnunterschied zwischen Industrie und Handwerk. Heute ist er auf durchschnittlich 200 bis 250 DM angestiegen. Und im Metallhandwerk liegen die Löhne nur geringfügig über dem Durchschnitt des Handwerks. Nämlich ein Wochenlohn von rund 500 DM, der auch nur durch Arbeitszeiten erreicht wird, die im Durchschnitt der Beschäftigten 40 Stunden pro Woche erheblich übersteigen.

Daß sich das Verhältnis der Löhne im Handwerk zur Industrie gerade seit Ausbruch der Krise so verschlechtert hat, unterstreicht die Bedeutung des Lohnkampfes. Denn dann kann nur durch komplizierte Lohnkämpfe den Kapitalisten der Lohn abgerungen werden. Dann sind die Kampfbedingungen schwieriger, obwohl die Arbeiter nicht den geringsten Grund haben, auf die verschärften Auseinandersetzungen der Kapitalisten untereinander um ihre Profitanteile Rücksicht zu nehmen.

In den letzten Jahren mußten in Niedersachsen mehr als 20% aller Handwerksbetriebe aufgeben (im Metallhandwerk allerdings erheblich weniger). Bei den übriggebliebenen ist der Konzentrationsgrad gestiegen, der aber immer noch niedrig bei 8 – 9 Beschäftigten pro Betrieb liegt. Gleichzeitig haben die Handwerksbetriebe mehr kapitalistischen Charakter angenommen. Eine große Zahl mitarbeitender Inhaber ist ausgemerzt worden zugunsten von Kapitalisten, die bloß noch besitzen und den Profit ihres Kapitalbesitzes einstreichen. Die im Vergleich zur Konzentration großer Arbeitermassen in der Industrie weiträumige Zersplitterung der Arbeiter im Handwerk erschwert den Lohnkampf. Daher ist es auch kein Wunder, daß unter kapitalistischen Verhältnissen als allgemeine Gesetzmäßigkeit gilt: Je kleiner die durchschnittliche Betriebsgröße, desto niedriger ist tendenziell das Lohnniveau. Diese Gesetzmäßigkeit wirkt als äußere Bedingung des Lohnkampfes. Es ist aber nicht unvermeidlich, daß sie zu einer zunehmenden Lohnsenkung im Handwerk führt, wenn die organisatorische Geschlossenheit der Arbeiter entwickelt wird.

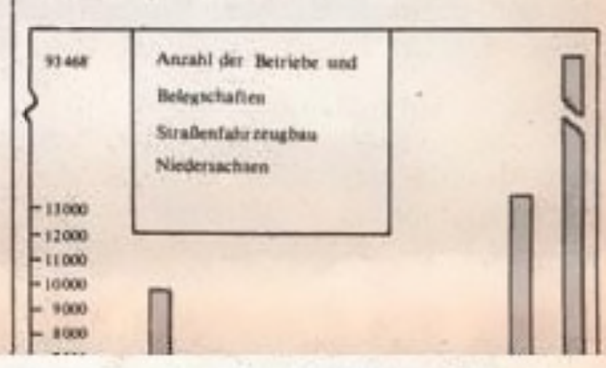
Können die Belegschaften der Fahrzeugbauindustrie gegenüber der Metall eigene Wege gehen?

r.pee. Innerhalb der Metallindustrie Niedersachsens nimmt der Zweig Fahrzeugbau eine besondere Rolle ein. Und hier wiederum hat VW eine besondere Stelle. Es hält sich seit Jahren das Vorurteil, daß VW bzw. die VW Belegschaften ihren eigenen Weg in Bezug auf den Lohn wie die Arbeitsbedingungen gehen können. Worauf basiert dieses Vorurteil und worauf basiert die besondere Stellung des VW-Konzerns?

VW hält mit 17,05% der 19% Be-

zwangsläufig Auswirkungen ebenfalls auf die einzelnen Lohngefüge innerhalb der Metallindustrie wie auch auf den Bereich Fahrzeugbau/Investitionsgüterindustrie haben. Hierbei spielt die Verteilung des Lohnes auf die Belegschaft, die wenig gespreizt ist, und worauf wir in dieser Zeitung des öfteren verwiesen haben, eine bedeutende Rolle, wie auch die relative Höhe des Lohnes eine bedeutende Rolle spielt – sowohl in Bezug auf Metall wie in Bezug auf Fahrzeugbau. Mit 14,34 DM wird

Facharbeiterlohn 1977 13,44 DM, auf das Jahr mit allen Zulagen und Zahlungen runde 21 DM.



Können die Belegschaften der Fahrzeugbauindustrie gegenüber der Metall eigene Wege gehen?

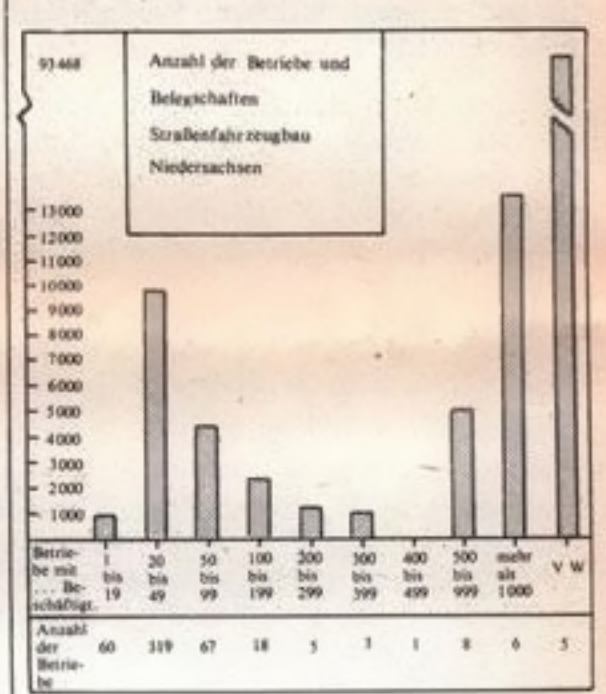
r.pee. Innerhalb der Metallindustrie Niedersachsens nimmt der Zweig Fahrzeugbau eine besondere Rolle ein. Und hier wiederum hat VW eine besondere Stelle. Es hält sich seit Jahren das Vorurteil, daß VW bzw. die VW Belegschaften ihren eigenen Weg in Bezug auf den Lohn wie die Arbeitsbedingungen gehen können. Worauf basiert dieses Vorurteil und worauf basiert die besondere Stellung des VW-Konzerns?

VW hält mit 17,05% der 19% Beschäftigten im Investitionsgüterbereich in den VW-Standorten die Spitze in der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Knapp $\frac{2}{3}$ der Beschäftigten im Fahrzeugbau werden in Wolfsburg, $\frac{1}{3}$ in Emden, 1/10 in Salzgitter und jeweils 1/20 in Braunschweig und Hannover von VW ausgebeutet. Von daher der besondere Status von VW, sowie der Einfluß auf die Wanderungsbewegungen der Arbeiterklasse in den VW Einzugsgebieten, je nach Bedarf der VW-Kapitalisten. Die Wanderungsbilanz der Stadt Wolfsburg weist denn auch überdurchschnittliche Zuzüge (6174) in den „Boomjahren" und ebensolche überdurchschnittlichen Wegzüge (zus. 9997) in den Krisenjahren bei VW aus. Hinzu kommt die hohe Pendlerbewegung aufgrund des bis zu 80 km und 100 km großen Einzugsradius in den einzelnen VW-Niederlassungen. Das Schaubild verdeutlicht den hohen Beschäftigungsanteil von VW am Straßenfahrzeugbau.

Solch eine Entwicklung wird

zwangsläufig Auswirkungen ebenfalls auf die einzelnen Lohngefüge innerhalb der Metallindustrie wie auch auf den Bereich Fahrzeugbau/Investitionsgüterindustrie haben. Hierbei spielt die Verteilung des Lohnes auf die Belegschaft, die wenig gespreizt ist, und worauf wir in dieser Zeitung des öfteren verwiesen haben, eine bedeutende Rolle, wie auch die relative Höhe des Lohnes eine bedeutende Rolle spielt – sowohl in Bezug auf Metall wie in Bezug auf Fahrzeugbau. Mit 14,34 DM wird
der Durchschnittslohn im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe statistisch beziffert, 17,73 DM der Investitionsgüterindustrie. Anteilsmäßig am Durchschnittslohn Niedersachsens des oben genannten Bereiches beträgt der Stahl- und Leichtmetallbau 102%, Maschinenbau 96%, Straßenfahrzeugbau 134%. Im Verhältnis zur Investitionsgüterindustrie: Stahl und Leichtmetallbau 82%, Maschinenbau 78% und Straßenfahrzeugbau 108%. Der relativ hohe Anteil des Straßenfahrzeugbaus am Durchschnittslohn begründet sich zum einen aus dem um 22% niedrigeren Durchschnittslohn in der Metallindustrie zum Durchschnittslohn der Investitionsgüterindustrie. Samt und sonders sind hier die Zulieferer für den Fahrzeugbau anzufinden. So bezieht VW aus diesem Bereich 15,2% KfZ-Zubehör, 12% Elektronik, 10,8% aus der Stahlverformung und 11,6% aus der Stahlerzeugung. Zum anderen, der hohe Straßenfahrzeugbau-Durchschnittslohn (19,29 DM) rekrutiert sich aus den VW Löhnen. So beträgt der

Facharbeiterlohn 1977 13,44 DM, auf das Jahr mit allen Zulagen und Zahlungen runde 21 DM.



Insgesamt versuchen die westdeutschen Kapitalisten das Lohnniveau, den Durchschnittslohn und den Anteil der einzelnen Produktionszweige daran zu senken. So wurden 1968 noch 86% des Durchschnittslohnes der Investitionsgüterindustrie im Maschinenbau und 124% im Fahrzeugbau gezahlt. Es beweist dies um so mehr, daß die Belegschaften in der Fahrzeugbauindustrie, trotz relativer Lohnhöhe, nur zusammen mit den Belegschaften der Metallindustrie der Lohnsenkung durch die Kapitalisten Schranken setzen können, sonst sitzt man dem Vorurteil auf.



Westberlin. Am 2.2. demonstrierten 650 Arbeiter, Schüler und Studenten. Sie forderten den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die Verwirklichung der Beschlüsse der UNO und der blockfreien Staaten.

ICI-Baustelle: 50% Lohnfortzahlung bei Schlechtwetter durchgesetzt

r.nij. Auf der Brückenbaustelle für die ICI-Landungsbrücke haben die Arbeiter Lohnfortzahlung bei Schlechtwetter durchgesetzt. Die Arge (Arbeitsgemeinschaft) Umschlagbrücke besteht aus den Baukonzernen Hochtief, Philip Holzmann, Strabag und Züblin. Auf der Baustelle arbeiten an die 360 Arbeiter, die die Pfähle für die Umschlagbrücke rammen und darüber die Betontrasse legen. Es ist dies die vierte Umschlagbrücke an der Jadeküste in Wilhelmshaven, sie reicht 1300 Meter ins Meer hinein. Die ICI will mit der Brücke, die das Land Niedersachsen vollständig finanziert, ihre Produktion umschlagen.

Zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Betriebsrat ist mit Unterstützung des Bezirksverbandes der IG Bau Steine Erden eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen worden. In der Vereinbarung heißt es, daß 50% des Stundenlohnes für jede wegen Schlechtwetter ausgefallene Arbeitsstunde von dem Baukapitalisten bezahlt wird.

Die gesetzliche Schlechtwetterregelung ist im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) festgelegt. Unter die Schlechtwettergeldregelung fällt das gesamte Bauhauptgewerbe. Darin ist geregelt, daß bei jedem „durch zwingende Witterungsumstände verursachten Arbeitsausfall" ca. 65% des Netto-Stundenlohnes des einzelnen Bauarbeiters vom Arbeitsamt aus der Arbeitslosenkasse bezahlt wird. Das SWG ist sozialversicherungs- und steuerfrei. Wegen dieser SWG-Regelung haben alle Bauarbeiter den Winter über erhebliche Lohneinbußen.

„Anspruch auf Schlechtwettergeld besteht nur für Arbeitsstunden, die zusammen mit Zeiten, für die Arbeitslosengeld gezahlt wird, oder die ein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, in einem Abrechnungszeitraum die Arbeitszeit im Sinne des §69 AFG nicht überschreiten." (zit. n. §85/3. AFG).

Damit ist festgeschrieben, daß innerhalb des Förderungszeitraumes 1.12. bis 31.3. das SWG nur für bis zu acht Stunden pro Tag ausgezahlt wird. Werden nun Überstunden gemacht, müssen diese erst bei Schlechtwetter abgefeiert werden, bis Anspruchberechtigung auf das SWG besteht.

Der britische Chemiekonzern ICI will die Landungsbrücke sowie das gesamte Werk im Sommer schon in Betrieb nehmen. Das geht aber nur durch Überstundenschinderei auf der Baustelle, auch den Winter über. Bei zwei Überstunden täglich, die dort mindestens gemacht werden, ist die tarifliche Arbeitszeit für diesen Monat Februar (168 Stunden) bereits am 25.2.80 abgelaufen. Für vier Arbeitstage = 32 Stunden wird kein Schlechtwettergeld bei Arbeitsausfall bezahlt. Erst müssen die Überstunden „abgefeiert" werden, bis Anspruchsberechtigung auf Schlechtwettergeld besteht. Es ist also klar, daß unter diesen Bedingungen die Arbeiter auf der Baustelle nicht zu Überstunden zu gewinnen wären. Da die Kapitalisten in Druck sind, haben die Arbeiter diese Vereinbarung den Kapitalisten abringen können. Sie liegt aber immer noch unter dem gesetzlichen Schlechtwettersatz mit 50%.

Über diese schriftliche mit der Arge aushandelte Betriebsvereinbarung hinaus besteht nach Aussagen des örtlichen Wilhelmshavener IGBSE-Funktionärs eine Vereinbarung, die insgesamt eine 75%ige Netto-Lohnfortzahlung beinhaltet. Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist eine der zentralen Forderungen der IGBSE auf dem letzten Gewerkschaftstag gewesen.

Daß diese Schlechtwetterregelung auf der ICI-Baustelle gerade bei den vier größten Baukonzernen Westdeutschlands durchgesetzt werden konnte, bedeutet einen Einbruch in die Front der Baukapitalisten, die die Lohnfortzahlung bisher nicht zugestehen wollten.

Seniorenvertretungen als Sprachrohr für die Sozialpolitik des Hamburger Senats

b.sul. Ab 1. Januar 1980 ist die Anordnung des Hamburger Senats über die Einrichtung von Seniorenvertretungen in Kraft. Es sei ein Akt besonderer Zuneigung für die Alten, die einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen würden, aber besonders benachteiligt seien... Klose hat sein Herz für alle. Kein einziges Problem der beherzten wird gelöst, sondern biblische Zurückhaltung geübt: ...der Mensch lebt nicht vom Brot allein...! Die Seniorenvertretung ist ein kostenneutrales Konzept für ein „sozialpolitisches Sprachrohr" und zur Kontrolle aller Alteneinrichtungen.

Bei der Auswahl der Seniorendelegierten will der Senat auf die verschiedensten Alteneinrichtungen zurückgreifen. „Im einzelnen regelt die Bezirksversammlung die Abgrenzung und Auswahl der zu berücksichtigenden Einrichtungen und Gemeinschaften. Das Auswahlverfahren der Delegierten ... regeln diese im Einvernehmen mit den Bezirksämtern." Mindestalter ist 60 Jahre. Diese Delegierten wählen den Seniorenbeirat, der so seine „demokratische Legitimation" erhalte. In den Landesbeirat schickt jeder Bezirk einen Vertreter und zusätzlich beruft der Präses der Arbeits- und Sozialbehörde sogenannte ältere Persönlichkeiten, die „z.B. in gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Institutionen bereits aktiv tätig sind." Die Seniorenvertretung hat jedoch nur „beratende Funktion", „ohne dabei allerdings Entscheidungsbefugnisse zu besitzen" und kann auf dieser Grundlage „ihre Arbeit weitestmöglich nach eigenen Vorstellungen frei gestalten." 40 DM Aufwandsentschädigung wird je Sitzung (maximal 12 im Jahr) aus dem Etat „ehrenamtliche Mitwirkung an der Verwaltung" bezahlt. 8000 DM pro Jahr an Sachaufwand für die Durchführung der Sitzungen, sowie der anfallende Personalaufwand in der Verwaltung soll im bestehenden Volumen aufgefangen werden.

In Hamburg leben 386377 Menschen über 60 Jahre. 10% von ihnen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Trotzdem verbreitet der Senat, daß Armut im höheren Lebensalter „heute nicht mehr das vorherrschende Problem" sei. Die Lebenserwartung der männlichen Bevölkerung in Hamburg ist im Vergleich 1970/72 zu 1960/62 bei den 60jährigen um 0,25 Jahre und um 0,4 Jahre bei den 65 jährigen gesunken, sodaß der Verlust an Lebensjahren, der der Arbeiterklasse entsteht in mehrere zig tausend Jahre geht. Dies sei „nicht nur genetisch" bedingt, sonder hänge „wesentlich auch von sozialen Einflüssen und vom Verhalten des einzelnen Menschen ab", meint dazu der Senat, die Sünden des Lebens also...

Die Probleme der Armut durch Rentensenkung, die Probleme der Krankheit und sinkender Lebenserwartung kann die Arbeiterklasse nur richtig durch Kampf gegen Verschleiß der Arbeitskraft und für Selbstverwaltung der Sozialversicherungen behandeln.



1.Mai 79 in Hamburg: Forderungen gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und für Selbstverwaltung der Sozialversicherungen wurden mitgetragen.

Kutterfischer in Nord- und Ostsee laufen nicht aus

Hohe Brennstoffpreise/gute Fangergebnisse/schlechte Erlöse

b.klm. Die Kutterfischer in Bremerhaven und Cuxhaven, ebenso an der schleswig-holsteinischen West- und Ostküste laufen zur Zeit nicht aus. Der angelandete Fisch kann nicht mehr kostendeckend verkauft werden. Es handelt sich hier vor allem um den Kabeljau und um Speisekrabben. Beides ist zur Zeit in großen Mengen vorhanden, sodaß gute Fangergebnisse erzielt werden. Das große Angebot drückt auf den Preis, die enorm angestiegenen Gasölpreise kommen hinzu, so daß die Kutterfischerei sich angesichts dieser Tatsachen nicht mehr lohnt. Eine andere Tatsache hingegen erhellt, warum gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt die Kutter in den Häfen bleiben. „In dieser Woche würden von den Hochseefischern rund 50000 Zentner angelandet. Wenn diese Menge verbraucht sei, könne man wieder auslaufen." Dies erklärte der Vorsitzende des Verbandes deutscher Kutter- und Küstenfischer, Otto Krandt, in Lübeck-Travemünde.

Die Hochseefischerei wird im wesentlichen von den Monopolen Unilever (Nordsee) und Dr. Oetker beherrscht. Neben ihren großen Fabrikschiffen verfügen sie auch über etliche Fischfangschiffe. Bei gezieltem Einsatz können sie damit die Preise auf dem Frischfischmarkt bestimmen und die Kutterfischer in den Ruin treiben. Kutterfischerei ist Frischfischfang und Frischfisch wird per Auktion vermarktet. Im Gegensatz zu den Fischereimonopolen gibt es keine Möglichkeit, den Fisch in Tiefkühlhäusern zu lagern oder anderweitig zu vermarkten. Wenn die Kutterfischer also nicht auslaufen, so versuchen sie, dem Preisdruck, ausgelöst durch die Monopole, zu weichen. Ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen, wenn ständig steigende Gasölpreise und Verschuldung die Kutterfischer weiter drücken. Allein der Gasölpreis hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt, von 26 Pfennig auf jetzt 53 Pfennig. Die von der Bundesregierung für dieses Jahr angekündigten einmalige Bezuschussung der Gasölpreise bringt den Kutterfischern gerade 5 Pfg auf den Liter.

Die Entwicklung der Gasölpreise hat diese 5 Pfg schon aufgefressen, bevor ein Fischer sie überhaupt erhalten hat. Rund dreißig Liter Gasöl pro Fahrt rechnet ein Kutterfischer mit einer 250 PS-Maschine. Dafür muß er derzeit etwa anderthalb bis zwei Zentner Krabben oder Zwölf Zentner Kabeljau im Netz haben auf einen 15 Stundenfangtag berechnet. Dänische Krabbenfischer auf Römö haben in ihrer Jahresbilanz bei einem Zufang von 26000 Tonnen 3 Mio. dänische Kronen weniger an Erlös erzielt. Ihre Betriebskosten sind 1979 um 38% gestiegen.

Um Betriebskosten zu sparen, sind 18 Krabbenkutter nach Havneby/Römö ausgewichen. Die Aus- und Einlaufzeit zu den Fanggebieten westlich von Sylt wird dadurch auf über die Hälfte reduziert. Aber ebenso wie die auf Frischfisch fahrenden Kutter sind sie bei den Fangerlösen von der sofortigen Vermarktung ihrer Ware abhängig. Sie sind in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen, aber für die Fischer selbst hat diese Erzeugergemeinschaft eher Zwangscharakter. Verkauft werden muß an die Erzeugergemeinschaft und dazu gehören neben der Fischereigenossenschaft auch sämtliche Verarbeitungsbetriebe. Diese treten jedoch hauptsächlich als Zwischenhändler zu den „Holländern" auf, die aufgrund ihrer Monopolstellung – „sie kaufen bis zu 80% der an der Westküste gefangenen Krabben auf" – den Markt beherrschen.

Angesichts dieser Tatsache ist eines sicher: von der „Natur" ist der Fischfang hauptsächlich nicht „abhängig", wie Robert Nothdurft, der Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft, meint.

---

schränkt werden. Dies ist notwendig, da es zum Lernen für das Examen keine freien Tage gibt. Eine Rechnung hat ergeben, daß etliche vorgeschriebene Stunden fehlen, die nicht mehr untergebracht werden können, z.B. 115 Std. Krankenpflege und 100 Stunden Psychologie. Nach Gesprächen mit der Schulleitung stellte sich heraus, daß sie nicht bereit ist, einen Extrablock zuzustimmen. „Die praktische Ausbildung komme zu kurz" war eine Begründung. Das soll wohl heißen, daß die Auszubildenden auf der Station als billige Arbeitskräfte fehlen. Am 1.2. hat der Kurs einen Brief mit genauer Berechnung der Oberin, der 1.Schulschwester und dem Personalrat überreicht. In dem Schreiben heißt es: „Unserer Meinung nach gibt es keinen plausiblen Grund, weshalb unsere Forderung abgelehnt werden soll, ...Wir sind Auszubildende, die nicht auf den Stellenplan angerechnet sind. Wir sind nicht bereit, auf Kosten der Ausbildung die Lücken beim Personalmangel zu schließen!"

***b.thw.* Auf Mitgliederversammlungen diskutieren die Mitglieder der Hamburger Gewerkschaft der Polizei die Vorbereitungen des Tarifkampfes für den öffentlichen Dienst.** Dies sind bei der GdP Hamburg die ersten Mitgliederversammlungen zur Aufstellung der Lohnforderungen seit langem. Der Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes von 9%/mindestens 180 DM wurde bereits auf Mitgliederversammlungen verschiedener Bezirke verabschiedet.

***r.bew.* Am 10.3.80 ist A. Hanke 8 Monate in der JVA Lingen in Haft aufgrund der Verurteilung zu 1 Jahr Freiheitsstrafe im Grohnde-Prozeß.** Er hat jetzt Haftentlassung nach 2/3-Haft beantragt. Hierfür verlangte der Vollzugsleiter eine Erklärung zukünftiger straffreier Lebensführung. Die Staatsanwaltschaft Hannover setzt noch: Er solle den politischen Standpunkt seiner Prozeßerklärungen aufgeben, um sich „Befreiung vom Strafrest zu verdienen". Allemal war ihr erklärtes Ziel, daß er nicht in Gorleben dabei sein soll. Notfalls wird sie mit Auflagen wie Fernhalten vom politischen Kampf nachhelfen wollen. Der Arbeitskreis gegen Kernenergie Göttingen hat jetzt dagegen eine Initiative zur Briefkampagne ergriffen mit der Forderung: 2/3-Haftentlassung für Andreas Hanke ohne jede Auflage, um die Staatsanwaltschaft und die Strafvollstreckungskammer Osnabrück unter Druck zu setzen.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Das Christentum.
Universität Hamburg, 4.2. bis 8.2., 18 Uhr, Universität, Phil.-Turm, Raum 964

Der Islam.
Flensburg, 4.2 bis 8.2., 20 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.
Hamburg-Harburg, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Erholung", Winsener Str. 42

Reihe zur Kritik am Reformismus.
Rendsburg, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Alt-Nürnberg / Parsival, Pastor-Schröder-Straße 6

Kritische Theorie
Hamburg-Eimsbüttel, 4.2. bis 8.2., 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, KaiserFriedrich-Ufer 6

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein
Plön, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Schellhorn, Gasthaus „Schellhorner Berg", Plöner Landstr.

Militärgeschichte
Kiel-West, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Goetheschule, Hansastr.

Lenin: „Staat und Revolution"
Hamburg-Bergedorf, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser / Ecke Holzhude

Lenin: „Was tun?"
Hamburg-Nord, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Schule Fraenkelstr.

Marx: „Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons ‚Philosopie des Elends'"
Lüneburg, 4.2. bis 8.2., 20 Uhr, Stucksaal, Vortragssaal, An der Münze,

Schwimmkurs
Hamburg, **Samstag** 9.2., 18 Uhr, Treffpunkt Schimmbad Barmbek, Bartholomäusstraße

Proben des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Zeichenkurs
Hamburg, 8.2., 18 Uhr, „Übung Fotografie", Hochschule für Bildende Künste, Lerchenfeld 2, Raum 218a

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig – Urteilsverkündung
Flensburg, 7.2., 15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

Prozeß gegen Voigt u.a. wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt"
Neumünster, 5.2., 8.30 Uhr, Amtsgericht, Zi. 20

Prozeß gegen Hoffmeister, König wegen Durchführung einer ZANU-Sammlung
Hamburg, 8.2., 13 Uhr, Amtsgericht, Sievekingsplatz 3, Saal 279

Prozeß gegen P.Kuhn wegen Durchführung einer ZANU-Sammlung
Hamburg, 5.2., 8 Uhr, Amtsgericht, Sievekingsplatz 3, Saal 405

Ehrenbergprozeß gegen Wimmer und Rochlitz
Hamburg-Bergedorf, 8.2., 9 Uhr, Amtsgericht Bergedorf

Die Beschäftigten des Krankenhauses Stade fordern mehr Planstellen im Pflegebereich

b.hem. Das Krankenhaus Stade ist laut Auskunft der ÖTV das einzige im norddeutschen Raum, in welchem zwischen den Tätigkeiten der Krankenpfleger im ,,Pieperdienst'' und derjenigen, welche die ,,Nachbarschaftshilfe'' übernehmen müssen, unterschieden wird und der ,,Pieperdienst'' durch einen Haustarif gesondert geregelt ist.

Die Pfleger, die für den ,,Pieperdienst'' zuständig sind, tragen ein Rufgerät bei sich, über welches sie ständig von allen Stationen aus erreichbar sind. Sie werden aus ihrem normalen Dienst angefordert bei allen akuten Notfällen, z.B. bei Wiederbelebungen, Magenspülungen und bei Einsatz in der ,,Unruhigenzelle''. Sind die Pfleger nicht im ,,Pieperdienst'', müssen sie die ,,Nachbarschaftshilfe'' übernehmen. Die Nachbarschaft erstreckt sich dabei ebenfalls über sämtliche Stationen. Zu den Tätigkeiten gehören: OP-Vorbereitungen bei männlichen Patienten sowie Reinigungseinläufe bei Männern, Transporte in die Pathologie und die Mobilisierung oder das Reinigungsbad schwerer bewegungseingeschränkter Patienten.

Ob ,,Pieperdienst'' oder ,,Nachbarschaftshilfe'', beides bedeutet für die Krankenpfleger, aber auch für die Kollegen auf den Stationen, auf welchen die Pfleger zum regulären Dienst eingeteilt sind, eine zusätzliche Belastung. Die Kollegen müssen ja während der Abwesenheit der Pfleger deren Arbeit mit übernehmen.

Einigen Pflegern im ,,Pieperdienst'' wird laut Haustarif eine Zulage von 30 DM im Monat gezahlt, andere erhalten sie trotz mündlicher Zusage nicht. Für die ,,Nachbarschaftshilfe'' gibt es nichts, obwohl die Belastung die gleiche ist.

Bei einer Gewerkschaftsversammlung, auf der auch die Tarifforderungen diskutiert wurden, wurden die Probleme beraten. Es wurde beschlossen, daß sich Personalrat und ÖTV zunächst einmal dafür einsetzen, daß alle im ,,Pieperdienst'' tätigen Pfleger die Zulage erhalten. Generell soll das Problem durch die Schaffung zusätzlicher Planstellen für Pfleger, die dann ausschließlich für die Akutfälle zuständig sind, gelöst werden. Damit entfiele auch die Mehrarbeit auf den Stationen. Die Mehrbelastung durch die ,,Nachbarschaftshilfe'' bleibt jedoch bestehen. In Zusammenhang mit der Forderung nach 30 Tagen Urlaub für alle wurde darauf hingewiesen, daß bei Durchsetzung die Mehrbelastung derart steigen würde, daß sie nicht mehr zu verkraften sei, besonders, da das Krankenhaus Stade fast ständig zu über 90% belegt sei. Die Kollegen wollen dafür kämpfen, daß nach Erhöhung des Jahresurlaubs zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Nur so ist auch das Problem der ,,Nachbarschaftshilfe'' zu lösen. Zu den Tarifforderungen wurde beschlossen und der ÖTV-Kreisverwaltung mitgeteilt: Volle Durchsetzung der 180 DM, bei den Prozenten viel Verhandlungsspielraum; zur Urlaubsforderung: 30 Tage für alle, mindestens jedoch 25 Tage; für alle, die schon darüber liegen, einen Tag mehr; stufenweise bis 1982 Durchsetzung der 30 Tage.

Zusammenschluß von Gewerkschaftsjugend und SVen

Landesregierung verabschiedet Studienverordnung

b.row. Am 12.1.80 verabschiedete die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen einen Aufruf ,,zum gemeinsamen Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung an den Berufschulen und Gymnasien in Schleswig-Holstein'' und ruft auf zu einer landesweiten Demonstration am 22.3. um 14.30 Uhr in Kiel, (s. KVZ Nr.3). Vertreter der Fachgruppe Berufsschule der GEW und ein Vertreter des Landesbezirksjugendvorstandes des DGB haben auf dieser Sitzung in den meisten Fragen ihre Übereinstimmung erklärt. Der Landesjugendausschuß beschließt über den Umfang der Unterstützung seitens der Gewerkschaften zu dieser Demonstration am 14.2.

Seit der letzten LSV-Sitzung hat sich die Zusammenarbeit in den Orten entwickelt. In Kiel, Husum und Flensburg haben Treffen zwischen den Kreisjugendausschüssen des DGB und SV'en stattgefunden. In Kiel und Husum wurden gemeinsame Fragebogenaktionen zur Situation der Ausbildung in der Berufsschule und im Betrieb vorbereitet. In Kiel herrschte über die Forderungen im Aufruf weitgehend Übereinstimmung. Auf dem nächsten Treffen am 3. März soll über eine gemeinsame Veranstaltung beschlossen werden. In Flensburg nahmen Vertreter der SV'en der Berufsbildenden Schulen, der Gymnasien und Hauptschulen an dem Treffen teil, sowie ein Vertreter der GEW-Studentengruppe. Über den Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Demonstration konnte kein Ergebnis auf dieser Sitzung erzielt werden, die solidarische Unterstützung der Forderungen der SV'en durch den KJA wurde aber erklärt. Das nächste Treffen findet am 21. Februar statt. Gemeinsame Fragebogenaktionen von SV'en und Gewerkschaft sind gute Aktionen um die Forderungen des Aufrufes zu bekräftigen. Gerade Fragen zu den Verhältnissen im Betrieb, die der SV verboten sind, werden bestimmt interessante Ergebnisse hervorbringen und ermöglichen die Diskussion über die Ausbildung in die Belegschaften hineinzutragen.

In diesem Schuljahr wurden schon an den Berufsschulen I und II/III in Kiel, an der Gewerbeschule II in Lübeck und an der GBS Flensburg Fragebogenaktionen zur Situation der Ausbildung an den Berufsschulen Fachgymnasien eine landesweite Fragebogenaktion durchgeführt. Über die Ergebnisse wird von der LSV eine Broschüre erstellt.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie berechtigt die Forderungen der Schüler sind. An der GBS Flensburg erhalten 45% der Klassen nicht einmal die verbindlichen 8 Stunden Berufsschulunterricht die Woche. Kommentare, wie z.B. ,,Ich finde es eine Zumutung im 3. Ausbildungsjahr statt der dringend notwendigen 8 Unterrichtsstunden nur 6 Stunden zu erteilen'' oder ,,als Gesellenstufe müssen wir jetzt im letzten Halbjahr mit 6 Stunden Unterricht auskommen. Dieses geht voll zu Lasten schwächerer Schüler'', waren häufig zu lesen. Für die Hälfte der Klassen stehen nicht einmal alle notwendigen Fachräume bzw. Materialien zur Verfügung. In 40% der Klassen werden nicht alle notwendigen Fächer voll unterrichtet. Hohe Durchfallquoten bei den Abschlußprüfungen sind so schon vorprogrammiert. 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche ist von vielen SV'en als Schwerpunkt ihrer Arbeit beschlossen worden.

Bei den Fachgymnasien drückt die hohe Wochenstundenzahl. Am Technischen Gymnasium in Flensburg liegt der Durchschnitt bei 33 Stunden die Woche, 28,4% der Schüler erhalten 37 oder 38 Stunden Unterricht die Woche, für die Vorbereitung auf den Unterricht werden im Schnitt 20 Stunden die Woche angegeben. 31,8% der Schüler müssen noch zusätzlich für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Die durchschnittliche wöchentliche Stundenzahl die die Schüler für ihre Ausbildung investieren müssen, liegt bei 55 bis 60 Stunden die Woche. Daher waren 89,8% der Schüler der Auffassung, daß die Stoffülle zu groß ist. Forderung der LSV ist, höchstens 28 Stunden Unterricht die Woche, bei gleichzeitiger Stoffbegrenzung, 5 Tage Woche.

Die Studienstufenreform die diese Verhältnisse, wie sie an den Fachgymnasien bei ihrer Einführung durchgesetzt wurden, bei den allgemeinbildenden Gymnasien durchsetzen soll, wurde jetzt im Schnellgang von der Landesregierung verabschiedet. Die Kreisschülervertretung der Gymnasien in Neumünster hat einen Antrag an die Landesschülervertretung verabschiedet, daß eine Urabstimmung über Streik gegen die Studienstufenreform durchgeführt werden soll. Dies wird auch das einzige Mittel sein, um die Verordnung zu Fall zu bringen. Eine erneute landesweite Demonstration ist davor auf jeden Fall notwendig. Für die Gewerkschaften gibt es allen Grund die gerechten Forderungen der Berufsschüler zu unterstützen, warum sollten die Gymnasiasten und ihre Landesschülervertretung sich an der Demonstration dann nicht auch beteiligen.

sche Unterstützung der Forderungen der SV'en durch den KJA wurde aber erklärt. Das nächste Treffen findet am
schulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche ist von vielen SV'en als Schwerpunkt ihrer Arbeit
die Gymnasiasten und ihre Landesschülervertretung sich an der Demonstration dann nicht auch beteiligen.

Hamburg: Ungeklärte Forderungslage vor Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier

Hamburg: Ungeklärte Forderungslage vor Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier

b.hej. Am Sonntag, den 3. Februar, findet in Hamburg die Jahreshauptversammlung der Druck und Papier statt. Nach den vorgezogenen Wahlen im November 1977, der alte Vorstand war zurückgetreten, haben zum ersten Mal nach 30 Jahren ehrenamtliche Kollegen, die in den Betrieben arbeiten, den Vorstand im größten Ortsverein der Bundesrepublik. Auf der jetzt stattfindenden Hauptversammlung werden der Vorstand und die Delegierten zum Bezirkstag am 15. März gewählt sowie über die eingegangenen Anträge beraten. Den größten Raum nehmen die Anträge zur bevorstehenden Tarifrunde ein, zu der die Forderung für Hamburg auf der Versammlung beschlossen werden soll. Aus den Betrieben liegen vor: Sülter – 230 DM, 100 DM für Auszubildende, Streichung der Lohngruppe 1 und 2 und des 1. Gehilfenjahres. Mühlmeister und Johler – 250 DM, für die Auszubildenden 50% des Facharbeitereckiohns, mindestens aber auch 250 DM. Bauer-Druck und Verlag fordern 14% und eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen um 2%, sowie eine neue Lohnstruktur für die Druckindustrie. Mindesforderungen mit Prozenten konnten sich bisher in den Betrieben nicht durchsetzen.

Weiter gibt es einen Antrag der Grafischen Jugend, die geplante Einführung des Berufsgrundbildungsjahres abzulehnen. Als Begründung wird unter anderem angeführt – den Unternehmern wird dadurch ermöglicht eine verstärkte Auslese unter den Bewerbern für eine Lehrstelle durchzuführen, wodurch die Konkurrenz unter den BGJ-Schülern weiter verstärkt wird. – Das BGJ soll auch in Bereichen eingeführt werden, in denen es die Stufenausbildung bzw. Kurzausbildung gibt. – Die gesamten Kosten werden dem Staat, d.h. uns allen aufgebürdet. Die Unternehmer müssen keinen Pfennig mehr bezahlen. Beziehen tut sich die Grafische Jugend gleichfalls auf die Ablehnung des BGJ durch die Ortsverwaltung der IG Metall in Hamburg und die Mindestforderungen, die aufgestellt wurden.

Zum Bildungsurlaub liegt ein Antrag vor, der fordert, daß die tarifvertraglich vereinbarten Urlaubsgeldzahlungen auch für den gesetzlichen Bildungsurlaub angewandt werden. Begründung: Der Bildungsurlaub wird bisher in unbefriedigendem Maße in Anspruch genommen. Ein Grund dafür sind – ,,. . . die hohen Teilnehmergebühren für Bildungsmaßnahmen''. Der Inhalt der verschiedenen Anträge ist weit gefächert, eine klare Linie in der gewerkschaftlichen Arbeit noch nicht zu erkennen.

Lehrlinge kämpfen für bessere Ausbildungs- und Prüfungsbedingungen im Handwerk

b.uws. Die Ausbildungssituation im Handwerk ist Thema der Vorbereitung der Schülervertretungen auf die Demonstration gegen die Verschlechterung der Ausbildung. Ein Beispiel ist die Friseurausbildung, die sich durch Einseitigkeit auszeichnet und der Lehrling in den 3 Lehrjahren nicht lernt, was zum Bestehen der Facharbeiterprüfung nötig ist, sondern nach den Anforderungen des Betriebes ausgebildet wird. Ein Betrieb beschäftigt oft mehrere Lehrlinge, im wesentlichen als billige Arbeitskräfte für 125 – 200 DM Ausbildungsvergütung. Dementsprechend ist auch die Facharbeiterprüfung selbst. Hier gibt es die höchsten Durchfallquoten, die bekannt sind. Z.B. an der Berufsschule 2/3 in Kiel fielen 1978 50% der Lehrlinge durch. Die Lehrlinge nehmen jetzt gegen die Durchfallquoten und die Prüfungsbedingungen den Kampf auf. Dieser richtet sich vor allem gegen die Auslese und Schikane durch die mündliche Prüfung. Hierbei darf jeder Prüfling nur eine Karte ziehen, auf der eine Frage steht, die er, wenn er Glück hat, beantworten kann. Nur ein zufälliger Teil der Fragen wird im Berufsschulunterricht behandelt. Wer die Frage nicht beantwortet, der kriegt eine 5. Die Lehrlinge fordern die Abschaffung der mündlichen Prüfung und daß keiner durchfällt. Da eine gewerkschaftliche Mitwirkung in den Prüfungsausschüssen und in der Ausbildung noch nicht durchgesetzt ist, wenden sich die Klassen mit ihrem Protest an die Handwerkskammer in Kiel. Im letzten Jahr haben die Friseurlehrlinge verhindert, daß die praktische Fachkunde abgeschafft wird. Jetzt ist jede Woche 1½ Stunden lang die Vorbereitung für das Gesellenstück an der Schule, da im Betrieb spezielle Kenntnisse nicht gelernt werden

Ein weiteres Beispiel ist die Tischlerausbildung. In den meist kleineren Handwerksbetrieben wird mit veralteten Produktionsmethoden gearbeitet, so daß eine Ausbildung auf dem neusten Stand der Technik nicht stattfindet. Nach 3 Jahren billige Arbeitskraft werden die Lehrlinge wieder rausgeschmissen, denn es gibt genug Facharbeiter in den Handwerksbetrieben.

Dementsprechend versucht die Handwerkskammer die Prüfungsbedingungen zu verschärfen, damit viele Lehrlinge durchfallen. Im vorigen Jahr sind selbst bei der Wiederholung der Prüfung (48% der Klasse mußten sie wiederholen) noch ein Drittel durchgefallen. Gegen diese Aussieberei haben sich die Tischlerlehrlinge in Kiel in einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe zusammengeschlossen und führen einen Tischlertreff durch. Sie konnten erreichen, daß die Durchfallquoten gesenkt wurden. Zur Zeit beraten sie, wie sie sich auf die Prüfung vorbereiten und planen eine gemeinsame Veranstaltung mit den Lehrern dazu. Um die einseitige Betriebsausbildung auszugleichen, fordern sie auch mehr und bessere praktische Fachkunde, sowie die Benutzung der Schulwerkstätten, die z.Zt. vom BGJ belegt werden.

Auf dem letzten Tischlertreff haben die anwesenden Jugendlichen den Aufruf der Landesschülervertretung zur Demonstration am 22. März in Kiel einstimmig begrüßt und ihre Teilnahme mit einem Transparent für 12 Stunden Berufsschulunterricht beschlossen. Insbesondere haben sie die Forderung nach dem Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften auch in der Berufsschule begrüßt.

Die Fachschaften bereiten die VDS-MV vor

b.peb. Von verschiedenen Fachschaften sind in Vorbereitung der VDS-MV, die Ende Februar in Münster stattfindet, Beschlüsse gefaßt worden. Der FSR Pädagogik der Hbk (Unorganisierte, MSB, KHG) hat beschlossen, einen Brief an die VDS zu schreiben und sie aufzufordern, im Sommersemester Kampfmaßnahmen für die Forderung zum BAFÖG 750 DM Höchstbetrag/ 1520 DM Elternfreibetrag, Anbindung an den Durchschnittslohn einzuleiten. – Der Fachschaftsrat Chemie (,,gewerkschaftlich orientiert'') befürwortet die Forderung 700 DM Höchstsatz/ 1400 DM Elternfreibetrag, Anbindung an den Durchschnittslohn. Der FSR Chemie schreibt zur Begründung an die VDS: ,,Erstens ist Terminierung und jährliche Anpassung des BAFÖG prinzipiell notwendig, um ständiger Entwertung der sowieso schon zu niedrigen BAFÖG-Zahlungen zu begegnen, und zu verhindern, daß jede Mark Lohnerhöhung der Eltern eine Verringerung der BAFÖG-Zahlung bedeutet, wie es gegenwärtig unter Nichtanpassung der Freibeträge der Fall ist.''

Dieselbe Forderung stellt der FSR ra I (GO) auf, hat sich aber geweigert, einen Brief abzuschicken. Sie hätten eh keinen Einfluß, war ihre Begründung. Der FSR Pädagogik der Universität (,,gewerkschaftlich orientiert'') fordert 750 DM/ 1520 DM, Anbindung an die ,,Einkommens- und Preisentwicklung'', und hat einen Brief an die VDS-MV abgeschickt, worin diese aufgefordert wird, Kampfmaßnahmen für das Sommersemester zu beschließen, damit die Forderung durchgesetzt werden kann. – Exakt den gleichen Beschluß faßte der FSR Romanistik (GO).

Der Asta der Hochschule für Bildende Künste hat den VDS-Vorstand aufgefordert, der VDS-MV die Forderung nach Einspruchsrecht der Studentenvertreter bei allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten vorzuschlagen, so wie es auch in der neuen Geschäftsordung der Gremien der HfBK verankert ist. Der Asta schreibt: ,,Ein in der Hochschulgeschäftsordnung verankertes Einspruchsrecht ist bereits ein erfolgreicher Schritt gegen die reaktionäre Studienreform. Eine gesetzliche Verankerung des Einspruchsrechts der Studenten . . . wäre mehr.''

Um einen besseren MTV-A durchzusetzen, müssen noch größere Anstrengungen unternommen werden

b.suk. Auf der Protestkundgebung in Hamburg zur Durchsetzung eines neuen, besseren Manteltarifvertrages für Auszubildende im öffentlichen Dienst (MTV-A) wurde einstimmig eine Resolution an die Tarifkomission verabschiedet. Es heißt dort: ,,Wir verurteilen auf das Schärfste, daß die Arbeitgeber bisher noch kein akzeptables Angebot vorgelegt haben. Wir sind bereit, für einen neuen, besseren MTV-A zu kämpfen''. In einem Offenen Brief an Bürgermeister Klose heißt es: ,,Hiermit möchten wir sie auffordern, sich innerhalb der Tarifgemeinschaft der Länder dafür einzusetzen, daß den Forderungen der OTV zum MTV-A am 31.1.80 zugestimmt und der Tarifvertrag abgeschlossen wird.'' Solidaritätserklärungen wurden verlesen vom Betriebsrat Gesamthafenbetrieb, Personalrat und VK des AK Heidberg, Arbeitskreis Wehrpflichtiger, Jugendvertretung Lufthansa, Kollegen des Amtes für Jugend, sowie von zwei Kursen der Krankenpflegeschule AK Heidberg. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall begrüßte in einem Schreiben das mutige Mittel einer Protestversammlung während der Arbeitszeit, Vertreter der Jugendgruppen AEG Schiffbau, M.A.N., Blohm & Voss, Siemens, Still und Metallhandwerk unterzeichneten.



150 Auszubildende beteiligten sich an der Protestkundgebung am 29.1. im Guttempler Haus (siehe S.12). In der Innenstadt wurde der Offene Brief an Bürgermeister Klose und die Resolution an die Tarifkommission verteilt.

Auch sie stecken gerade in Manteltarifauseinandersetzungen für Auszubildende. Der Jugendsekretär der ÖTV Hamburg rief die Kollegen dazu auf, in den Betrieben noch größere Anstrengungen zu unternehmen, damit alle Kollegen die Forderungen kennen und dann auch unterstützen können.

Lohnentwicklung Metall Schleswig-Holstein

1964-1979: Erfolge können mit Durchsetzung der 75 DM plus 5,5% gesichert werden

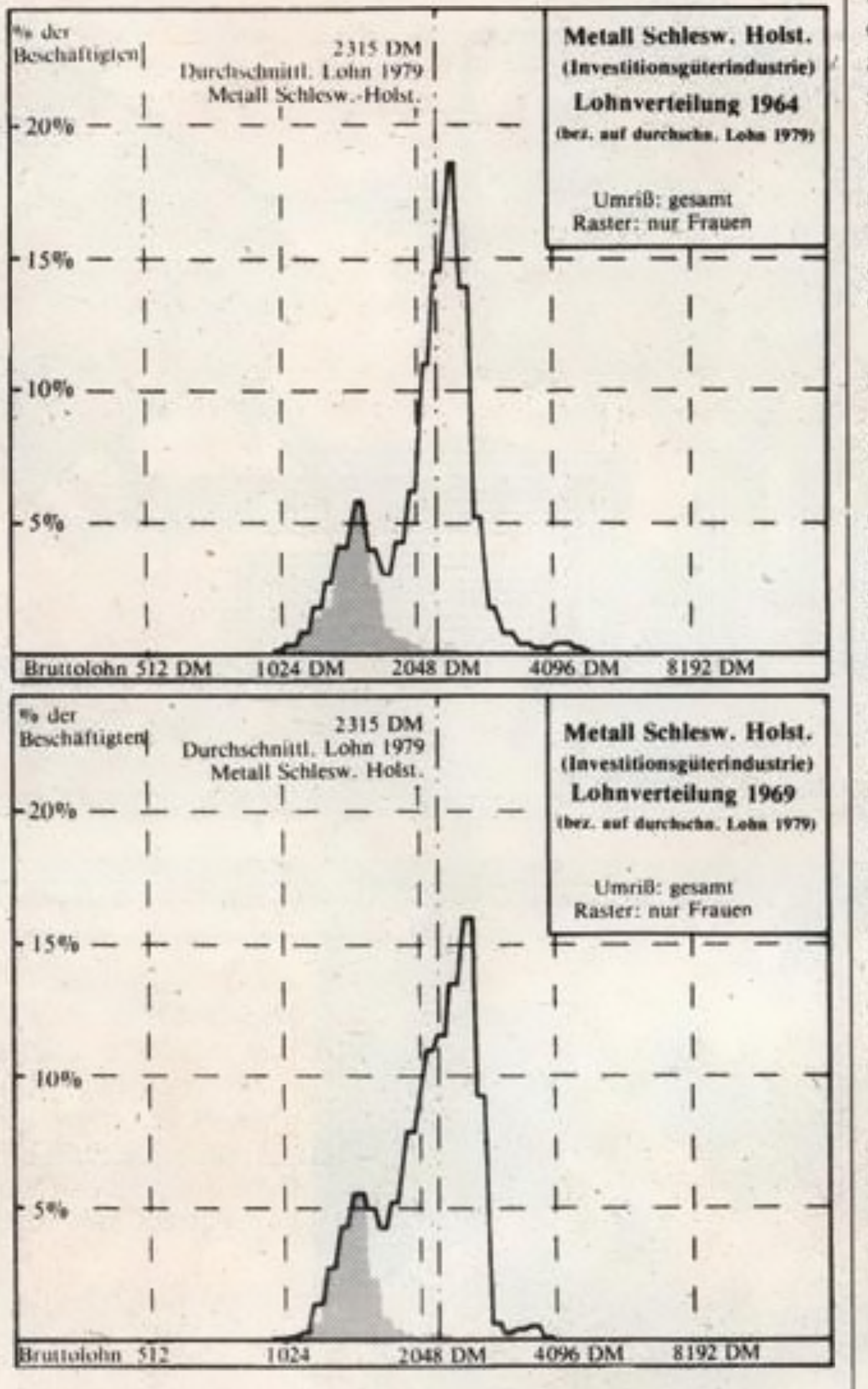
b.hat. Die nächste Verhandlung im Nordverbund der Metallindustrie ist am 6. Februar. Noch steht das Angebot der Kapitalisten von 4,3%. Ihre Erklärung, eine Anhebung der unteren Lohngruppen abzulehnen, haben sie mit Hilfe der bürgerlichen Presse und unter Einsatz der Regierung zu untermauern versucht. So heißt es in der Hamburger Morgenpost, daß die Kapitalisten dem Abschluß im Metallhandwerk nur zugestimmt haben, „weil eine geforderte überproportionale Anhebung unterer Lohngruppen" abgewehrt worden sei. Graf Lambsdorff greift mit einer relativ hohen Zahl – bei 7% solle der Abschluß liegen – in die Auseinandersetzung ein, sozusagen um die Wogen zu glätten und um der starken Bewegung für Festgeld zu begegnen. Kurzum, die Kapitalisten schießen sich ein auf die Bewegung der Arbeiterklasse, Festgeldbeträge durchzusetzen. Nicht zuletzt soll auch noch eine Festgelderhöhung an dem „künftigen Facharbeitermangel" schuld sein. Eine wirklich verwinkelte Argumentation, denn die Entscheidung, ob man was lernt, fällt in der Regel sehr früh im Leben eines Arbeiters und hängt meist mit dem Familieneinkommen der Eltern zusammen. Wollen die Kapitalisten also über den Lohn der Facharbeitermangel „beheben", sollen sie gleich der 70 DM bzw. 80 DM Lehrlingslohnerhöhung zustimmen. Die Kapitalisten wollen die Festgelderhöhungen vom Tisch, die Arbeiterklasse will und braucht diese Erhöhung, um ein Absinken des Werts der Arbeitskraft und eine erneute Spaltung zu verhindern.

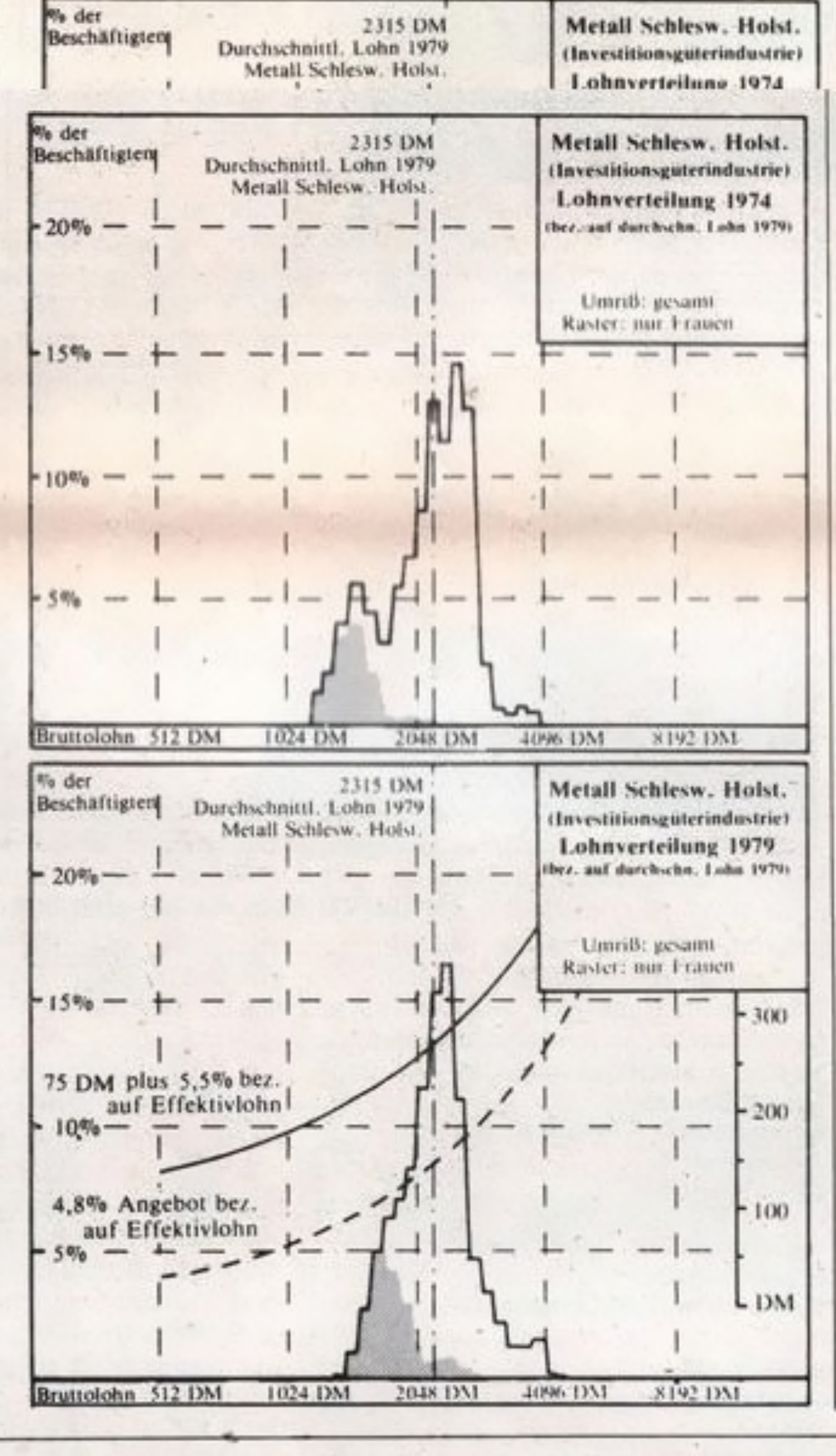
Wir haben in den nebenstehenden Schaubildern die Sprengkraft dieses Interessengegensatzes zwischen den Metallarbeitern und Metallkapitalisten an der Entwicklung der Lohnverteilungen in Schleswig-Holstein untersucht. Dargestellt sind die Effektivlohnverteilungen der Investitionsgüterindustrie (Stahl- und Leichtmetall, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Schiffbau, Elektroindustrie, Feinmechanik, EBM Warenindustrie). Die vier Schaubilder über die Lohnverteilung Schleswig-Holstein sind alle auf den durchschnittlichen Lohn der Metallindustrie von 1979 hochgerechnet, damit man die entsprechenden Strukturveränderungen erkennen kann. Im wesentlichen fallen drei Veränderungen auf: 1. Die Verteilung ist nicht unbedeutend zusammengerückt. 2. Ist der noch bis 1974 vorhandene gesonderte Block von unteren Lohngruppen,

fallen drei Veränderungen auf: 1. Die Verteilung ist nicht unbedeutend zusammengerückt. 2. Ist der noch bis 1974 vorhandene gesonderte Block von unteren Lohngruppen,
der ca. 25% ausmacht, quasi beseitigt und enger an den Durchschnittslohn gerückt. 3. Sind diese unteren Lohngruppen von Frauen belegt.

Offensichtlich war es den Kapitalisten Ende der 50er Anfang der 60er Jahre gelungen, die zur Mitarbeit gezwungenen Frauen zu niedrigsten Löhnen einzustellen. Diesen Vorteil konnten sie aber gegen die IG Metall und gegen die Bewegung unter den Arbeitern nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht halten. Eine entscheidende Rolle spielte bei dieser Auseinandersetzung die Veränderung des Lohngruppenschlüssels. 1960 betrug die Lohngruppe 1 nur 72,5% vom Ecklohn. Ab 1975 fiel die Lohngruppe 1 weg und die Lohngruppe 2 wurde ab 1976 auf 80% vom Ecklohn erhöht und liegt heute bei 80,5%. Wie man sieht, konnte also einer weiteren Aufspreizung des Lohngefüges entgegengewirkt werden von der IG Metall durch die Veränderung des Lohngruppenschlüssels, trotz der Prozentabschlüsse der letzten Jahre.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Kapitalisten gegen den Festbetrag operieren, zeigt, daß die IG Metall ohne Kampf keine Veränderungen des Lohngruppenschlüssels mehr hätte durchsetzen können. Da ist es nur günstig, daß jetzt beides zum Abschluß steht. Darum müssen die 75 DM gezahlt werden.





Meldungen zur Tarifbewegung

Hamburg, 31.1.80. VK der IG Metall bei Jungheinrich schreibt in einem Telegramm an die Verhandlungskommission, nicht vom Festbetrag abzurücken.

Hamburg, 29.1.80. OJA der IG Metall ruft auf: „Keinen Tarifvertrag ohne Anhebung der unteren Lohngruppen und der Ausbildungsvergütungen."

Hamburg, 25.1.80. Kapitalistenverband greift Lohnuntersuchung der IG Metall über die Struktur der Belegschaften an.

Tarifauseinandersetzungen im Handwerk in Hamburg und Schleswig-Holstein

b.dip. Für die rund 7000 Beschäftigten des Hamburger Metallhandwerks ist am 18.1. ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden: 6,6%, das entspricht 70 Pf mehr auf den alten Ecklohn von 10,60 DM. Zu den 70 Pf mehr werden im neuen Tarifvertrag die Montagezuschläge von derzeit 90 Pf auf 1 DM sowie die betrieblichen Sonderzahlungen angehoben.

Im Hamburger Elektrohandwerk sind die Tarifverhandlungen durch die IG Metall „aus Solidarität mit der schwächsten Gruppe der Arbeitnehmer" (Auszubildende) für gescheitert erklärt worden, weil der Fachverband der Elektroinnung sich weiterhin weigert, einen Tarifvertrag für Auszubildende abzuschließen. Die IG Metall hatte 9,5% mehr Lohn und Gehalt, eine neue Urlaubstafel sowie einen Tarifvertrag über Ausbildungsvergütungen und Urlaubsdauer für Lehrlinge gefordert. Dazu muß man wissen, daß das Elektrohandwerk bisher als einziges Handwerk keinen Tarifvertrag für Auszubildende hat. Einer Einladung der Innung zu weiteren Verhandlungen will die IG Metall nicht folgen. Die IGM Jugend und die Tarifkommission beraten zur Zeit über Kampfmaßnahmen.

Für den Hamburger Heizungsbereich hat die Tarifkommission folgende Forderungen an die Innung beschlossen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10%, Vorweganhebung für die LG 2 und 3, K2 und K3, T2 und T3 um 75 DM, Stufenplan zur Einführung des sechswöchigen Urlaubs.

Ein neuer Manteltarifvertrag ist im Hamburger KFZ-Handwerk angenommen worden. Er gilt für Arbeiter und Angestellte. „Die Zuschläge für Sams-
Hamburger KFZ-Handwerk angenommen worden. Er gilt für Arbeiter und Angestellte. „Die Zuschläge für Sams-
tagsarbeit werden von 25 auf 50% verdoppelt. Bei einer Eigenkündigung muß das Urlaubsgeld nicht mehr zurückgezahlt werden. Eine Zwölfteilung des Urlaubs im Ein- und Austrittsjahr entfällt künftig. Zur Pflege eines erkrankten Kindes bis zum 12. Lebensjahr wie des Ehegatten wird bezahlter Sonderurlaub bis zu 5 Tagen im Jahr gewährt (bisher keiner). Bei einer Erkrankung ist erst nach dem 3. Werktag ein ärztliches Attest vorzulegen. Mehrarbeit kann künftig durch Betriebsvereinbarung teilweise durch bezahlte Freizeit oder Geld abgegolten werden." (Zitiert nach Hamburger

Im Metallhandwerk Schleswig-Holstein fordert die IG Metall 175 DM mehr für alle Arbeiter und Angestellten, Wegfall der Ortsklasse II (Lohnabzug von 1% in ländlichen Gebieten), sowie Abschaffung der Einkommensdifferenz nach Lebensalter und Leistungszulage von 10%

Für den Bereich Sanitär- und Heizungsbauerhandwerk wurde in Schleswig-Holstein beschlossen: 10,5% lineare Erhöhung der Zeitlohnzulage, Vorweganhebung der Anfangs- und Endgehälter (gegen Abschläge). Ende Januar haben die ersten Verhandlungen stattgefunden, die aber ohne Ergebnis vertagt worden sind. Über die Vergütung für Auszubildende im Metall- und Heizungshandwerk wird erst im Sommer verhandelt.

Im schleswig-holsteinischen KFZ-Handwerk wird ebenfalls eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 175 DM monatlich gefordert, weiter eine Verbesserung der Ausbildungsvergütung um 40 DM sowie strukturelle Verbesserungen des Tarifgefüges.

Verbesserung der Ausbildungsvergütung um 40 DM sowie strukturelle Verbesserungen des Tarifgefüges.

Hamburger Hafenkapitalisten wollen den Rahmentarifvertrag durchlöchern

b.ruo. Nachdem am 1.1.80 der neue Rahmentarifvertrag für die Seehafenarbeiter in Kraft getreten ist, haben am 30./31.1. die Verhandlungen um die örtlichen Sonderbestimmungen für den Hamburger Hafen begonnen. Ihrer größeren Kampfstärke entsprechend konnten die Hamburger Hafenarbeiter hier gegenüber ihren Bremer Kollegen bisher deutliche Vorteile durchsetzen. Muß z.B. ein Schiff fertig gemacht werden, um in See zu gehen, können 2 Überstunden angeordnet werden. Für Lohngruppe III (1980) 63,08 DM Lohn. Eine Minute mehr und der Kapitalist muß den vollen Schichtlohn (hier 2. Schicht) von 114,72 DM zahlen. In Bremen gibt es seit Jahren eine Teilsonderschicht von 4 Stunden, für die nur 57,36 DM bezahlt wird. Sie ist im Gegensatz zu Überstunden freiwillig, konnte aber aufgrund des niedrigen Lohns und relativem Überangebot an Arbeitskräften wirken. Diese Teilsonderschicht haben jetzt auch die Hamburger Kapitalisten tariflich verankert. Die einheitliche Front der ÖTV-Funktionäre und Betriebsräte, sowie die unbefriedigende Nachfrage nach Arbeitskraft veranlaßte allerdings die Geschäftsführung der Stauerei Tiedemann schon dazu, eine Anwendung als nicht praktikabel zu erklären. Auseinandersetzungen gibt es weiter um die unregelmäßige Arbeitszeit. Die Kapitalisten wollen die Arbeitskraft möglichst im Rhythmus der ein- und ausgehenden Seeschiffe vernutzen. Bei Tiedemann wechselt oft täglich die Schicht. Die ÖTV besteht dagegen auf einer Festlegung zumindest der Spätschichten für je eine Woche nach Schichtplan, damit eine ausreichende Ruhezeit zwischen den Schichten gewährleistet ist. Bei der HHLA hatten die Arbeiter am Containerterminal gerade die Verkürzung der Nachtschicht auf 6 Stunden durchgesetzt, damit zwischen 1. und 3. Schicht am selben Tag 10 Stunden Pause liegen.

Zur Nachtschicht heißt es jetzt im Rahmentarif: „Sie solle sich auf solche Betriebe und Fälle beschränken, in denen diese Arbeit zur Abfertigung unerläßlich ist ...". Angesichts eines tödlichen Arbeitsunfalls wurde die Geschäftsführung der Stauerei Tiedemann auf der Betriebsversammlung am 30.1. aufgefordert, zu dieser Beschränkung Stellung zu nehmen. Sie drückte sich. Der Vorschlag, am 1. Mai erneut für die Abschaffung der Nachtarbeit auf die Straße zu gehen, fand großen Beifall.

Die Wohnungskapitalisten nutzen Zuschüsse und erhöhen die Mieten

b.hek. 32 Mio. DM allein als Zuschüsse haben der Bund und das Land Schleswig-Holstein 1978 für die Wohnungsmodernisierung und energiesparende Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Insgesamt drei Programme stehen zur Verfügung, zwei Bundesprogramme und ein Landesprogramm. Dieses „Programm B" soll nach dem erklärten Willen der Landesregierung vor allem dazu dienen, den Umbau von Eigenheimen zu unterstützen. Tatsache ist jedoch, daß aus allen drei Programmen der jeweils überwiegende Anteil an die Besitzer von Mietshäusern geht. (Bei Programm A (Bund) 89%, B (Land) 64%, C (Bund) 69%)

In Kiel sind von den insgesamt 112000 Wohnungen 22% im Besitz der drei größten Wohungsgesellschaften, der Kieler Werkswohnungs GmbH, der Kieler Wohnungsgesellschaft und der Neuen Heimat. Die Konzentration des Wohnungsbesitzes ist in den Städten erheblich weiter vorangeschritten, als im Land, wo sich nur 14% im Besitz von Wohnungsunternehmen befinden.

So sind dann auch vor allem in Kiel die häuptsächlichen Nutznießer dieses Modernisierungsprogrammes die großen Gesellschaften. So hat die Kieler Werkswohnungs GmbH (KWG) bereits mehr als 50% ihrer Wohnungen auf diese Weise saniert.

.Und jetzt plötzlich greift die Kieler Nachrichten den Fall von vier türkischen Familien auf, die durch Umbaumaßnahmen eines einzelnen Hausbesitzers bereits seit 2 Wochen mit nur einem Klo im Keller und ohne Heizung auskommen müssen. Ein Stadtrat erklärte wortgewaltig, er wolle Strafanzeige stellen. Tatsache ist jedoch, daß gerade die Umbaumaßnahmen bei den großen Gesellschaften in größerem Umfang die Mieter geschröpft haben. So ist es bei der KWG üblich, gleich einen ganzen Straßenzug zu renovieren und zwar nach folgendem Prinzip: Die Baukolonne zieht jeweils durch alle Häuser in der Straße, reißt zunächst überall die Klos raus, dann fängt sie vorne wieder an und baut sie wieder ein. So mußten die Mieter teilweise bis zu drei Monaten in ähnlichen Zuständen wie die türkischen Familien leben. Erst nach 6 Monaten sind dann alle Löcher wieder verputzt und auch das Treppenhaus in Ordnung gebracht.

Dieses Vorgehen hat folgenden Vorteil für die Gesellschaft: Wenn die Mieter in den Wohnungen bleiben während des Umbaus, dürfen die Kosten, die dadurch entstanden sind, auf neun Jahre verteilt auf die Miete aufgeschlagen werden. Ziehen die Mieter aufgrund des Umbaus jedoch aus, so kann die neue Miete dann ohne diese Auflagen vollkommen neu festgelegt werden und auch gleich der Anteil der Kosten, die durch Steuergelder von den Volksmassen aufgebracht worden sind, noch einmal von den Mietern kassiert werden.

In welchem Umfang dies geschehen ist kann man nur ungefähr an der durchschnittlichen Mietpreissteigerung für Altbau in Schleswig-Holstein ablesen. Von 75 auf 76 um 8,2% von 76 auf 77 um 8,7%.

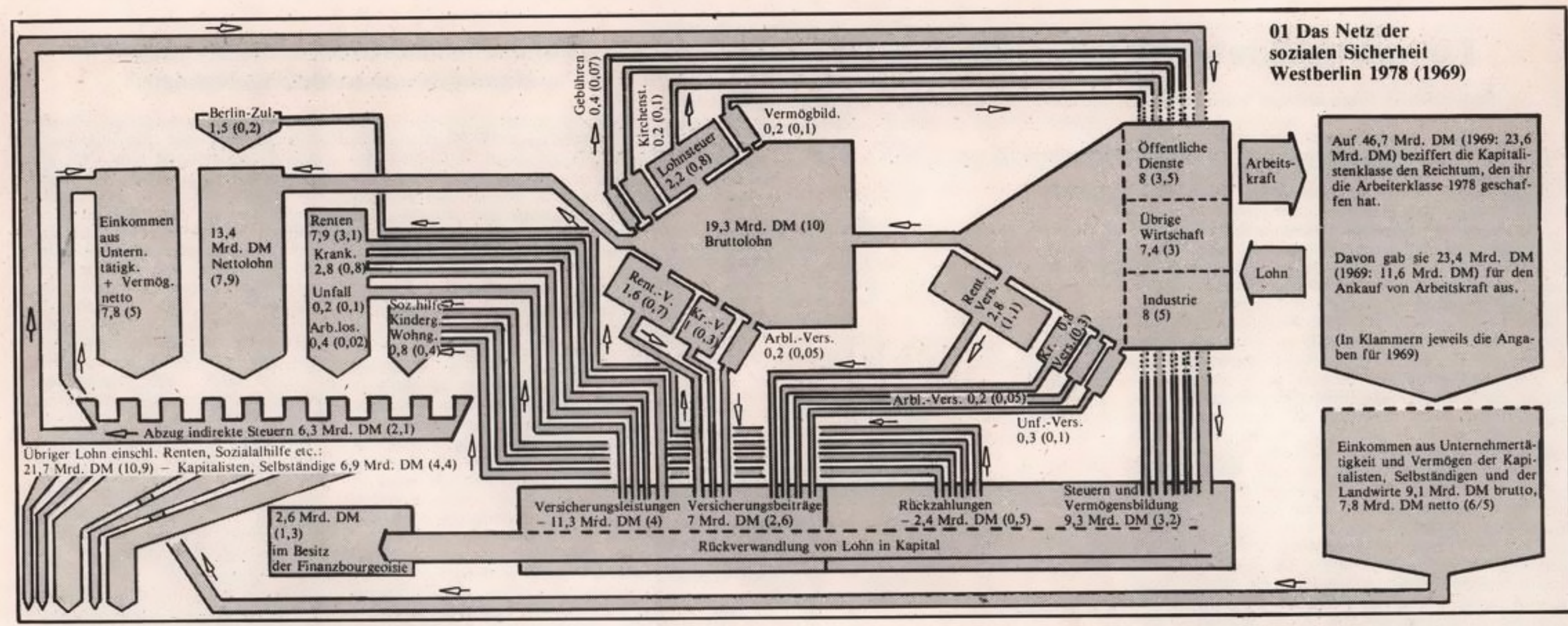
Struktur der Wohnungsunternehmen in Schleswig-Holstein

Größe der Betriebe	Besitz an Wohnungen 1975	1976	1977
Unter 500	8058	8475	8598
500 bis 5000	55556	55712	56503
5000 bis 10000	46565	36883	37125
Über 10000	40104	51057	51067

Quelle: Jahresbericht der Wohnungsbaukreditanstalt Schleswig-Holstein



Klo der türkischen Familien während des Umbaus.



Westberlin: Beim Fischzug auf den Lohn – 2,6 Milliarden bleiben im Netz

r.doz. „Ein lebendiges, ein pulsierendes, ein interessantes Berlin, ein weltstädtisches Berlin bringt in die west-östliche Machtbalance ein Eigengewicht ein, und nur wenn es uns gelingt, die Stadt mit solchen Attributen auszustatten, wird der freie Teil Berlins auch die Funktion wahrnehmen können, die seine Aufgabe ist: nämlich letztlich die deutsche Frage offenzuhalten". Worte des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Stobbe, vor dem Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft am 8. Oktober 1978. Nichts Neues, sondern alltägliche Berieselung aus Westberliner Presse, Rundfunk, Äußerungen bürgerlicher Politiker, Kapitalisten usw. Und meist gleich hinterher kommt: Engere Bindung an den Bund! Berlinhilfe durch den Bund notwendig (978 machte sie 7,7 Mrd. DM), da die Stadt alleine nicht lebensfähig sei! Worte, seit 30 Jahren vor allem gegen die Arbeiterklasse und ihre Forderungen gerichtet, da sie ausgehalten sei und jeder Streik sich gegen den Lebensnerv der Stadt richte.

Der Lebensnerv, wie kann es anders sein, heißt Kapital, für das kein Preis zu hoch sein soll, damit es in der Stadt bleibt, denn ohne Kapital keine Arbeit, ohne Arbeit Massenflucht aus Westberlin und damit auch deutsche Frage schon ziemlich zu.

Das Interesse bei unseren Berechnungen des Netzes der sozialen Sicherheit war als erstes, dieses „Argument" von der nötigen Subventionierung Westberlins durch den Bund auf seinen rationellen Kern zu untersuchen. Der rationelle Kern ist: vom Standpunkt und Interesse des Kapitals stimmt die Behauptung, denn es muß subventioniert werden für Extraprofit und politisches Machtinteresse an Westberlin. Vom Interesse und Standpunkt der Arbeiter und Volksmassen jedoch ist das eine ziemlich dreckige Lüge. Denn: selbst ohne jede Steuer aus Kapital, selbst unter den Verhältnissen, daß die Kapitalisten nicht alle Sozialversicherungsbeiträge zahlen, was fällig wäre, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme die Gehälter der hohen Staatsbeamten und Dienstherrn auch mit drin sind: im Netz der sozialen Sicherheit verbleiben nach Abzug aller Reproduktionskosten für die Massen bei dem Fischzug auf den Lohn noch Milliarden für die Kapitalisten, im Jahr 1978 waren es 2,64 Mrd. DM.

Trotzdem: es ist ja doch ziemlich weitgehend gelungen, in den letzten 30 Jahren die Behauptung von der vom Bund ausgehaltenen Stadt zu verbreiten und zu halten. Bis dahin, daß etliche sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre sie als Argument gegen Streik gelten ließen. Bis dahin, daß ein beträchtlicher Teil der sogenannten Linken in Westberlin die entsprechende Sozialarbeitermentalität ausprägte: Politik *für* die Arbeiter, *für die Randgruppen, für die Alten, Schwachen, Hilfsbedürftigen*. Folgerichtig hat sich dann auch ein größerer Teil von ihnen auf den langen Marsch durch die Institutionen gemacht, an die niederen und höheren Verteilerstellen des Netzes für soziale Sicherheit, um „sozial" tätig zu werden. Auf die Kraft der Arbeiterklasse haben sie nie vertraut und etwas unternommen, um sie zu stärken.

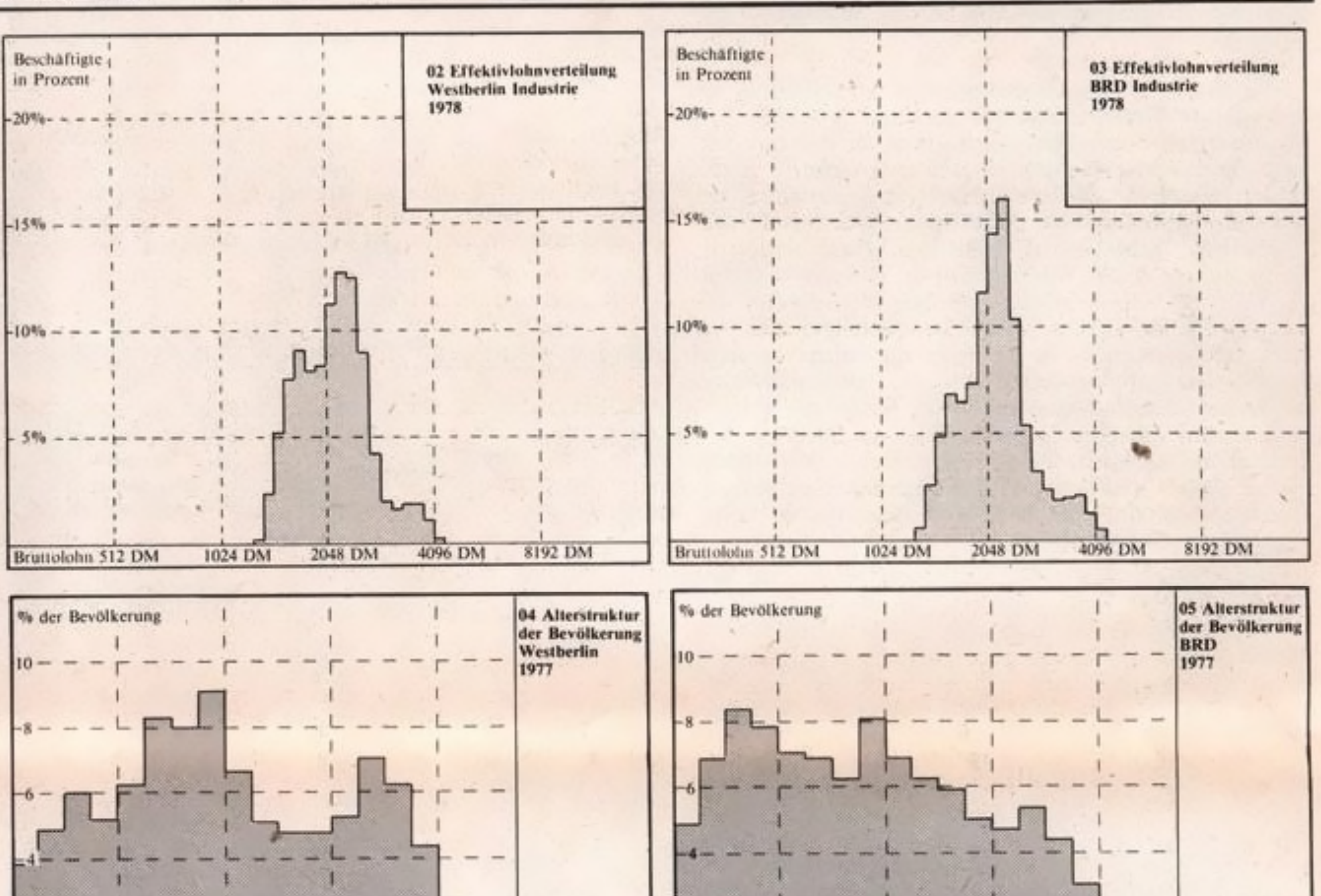
Subventionierung der Arbeiterbevölkerung! Ist die Berlinzulage etwa ein Beispiel dafür? Sie beträgt 8% vom Bruttolohn und wird, ohne Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, auf den Nettolohn aufgeschlagen. 8% von der Bruttolohnsumme Extraprofit für die Kapitalisten, 1978 1,5 Mrd. DM, aufgebracht aus den Steuern der Westberliner Arbeiter und Volksmassen. Wer da subventioniert wird, ist nicht schwer zu erkennen.

25% der Bevölkerung Westberlins sind Rentner und Pensionsempfänger (in der BRD sind es über 16%). In den Groß- und Hauptstädten konzentrieren sich natürlich die pensionierten Beamten und Beamtenwitwen, weil sich auch der Beamtenapparat dort konzentriert. Die sogenannte Überalterung der Stadt hat aber noch weitere Gründe. Zum einen spielt die Abwanderungsbewegung aus der DDR eine gewisse Rolle. Die älteren Leute zogen zum Beispiel nach Westberlin, weil ihre Kinder im Westen lebten und arbeiteten. Zum anderen gibt es eine ziemlich hohe Wanderungsbewegung von Arbeitern und Angestellten zwischen 20 und 35 Jahren mit negativer Bilanz. Das heißt, es wandern weniger zu als ab, übers Jahr ist das ein Personal von über 100000, das die Stadt verläßt oder hineinzieht. Die Rentner dagegen bleiben. Der Abzug für Renten aus dem Netz der sozialen Sicherheit ist also ziemlich hoch wegen der Masse der Rentner. Trotzdem bedarf es keines Zuschusses, damit er gezahlt wird.

Aber gibt es nicht auch größere soziale Leistungen in Westberlin gegenüber der BRD? Zum Beispiel die vielen Kindertagesstätten und die letztens gesenkten Kita-Gebühren? Ein Blick auf die Lohnverteilung in der Westberliner Industrie ist aufschlußreich. 45% aller Industriearbeiter sind Frauen, gegenüber 36% im Bundesdurchschnitt. Von diesen Frauen arbeiten zum Beispiel in der Metallindustrie 82% in den Lohngruppen 1 und 2. Es ist den Kapitalisten gelungen, einen hohen Fraueanteil in die Produktion zu ziehen und zu Niedrigstlöhnen auszubeuten. Das ist die Kehrseite der Medaille mit den Kitas und erklärt einiges, warum die Forderung nach mehr Kindertagesstätten und Senkung der Gebühren sich ein Stück weit ohne größere Kampfaktionen durchsetzen ließ. Wenngleich ausreichende Kita-Plätze ja noch lange nicht existieren. Und wenngleich die Kinderzahl gegenüber dem Bundesdurchschnitt immer noch erheblich geringer ist.

Die Lohnverteilung der Industrie Westberlins zeigt eine richtige Zone der Niedriglöhne mit erkennbarem Keil, wo die Abspaltung von den mittleren und höheren Löhnen und Gehältern betrieben wird.

45% Frauen in der Industrie, 10% ausländische Arbeiter, zum überwiegenden Teil in den niedrigen Lohnklassen, das ist schon ein erheblicher Spaltungsdruck und stachelt die Kapitalisten zu immer weiteren Vorstößen an: Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit. Der Reichtum des Siemens-Konzerns, der diese Ausbeutungsmethoden in höchster Konzentration vereinigt, ist also kein Mysterium.



Daten zum Netz der Sozialen Sicherheit Westberlin und BRD 1978

	Westberlin (in Mrd. DM)	BRD (in Mrd. DM)	Verhältnis Westbln. /BRD in %
Von der Arbeiterklasse geschaffener Reichtum +	46,6	1283	3,6
Gesamtsumme f. Ankauf von Arbeitskraft +	23,4	708	3,3
davon: Industrie	8	355	2,4
Öffentliche Dienste	8	145	5,9
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	7,8	224	3,5
Brutto-Lohn- und Gehaltssumme	19,3	590	3,3
Rentenzahlungen	7,9	143	5,5
Sozialhilfe	0,4	4,6	8,7
Bafög	0,1	3,2	4,1
Kindergeld	0,2	13,7	1,5
Wohngeld	0,1	1,9	5,3
Berlin-Zulage	1,5		
Was der Kapitalistenklasse im Netz bleibt	2,6	242	1,1
Was von Lohn, Renten etc. übrig bleibt	21,7	495	4,4

+ Darin sind in der bürgerlichen Statistik die indirekten Steuern mit enthalten. Das gilt nicht für die folgenden Daten.

	Westberlin (in Tsd.)	BRD (in Tsd.)	Verhältnis Westbln. / BRD in %
Wohnbevölkerung	918	61327	3,1
Geburten je 1000 Einw.	8,7	9,4	
Haushalte mit Kindern unter 18	206	8524	2,4
durchschn. Kinderzahl	2,7	1,8	
Erwerbstätige	838	26021	3,3
Lohnabhängig Beschäftigte	766	22681	3,5
Frauen	45%	36%	
Beamte und Soldaten	90	2245	4
Angestellte	358	9081	4,1
Arbeiter	329	10748	3
Arbeiter im verarb. Gewerbe	136	8140	2,2
Studenten	68	9459	7,5
ausländische Arbeiter	83	1869	4,5
registrierte Arbeitslose	37	993	3,6
Wohnbevölkerung über 65	441	9307	4,7
Krankenversicherung: Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder	91,8	90,4	
Sozialhilfeempfänger (1977)	141	2164	6,5
Wohngeldempfänger (1977)	99	1467	6,7

Ebensowenig der hohe Krankenstand in Westberlin, den die Kapitalisten alljährlich bejammern: hohes Ausmaß an Niedriglöhnen, niedrige Renten, hohe Ausbeutung, und bei diesem Teil der Bevölkerung auch konzentriert schlechte Wohnverhältnisse und Enge in der Reproduktion überhaupt, das sind die Hauptgründe.

Die Niedriglöhne ermöglichen den Kapitalisten schließlich auch noch den Extraprofit, mit dem sie die Rationalisierungsvinvestitionen bezahlen, die einen Teil der Arbeiter jeweils auf die Straße setzen. Und sie setzen im Verbund mit den hohen Subventionen für die Kapitalisten, die in Westberlin produzieren lassen, das Spekulationskapital frei, wovon die zahlreichen bekanntgewordenen Abschreibungsskandale immer noch nur ein Teil der Angelegenheit sind. Also Extraprofit durch Niedriglöhne und hohes Ausmaß an Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit und beim Fischzug auf den Lohn nochmal 2,6 Mrd. DM im Netz.

„Lebendig, pulsierend, interessant, weltstädtisch" – die eingangs zitierten Worte Stobbes, die für vorhandenes Interesse und vorhandene Maßnahmen der Kapitalistenklasse stehen, haben die Arbeiter und Volksmassen neben den immensen Summen für die Subventionen des Kapitals, des Profits, weitere immense Summen gekostet in Form von Geld für das „lebendige, weltstädtische" Treiben der Bourgeois: ICC, Ball der Nächte, Presseempfänge, Kulturveranstaltungen, für die Massen wenig zugänglich, aber auch wenig interessant und geschmackvoll.

Krachende Widersprüche, noch mühsam gebändigt, dazu eingeschlossen in feindlichem Gebiet, das rückerobert werden soll: die Aufblähung des öffentlichen Dienstes in Westberlin ist dementsprechend so geheimnisvoll auch nicht und hat vor allem wenig mit angeblicher Arbeitsmarktpolitik des Senats zu tun, wie Stobbe zu behaupten beliebt. Andere Daten passen da eher: höchste Polizeidichte in Europa, mit einem Polizisten auf 92 Westberliner oder 40 Erwerbstätige; zusammen mit den 12000 Besatzersoldaten schraubt sich das Verhältnis noch höher auf 1:45 Westberliner oder 1:25 Erwerbstätige. Dazu ein äußerst dichtes Netz von Behörden, sogenannten Beratungsstellen bis hin zu sogenannten ehrenamtlichen Mitarbeitern, die auf einem Umfeld eines überschaubaren Kiezes (oft) unfreiwillig Spitzeldienste für die Bourgeoisie leisten.

Die 7,7 Mrd. DM Bundeshilfe für Westberlin – zusammen mit den 2,6 Mrd. DM aus dem Netz der sozialen Sicherheit über 10 Mrd. DM – als Kriegskosten der Bourgeoisie im Verteidigungshaushalt der Bundesregierung ausgewiesen, das käme dem Sachverhalt schon bedeutend näher.

Unterstützt den Kampf der Bauern um höhere Erzeugerpreise

r.rak. In unserer letzten Ausgabe haben wir an gleicher Stelle gezeigt, daß der Protest des niedersächsischen Landvolks gegen die Einkommenssenkung vollkommen gerechtfertigt ist. Hier noch ein paar Daten, die die Einkommenslage der Bauern beleuchten. Nach dem Agrarbericht 1979 bestand im Wirtschaftsjahr 1977/78 folgende Einkommensverteilung unter den Vollerwerbsbetrieben (Vollerwerbsbetrieb = mindestens 90% des Einkommens wird aus der Landwirtschaft erzielt): Bei den Betrieben unter 30000 DM Standardbetriebseinkommen (STBE) – 45,53% der Vollerwerbsbetriebe – betrug das verfügbare Einkommen monatlich pro Familie 1025 DM, bei den Betrieben von 30000 DM bis 50000 DM STBE (32,5%) 2348 DM und bei den Betrieben über 50000 DM STBE (21, 88%) 3450 DM. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß aus dem verfügbaren Einkommen noch Erweiterungs- (Netto-) Investitionen bezahlt werden müssen.

Traditionell konzentrieren sich die Kämpfe der westdeutschen Bauern auf die Durchsetzung höherer Erzeugerpreise oder doch zumindest auf die Bekämpfung der Senkung der Realpreise. Von den bürgerlichen Politikern und der Presse wird in diesem Zusammenhang immer der Anschein erweckt, es handle sich bei dem alljährlichen Gezetere um die Agrarpreise in Brüssel um so etwas ähnliches wie Tarifverhandlungen. So meinte Bauernverbandspräsident Heeremann in einem Spiegelinterview, ,,kein Mensch kann uns zumuten, Einkommensverluste hinzunehmen, während andere zweistellige Forderungen erheben''. Der Spiegel spielte den Ball geschickt mit der Frage zurück, ,,wollen sie mit Herrn Kluncker von der ÖTV konkurrieren''? Daß die Brüsseler Preisrunde nichts damit zu tun hat, soll am Beispiel der Getreidemarktordnung aufgezeigt werden: Aus dem Großhandelspreis für Getreide im Hauptzuschußgebiet (Duisburg) wird ein ,,Richtpreis'' festgesetzt. Von diesem wird ein ,,Schwellenpreis'' abgeleitet. Er ist gleich dem Richtpreis minus Transportkosten vom Hauptaußenhandelshafen (Rotterdam) nach Duisburg. Alles von außen in die EG importierte Getreide wird durch Zölle (Abschöpfungen) auf den Schwellenpreis heraufgeschleust. Da die Weltmarktpreise teils durch billige Produktion vor allem in den USA, teils durch den ungleichen Tausch mit den Ländern der Dritten Welt unter den EG-Preisen liegen, kann mit dem Mittel der Abschöpfungen das Preisniveau innerhalb der EG wesentlich beeinflußt werden. Wird wenig abgeschöpft, kommt viel billiges Getreide in die EG; der Preis sinkt und umgekehrt. Daß es sich bei den Maßnahmen nicht vorrangig um eine Unterstützung der Masse der Bauern handelt, kann man an dreierlei sehen:

1.) Die von der EG als Ausgangs- und Endpunkt ihrer Manipulationen gewählten Preise liegen auf der Großhandelsstufe. Die Handelsspannen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Großhandelspreisen gehen nicht in die Berechnungen mit ein.

2.) Zwar kauft die EG in bestimmten Fällen landwirtschaftliche Produkte zu einem garantierten Mindestpreis (Interventionspreis) auf, wenn die Preise darunter fallen. Dies läuft aber ebenfalls nur auf der Großhandelsstufe ab, kommt also vor allem dem Zwischenhandel zugute.

3.) Bei Produkten, bei denen regelmäßig starke Preisschwankungen auftreten, wie z. B. bei Schweinefleisch, Kartoffeln, auch z. T. bei Rindfleisch gibt es keine oder nur eine beschränkte Pflichtintervention.

So wurden z. B. 1974/75 Richt- und Interventionspreise um mehr als 10% erhöht, das Niveau der landwirtschaftlichen Preise auf Erzeugerstufe blieb dagegen gegenüber dem Vorjahr unverändert (Agrarbericht 1975). Die Absichten der EG-Kommission und des Ministerrats in Bezug auf die Bauern wird aus ihrem ,,Memorandum 1973 bis 1978'' deutlich: ,,Die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus (ist) mehr und mehr auf die modernen Betriebe auszurichten''. Nach einem Bericht der ,,Stuttgarter Zeitung'' handelt es sich dabei um 10, höchstens 20% der landwirtschaftlichen Betriebe.

Welche Forderungen können die Bauern aufstellen? Natürlich wird jede *reale* Senkung der Marktordnungspreise bekämpft, solange dieses System besteht. Außerdem haben die Bauern aber große Kämpfe um höhere Erzeugerpreise direkt gegen die Absatzgenossenschaften, den Landhandel, die Molkereien usw. geführt. Hier zwei Beispiele: Im ,,Milchkrieg'' von Weiding kämpften 5000 Bauern 1971 und 1972 gegen die Allgäuer Alpenmilch AG. Die Molkerei zahlte 33,7 Pfennig je kg. Die Aktion konnte ihre Ziele zwar nicht voll erreichen, immerhin mußte die Molkerei nach einem Vergleich über 40 Pfennig zahlen. 1974 erreichten Bauern bei Stuttgart durch gemeinsame Aktionen eine Steigerung des Braugerstenpreises um 5%. Den Bauernverband dazu zu bewegen, solche Aktionen zu unterstützen, wird ein wesentlicher Schritt gegen die Pläne der EG-Kommission und der europäischen Regierungen sein.

so etwas ähnliches wie Tarifverhandlungen. So meinte Bauernverbandspräsident Heeremann in einem Spiegelinterview, ,,kein Mensch kann uns zumuten, Einkommensverluste hinzunehmen, während andere zweistellige Forderungen erheben''. Der Spiegel spielte den Ball geschickt mit der Frage zurück, ,,wollen sie mit Herrn Kluncker von der ÖTV konkurrieren''? Daß die Brüsseler Preisrunde nichts damit zu tun hat, soll am Beispiel der Getreidemarktordnung aufgezeigt werden: Aus dem Großhandelspreis für Getreide im Hauptzuschußgebiet (Duisburg) wird ein ,,Richtpreis'' festgesetzt. Von diesem wird ein ,,Schwellenpreis'' abgeleitet.

3.) Bei Produkten, bei denen regelmäßig starke Preisschwankungen auftreten, wie z. B. bei Schweinefleisch, Kartoffeln, auch z. T. bei Rindfleisch gibt es keine oder nur eine beschränkte Pflichtintervention.

So wurden z. B. 1974/75 Richt- und Interventionspreise um mehr als 10% erhöht, das Niveau der landwirtschaftlichen Preise auf Erzeugerstufe blieb dagegen gegenüber dem Vorjahr unverändert (Agrarbericht 1975). Die Absichten der EG-Kommission und des Ministerrats in Bezug auf die Bauern wird aus ihrem ,,Memorandum 1973 bis 1978'' deutlich: ,,Die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus (ist) mehr

Hotels und Gaststätten: ständige Verletzung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen



z.doj. Über 88% aller Jugendlichen im Hotel- und Gaststättengewerbe müssen mehr als 8 Stunden am Tag arbeiten. Eine Umfrage der Gewerkschaft NGG im Raum Schwarzwald hat gezeigt, daß 76,7% aller Jugendlichen über 48 bis über 80 Stunden die Woche arbeiten müssen! Mit einer Flugblatt- und Leserbriefkampagne hat die DGB-Jugend Freudenstadt den seit Monaten andauernden Kampf gegen Bestrebungen des Hotel- und Gaststättenverbandes und der baden-württembergischen Landesregierung verstärkt, die Beschränkung der Schichtarbeit auf 8 Stunden und das Sonntagsarbeitsverbot aufzuheben. – 9% und mehr Erhöhung für die unteren Lohngruppen fordert NGG bundesweit: in der Schwarzwald-Bodenseeregion wurde abgeschlossen: ab 1.1.80 5,8% auf höhere Vorweganhebung der niederen Lohngruppen.



z.doj. Über 88% aller Jugendlichen im Hotel- und Gaststättengewerbe müssen mehr als 8 Stunden am Tag arbeiten. Eine Umfrage der Gewerkschaft NGG im Raum Schwarzwald hat gezeigt, daß 76,7% aller Jugendlichen über 48 bis über 80 Stunden die Woche arbeiten müssen! Mit einer Flugblatt- und Leserbriefkampagne hat die DGB-Jugend Freudenstadt den seit Monaten andauernden Kampf gegen Bestrebungen des Hotel- und Gaststättenverbandes und der baden-württembergischen Landesregierung verstärkt, die Beschränkung der Schichtarbeit auf 8 Stunden und das Sonntagsarbeitsverbot aufzuheben. – 9% und mehr Erhöhung für die unteren Lohngruppen fordert NGG bundesweit: in der Schwarzwald-Bodenseeregion wurde abgeschlossen: ab 1.1.80 5,8% auf höhere Vorweganhebung der niederen Lohngruppen.

Bauern lehnen ,,Milchmitverantwortungsabgabe'' ab

z.bil. Auf fast allen Bauernversammlungen sind die neuen Beschlüsse der EG zur Milchabgabe abgelehnt worden. Ertl sprach Anfang des Jahres von einer ,,progressiven Mitverantwortungsabgabe'' von 1 bis 5%. Beschlossen wurde, daß alle Molkereien, die mehr als 99% der im Jahre 1979 verarbeiteten Milch aufnehmen, 3% des Richtpreises für Milch als Abgabe zahlen sollen. Die ,,Nichtvermarktungsprämien'' und ,,Abschlachtungsprämieen'' der letzten beiden Jahre haben zur Vernichtung der kleinen Milchviehbestände geführt. Gleichzeitig hat der Milchkuhbestand durch Konzentration von großen Herden um 0,3% zugenommen. Die Mitverantwortungsabgabe wirkt bei den Bauern, deren Haupterwerbsquelle die Milchkuhhaltung ist, weil sie über schlechtes Land verfügen, das nur als Grünland taugt. Sie müssen die Leistung pro Kuh an Milch steigern, weil das Grünland und somit der Besatz mit Kühen ihre Einkunftsquelle ist; die Milchabgabe wird ihre Ertragshoffnung durch mehr Leistung pro Milchkuh vernichten. Denn je mehr Milch sie abliefern, um so höher die Abgabe. Den ackerbautreibenden Betrieben, die zusätzlich moderne Stallmethoden anwenden – große Herden auf kleiner Fläche, unabhängig von den Hauptfutterflächen, weil sie mit Silomaissorten und entsprechenden Düngemitteln die Umschlagszeiten immer mehr verringern – bringt die Milchabgabe keinen großen Nachteil, allenfalls den Vorteil der Entledigung von Konkurrenten.

Erfolgreicher Fangstopp der italienischen Fischer

z.ulg.Rom. Mit einem vierwöchigen totalen Fangstopp haben die italienischen Fischer einen Zuschuß von 25 Mrd. Lire (54 Mio. DM) zu den gestiegenen Dieselkosten erkämpft. Die Mittelmeerfischerei wird vorwiegend mit kleinen Motorschiffen, oft ganz ohne Lohnarbeiter, betrieben. Die 60000 Fischer verteilen sich auf knapp 22000 Boote mit einer Durchschnittsverdrängung von nicht einmal 13 BRT. Zwar war Diesel für die Fischerei auch schon bisher mineralölsteuerfrei. Doch nach den jüngsten Ölpreiserhöhungen drohen die kleinen Fischer der Konkur-

Erfolgreicher Fangstopp der italienischen Fischer

z.ulg.Rom. Mit einem vierwöchigen totalen Fangstopp haben die italienischen Fischer einen Zuschuß von 25 Mrd. Lire (54 Mio. DM) zu den gestiegenen Dieselkosten erkämpft. Die Mittelmeerfischerei wird vorwiegend mit kleinen Motorschiffen, oft ganz ohne Lohnarbeiter, betrieben. Die 60000 Fischer verteilen sich auf knapp 22000 Boote mit einer Durchschnittsverdrängung von nicht einmal 13 BRT. Zwar war Diesel für die Fischerei auch schon bisher mineralölsteuerfrei. Doch nach den jüngsten Ölpreiserhöhungen drohen die kleinen Fischer der Konkur-



renz der internationalen Fischereikonzerne zu erliegen. Am 22.1. demonstrierten mehrere tausend in Rom für 100 Lire Zuschuß auf den Liter Diesel (Bild). An der Adria, wo sich viele Fischer in Genossenschaften zusammengeschlossen haben, wurde schließlich auch die Anlieferung von Gefrierfisch verhindert. Im Adriahafen Pesaro stürmten die kämpfenden Fischer ein doch ausgelaufenes größeres Schiff und verteilten die 53 Kisten Fang an die umliegenden Krankenhäuser.

Malaysias Reisbauern verlangen ausreichende Erzeugerpreise

Regierung fördert Gummi für Export / Die Landfrage bleibt ungelöst

z.mat.Sydney. ,,Reisanbau erzeugt eine Geisteshaltung, die in dieser modernen Welt nicht gerade ein Vorzug ist. Man kann in diesem Getreide, das in Asien weit verbreitet ist, den grundlegenden Faktor dessen erkennen, worin viele die charakteristischen Eigenschaften des traditionellen Asien sehen: Geduld, Gehorsam, Hinnahme des Lebens, eine Unfähigkeit, traditionelle Denkweisen zu durchbrechen.'' Mit diesen Worten faßt der australische Professor Tregonning in einem Buch über Malaysia zusammen, was er in elf Jahren Lehre an der Universität Singapur an Weisheit gewonnen hat. Nach den Ereignissen vom 24. Januar in Salor Star, der Hauptstadt des Staates und Hauptreisanbaugebietes Kedah im nördlichen Malaysia, dürfte er mit seiner Weisheit am Ende sein. An diesem Tag versuchten 10000 Reisbauern nach einer Demonstration das Regierungsgebäude zu stürmen. Nur die Verhängung des Ausnahmezustands und die Verhaftung von mehreren hundert Bauern konnte sie daran hindern. Die Bauern fordern die Angleichung des staatlichen Aufkaufpreises für Reis an den Preis auf dem freien Markt und die Auszahlung der Subventionsgutscheine, die bisher nur bei Banken auf Sparguthaben eingezahlt werden können.

Die Einführung der Subventionsgutscheine ist nur ein weiteres Element des Kreislaufs, in dem die malaysische Landwirtschaft gefangen ist. Seit der Einführung der Gummiplantagen durch die britischen Kolonialisten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts kann das Land seine Bevölkerung nicht mehr aus eigenen Ackerprodukten ernähren. Imperialistische Schulweisheit, den malayischen Schülern mit britischen Schulbüchern eingebleut, erklärt das aus dem Mangel an ausgedehnten, leicht bewässerbaren Ebenen. Einzige Überlebenschance biete der Export von Gummi und Ölpalmenprodukten, aus deren Erlös der nötige Reis gekauft werden müsse. Von dieser grundlegenden Orientierung der landwirtschaftlichen Produktion, die eine ungeheure Verarmung der Reisbauern zur Folge hatte, hat sich die Regierung seit Erringung der Unabhängigkeit nicht lösen können. Trotz zahlreicher Bemühungen um die Hebung der Produktion sind die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln deshalb stetig größer geworden.

Bildet die Gummi-Monokultur für die Befreiung des Landes von imperialistischer Abhängigkeit an sich schon ein Problem, so wurde es vor der Erringung der politischen Unabhängigkeit noch dadurch verschärft, daß die Plantagen durch die Bemühungen der Konzerne, vor der abzusehenden Unabhängigkeit den größtmöglichen Profit herauszuschlagen, nach dem zweiten Weltkrieg in desolatem Zustand waren. Ein Gummibaum ist nach 30 Jahren erschöpft, und ein neu gepflanzter Baum benötigt sieben Jahre, bis er genutzt werden kann. Daraus folgt, daß regelmäßig etwa 23% des Bestandes unproduktive Jungpflanzungen sein müssen. Der tatsächliche Anteil junger Bäume betrug 1947 nur 8%. 1948 erreichten Teile des heutigen Malaysia als Vorbereitung der Unabhängigkeit die teilweise Selbstverwaltung. Als die Erschöpfung großer Gummibaumbestände immer drohender wurde, begann die Regierung 1953 mit einem Programm, auf 92000 Hektar alte Bäume durch neue zu ersetzen. Bis 1961 konnte der Anteil an jungen Bäumen damit auf 40% erhöht werden. Dieser Fortschritt in der Sicherung der zukünftigen Produktion ging jedoch hauptsächlich zu Lasten der vielen selbständigen Bauern, die damals wie heute etwa 40% der Gummiproduktion liefern. Sie sind auf den Ertrag jedes Baumes angewiesen und konnten nur mit Zwang dazu gebracht werden, alte aber noch produzierende Bäume durch neue zu ersetzen. Für die meisten von ihnen bedeutete das langfristige Verschuldung.

Trotz dieser Bedingungen ist die Lage der kleinen Bauern mit Gummianbau besser als die der Reisbauern, von denen viele am Rand des Existenzminimums leben. 64% der landwirtschaftlichen Fläche wurden 1960 für Gummianbau genutzt, nur 17% für Reis. Die schwierigen Bedingungen bei der Anlage neuer Felder – der Wald kann nur gefällt, wegen des notwendigen feuchten Untergrunds aber nicht abgebrannt werden, und der Reis muß zunächst zwischen den verrottenden Stämmen gepflanzt werden – haben die Ausweitung der Fläche sehr behindert. Seit den Nachkriegsjahren erhalten Bauern für Neusiedlung Wohnung und Saatgut für zwei Jahre gestellt und Äxte, Sägen und Hacke ausgeliehen.

Die Reisanbaufläche konnte so von 1960 bis 1972 von 376000 auf 566000 Hektar erweitert werden, und die seitdem erfolgte Vergrößerung der Anbaufläche straft die imperialistischen Theorien von den natürlichen Beschränkungen des Reisanbaus in Malaysia Lügen. Trotzdem ist die Produktion nach wie vor nicht ausreichend, den Bedarf des Landes zu befriedigen. Die Imperialisten bemühen sich, diesen Zustand aufrecht zu erhalten: Von den insgesamt 200 Mio. Dollar, die ihre Banken für landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte zugesagt haben, sind nur 46,5 Mio. für die Steigerung der Reisproduktion vorgesehen, der Rest für weitere Gummipflanzungen. Durchbrochen werden kann der Kreislauf wachsender Exportgummi-Produktion bei schwankenden Weltmarktpreisen und wachsenden Reisimporten nur durch eine radikale Landreform, deren treibende Kraft die Landarbeiter auf den Plantagen, die kleinen Bauern mit Gummiproduktion und die Reisbauern sind. Der Zusammenschluß auf der Grundlage gemeinsamer Interessen ist möglich. Immer noch ist der größte Teil der Plantagen in ausländischem Besitz. Da der Lohn der Plantagenarbeiter an den Erlös auf dem Weltmarkt gebunden ist – nur 40% sind abgesicherter Grundlohn – ist er den heftigsten Schwankungen unterworfen. Bei mangelnder Nachfrage nach Gummi stellen die Plantagen oft einen Teil der Gummiproduktion ein und gehen auf Palmöl- und Kopraproduktion über. Anhaltende Streiks wie der dreiwöchige Streik der Arbeiter auf der Sarawak Oil Palm Plantage im Januar letzten Jahres zeigen die wachsende Kampfbereitschaft der Landarbeiter. Die kleinen Bauern, die Gummibäume besitzen, verlangen die Möglichkeit, nebenher zu wirtschaftlichen Bedingungen Reis anbauen zu können. Voraussetzung dafür ist die Anhebung des Abnahmepreises für Reis durch die Regierung, also die Durchsetzung der Ziele der Reisbauern. Unter der Forderung der Vertreibung der Imperialisten und der Übergabe des Landes an den, der es bebaut, bei gleichzeitiger Garantie eines ausreichenden stabilen Abnahmepreises, können sich die Millionen kleiner Bauern und Landarbeiter zusammenschließen.



Ernte auf einer Palmölplantage des Konzerns Sime Darby.

Costa Rica: Bananenpflücker beenden Streik mit Teilerfolg

z.dab. Nach 28 Tagen Streik haben die 20000 Bananenpflücker in Costa Rica ihren Streik beendet. Er endete mit einem Teilerfolg. Auf Druck des US-Konzerns Standard Fruit Company, der die gesamte Bananenproduktion monopolisierte, hatte die Regierung die Zivilgarde gegen die streikenden Landarbeiter eingesetzt und mindestens 120 von ihnen festgenommen. Doch die Absicht, den Streik damit zu zerschlagen, scheiterte an der geschlossenen Front der Landarbeiter und der sie unterstützenden Arbeiterklasse. So mußte der Arbeitsminister Serrano der Standard Fruit Company ein Abkommen aufzwingen, in dem der US-Konzern die Gewerkschaftsforderung nach Wiedereinstellung der wegen Streik entlassenen Arbeiter, einer Vorschußzahlung von 500 Colon (etwa 110 DM) und einer neuen Arbeitszeitregelung zustimmen mußte. Andere Plantagenbesitzer versuchen jetzt, diese Vereinbarung damit zu unterlaufen, daß für sie das Abkommen mit der Regierung nicht gälte. Sie zahlen die 500 Colon nur an die ehemaligen Streikbrecher und nur 35 an die anderen Landarbeiter, entlassen weiter und lassen ihre privaten Schutztruppen bei Gewerkschaftsführern Hausdurchsuchungen vornehmen. Der zentrale Bund der Arbeiter Costa Ricas CGT hat angekündigt, gegen diesen Terror erneut zum Streik aufzurufen.

Gesamtmetall versucht Blockade der Lohnbewegung

NRW geht nicht mal auf 4,8%! Dürr lädt die baden-württembergischen Richterkanonen



Die Metallkapitalisten in Norddeutschland, u.a. in der Elektroindustrie oder als Zulieferer von VW besonders an weiterer Absenkung der Niedriglohngruppen interessiert, haben die Forderung 75 DM Sockelbetrag plus 5,5% strikt abgelehnt, ,,weil dadurch die Position des Facharbeiters entwertet würde". – Bild: VW-Aktionärsversammlung



In Hessen verhandelt Gesamtmetall-Vizepräsident Knapp. Die Forderung 175 DM/10% mindestens steht: ,,Gleich zu Beginn erklärte Unternehmersprecher Knapp: Eine gleichmäßige Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen kommt nach dem Willen der Unternehmer nicht in Frage." (Nachrichten der IG Metall für Hessen vom 29.1.1980)



,,Heinz Dürr; der in den vergangenen Tagen einmal geäußert hat, es sei unmöglich, daß in diesem Land jemand unter 1000 Mark netto verdiene, wird ein Briefumschlag in die Hand gedrückt. Die Lohnabrechnung einer ,ausländischen Kollegin' ... (Stuttgarter Zeitung, 29.1.) – Bild: Dürr wird vor dem Verhandlungstermin am 28.1. angegriffen



Lambsdorff: ,,Besorgt zeigte sich der Wirtschaftsminister über die Forderungen nach einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen. Diese ,,Sockelpolitik" führe dazu, daß gerade die Arbeitskräfte, die besonders schwer zu vermitteln seien, abermals überdurchschnittlich teuer würden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.1980)

Letzten Freitag, bei den Verhandlungen für den großen Tarifbezirk NRW, blieben die Kapitalisten bei 4,3%. Da sonst fast überall bereits 4,8% angeboten waren, kommt das fast auf eine Senkung des Angebotes hinaus. Eine solche Unverschämtheit reizt zu einer klaren Antwort. In Baden-Württemberg, das für seine Richter bekannt ist, strengte der Kapitalistenverband eine einstweilige Verfügung gegen die IG Metall an, nach der die Organisation verpflichtet sein soll, aktiv gegen Initiativen der Belgschaften aufzutreten. Die Kapitalisten verbinden Provokationen am Verhandlungstisch mit Einleitung politischer Unterdrückungsmaßnahmen, währenddessen tut Lambsdorff so, als wär alles ganz einfach, wäre nur die Festgeldseite bei der Forderung nicht. Die kombinierte Aktion von Verhandlungsführung, Regierungsrichtlinien und Gerichtsbeschlüssen ist nicht ungefährlich, aber sie ist auch ganz schön durchsichtig. – Die Belegschaften wissen sich jedenfalls zu wehren.

Hamburg, 29.1.80. In einem Telegramm der Firma Thyssen Aufzüge an die Tarifkommission: ,,Die Kollegen der Firma Thyssen Aufzüge Werk Hamburg fordern die Verhandlungskommission auf, von der im Nordverbund aufgestellten Forderung von 75 DM plus 5,5% nicht abzuweichen. Wir sind der Meinung, daß dieses Volumen notwendig ist, um keine weiteren Lohneinbußen hinnehmen zu müssen. Wichtigster Aspekt aber, daß die Lohnschere nicht weiter auseinandergeht." Der Ortsjugendausschuß in Hamburg erklärte in einem Telegramm an die Tarifkommission: ,,Wir sind gegen das Auseinanderklaffen der Lohnschere und begrüßen es, daß Ihr nicht vom Sockelbetrag von 75 DM für alle Gruppen abweichen wollt." Der OJA ruft dazu auf, am nächsten Verhandlungstag, dem 6. Februar, Telegramme an die Verhandlungskommission zu senden.

Darmstadt, 30.1.80. Wie bei Opel/Rüsselsheim hat der Vertrauenskörper der Firma Bosch Fernsehanlagen beschlossen, am Montag, dem 4.2.80, in Bad Nauheim den Verhandlungsort für die 3. Tarifverhandlungen in Hessen aufzusuchen, um dort die gewerkschaftliche Verhandlungskommission für die Durchsetzung der Forderung 175 DM / 10,5% mindestens zu stärken.

Stuttgart, 28.1.80. Am Montag vergangener Woche, dem 3. Verhandlungstag im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, kam es bei einer Beteiligung von etwa 32000 zu einem Höhepunkt der bisherigen Warnstreikaktionen. In Mannheim versammelten sich bei Daimler-Benz ungefähr 8000 Arbeiter und Angestellte der Früh- und Normalschicht. In einem Telegramm an die Metallkapitalisten in Stuttgart erklärten sie, notfalls durch Streik einen besseren Abschluß durchzusetzen. – Bei AUDI/NSU in Neckarsulm wurde eine Unterschriftensammlung gegen das 4,3%-Angebot und für die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen in der vorletzten Woche von über 5000 der insgesamt 9100 Beschäftigten unterstützt.

Gaggenau, 28.1.80. Zum erstenmal überhaupt traten ebenfalls am vergangenen Montag u.a. die 450 Arbeiter der Firma Max Roth in einen ungefähr 30minütigen Streik. Roth gehört zum Tarifgebiet Südbaden. Laut Presseerklärung der IGM-Verwaltungsstelle ,,signalisierten die Beschäftigten der Firma Roth, daß sie mit dem Verhalten der Arbeitgeber, Südbaden als Billiglohnland zu konservieren, keinesfalls einverstanden sind".

Mannheim, 29.1.80. Im SEL-Werk, wo ein Großteil der Belegschaft für niedrigste Löhne in den Lohngruppen 2 und 3 in den Akkord gezwungen wird, wird nach der Arbeitsniederlegung am vergangenen Montag ein Brief an den Vorsitzenden der Metallkapitalisten Dürr und die örtliche Presse beraten, in dem gegen deren Hetze gegen die Lohnforderungen Stellung genommen wird. ,,Aufgrund der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten und Arbeitsintensität" wird darin nochmals die Forderung nach 153 DM mindestens für alle bekräftigt.





Über 500 Arbeiter und Angestellte demonstrieren vor dem Verhandlungslokal in Stuttgart am 28.1. insbesondere für die Anhebung der Niedriglöhne

Westdeutsche Imperialisten rund um die Welt als Ausbeuter tätig – Kapitalexport steigt

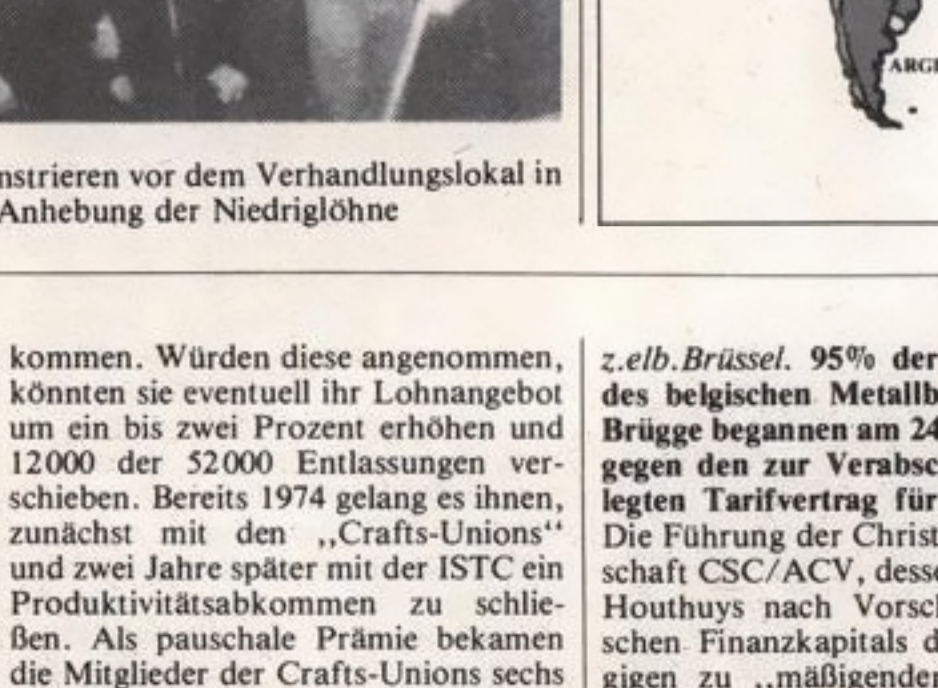
z.frb. Eine hübsche Beschreibung der Wirkung der Konkurrenz unter den Kapitalisten, wenn die Arbeiter sie unter Druck setzen, stammt von Heinz Dürr, vorgetragen auf der Mitgliederversammlung der ,,Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" im Dezember. Er sprach von den Streiks der Metallarbeiter im Frühjahr 1978 in Baden-Württemberg. ,,Die Verzahnung gerade der Metallbetriebe bundesweit ist derart stark, daß unmittelbar der Druck von außen (Kunden!) ungeheuer stark geworden wäre und damit langfristig Geschäftsbeziehungen in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Außerdem wären dadurch natürlich auch erhebliche innerverbandliche Spannungen entstanden ... Ein Verband von der Struktur unseres Verbandes kann solche Spannungen auf Dauer nicht aushalten, sie würden für ihn zu einer existenziellen Gefahr."

Die Interessen der westdeutschen Imperialisten sind weltweit. Vergangenes Jahr haben sie außerordentliche Profite eingefahren und fahren sie noch ein. So sehr, daß manchem Bourgeois der Vergleich zu den Tariferhöhungen des vergangenen Jahres fast schon peinlich war. Zweierlei haben die Kapitalisten mit den Profiten gemacht. Erstens haben sie ihren Produktionsapparat umgewälzt und damit einen bedeutenden Fortschritt in der Intensivierung der Arbeit wie in der Ausdehnung der Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit erreicht. Zweitens haben die Kapitalisten einen Teil ihrer Höchstprofite darauf verwendet, ihre Ausbeutertätigkeit in alle Welt zu exportieren.

Vor zehn Jahren etwa haben die westdeutschen Nachfolger der reichsdeutschen Monopolbourgeoisie wieder jene Stärke erreicht, die es ihnen ermöglichte, den Kapitalexport zum entscheidenden Moment der Expansion zu machen, das Feld ihrer Ausbeutertätigkeit zu erweitern, historische Unterschiede des Lohnniveaus in Extraprofite zu verwandeln. Die Arbeiterbewegung hat sich dazu eindeutig geäußert, indem sie sich in den Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse über die Ländergrenzen hinweg unterstützt. Und die Gewerkschaftsspitze sieht sich veranlaßt, Opferforderungen der imperialistischen Politiker zurückzuweisen. Aber viel zu sehr noch ist der Bourgeoisie das Feld in der Behandlung der internationalen Widersprüche überlassen.

Westdeutscher Kapitalexport 1970 – 79

Land	Mitte 1979		Steigerung 1970 – 79	
	Bestand Mio. DM	DM/ Kopf	Mio. DM	auf %
EUROPA	**32702**	**68**	**22911**	**334**
Belg./Lux.	5960	584	4019	307
Frankreich	5983	112	4259	347
Großbrit.	2380	43	1952	556
Italien	1906	34	1204	271
Niederlande	3700	264	2961	501
Österreich	1936	258	1012	209
Schweiz	5204	826	3267	269
Portugal	456	46	388	673
Spanien	3173	89	2612	456
AFRIKA	**3173**	**7**	**2226**	**335**
Südafrika	649	22	494	420
Ägypten	185	5	165	930
Algerien	222	12	171	436
Libyen	361	129	–8	98
Tunesien	62	10	60	·
Kan. Inseln	748	575	737	·
Kenia	78	5	61	438
Nigeria	225	3	199	884
Zaire	80	3	67	636
AMERIKA	**222613**	**38**	**16409**	**365**
USA	10057	46	8580	681
Kanada	4235	179	2789	293
Bermuda	94	376	70	392
Antillen	1016	3386	242	131
Mexiko	768	11	494	280
Panama	195	102	93	191
Trinidad	104	94	104	·
Argentinien	693	26	282	169
Brasilien	4789	40	3446	357
ASIEN	**2690**	**2**	**2209**	**559**
Japan	363	3	265	368
Iran	530	15	465	817
Oman	12	139	11	694
Emirate	58	648	58	·
Honkong	151	32	144	·
Indien	178	0,27	11	106
Indonesien	111	0,79	103	·
Isreal	589	155	572	·
Singapur	223	118	220	·
OZEANIEN	**383**	**17**	**188**	**196**



Schwerpunkte des westdeutschen Kapitalexports
(Bestand 30.6.1979)
dunkel gerastert: über 400 Mio. DM
mittel gerastert: über 50 Mio. DM



z.rül.London. **Der Streik der britischen Stahlarbeiter zeigt Wirkung bei den Kapitalisten.** Ab diesem Montag läßt der ,,Metal-Box"-Konzern, größter Hersteller von Konservendosen, 1000 Arbeiter wegen Stahlmangel kurzarbeiten. Der Versuch der Kapitalisten, mit dem gerichtlichen Verbot des Streiks in der privaten Stahlindustrie die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen, ist fehlgeschlagen. 250000 Lohnabhängige beteiligten sich am Montag auf Aufruf des walisischen TUC an einem Generalstreik gegen die Schließungen bei BSC (Bild). Obwohl ihre Tarife gar nicht verhandelt werden, hielt sich die Masse der ISTC-Mitglieder in den privaten Stahlwerken an den Streikaufruf ihrer Gewerkschaft, bis diese ihn Dienstag abend zurückzog. Da das Urteil allein für die ISTC galt, wurden die Streikposten der ISTC durch Mitglieder anderer Gewerkschaften ersetzt. Am Freitag nahm das Oberhaus als höchstes Gericht das Streikverbot zurück. Die Regierung hält sich offiziell zurück. Der Streik sei Sache der BSC und der Gewerkschaften. Tatsächlich beschleunigt sie ihre Antistreikgesetze, jagt Polizei auf die Streikposten, streicht streikenden Arbeitern Sozialhilfezahlungen. Die BSC-Kapitalisten haben die ganze Woche ihre Verhandlungen mit den Gewerkschaften der 50000 Arbeiter außerhalb der eigentlichen Stahlproduktion, den ,,Crafts-Unions", fortgesetzt. Sie wollen diese Gewerkschaften mit einem Separatabkommen abspalten. Ihr Angebot änderten sie nur wenig. Hauptsache seien die lokalen Produktivitätsabkommen. Würden diese angenommen, könnten sie eventuell ihr Lohnangebot um ein bis zwei Prozent erhöhen und 12000 der 52000 Entlassungen verschieben. Bereits 1974 gelang es ihnen, zunächst mit den ,,Crafts-Unions" und zwei Jahre später mit der ISTC ein Produktivitätsabkommen zu schließen. Als pauschale Prämie bekamen die Mitglieder der Crafts-Unions sechs Pfund die Woche, die ISTC-Mitglieder nichts.

z.dab.Brüssel. **Mit dem Stahlplan vom November 1979, der u.a. die Beteiligung des Staates an den größten Konzernen vorsieht, hatte die belgische Finanzbourgeoisie eine große Rationalisierungsoffensive eingeleitet.** Etwa 3000 Arbeiter haben sie 1979 wegrationalisiert. In neuem Schub, geschmiert mit 43,12 Mrd. bfr (2,6 Mrd. DM), die Hälfte davon staatliche Zuschüsse, wollen die Kapitalisten im Stahlwerk Triangle/Charleroi 2500 Arbeiter bis 1983 entlassen, 1200 bei dem größten Konzern Cockerill bis Ende 1981. Gleichzeitig wollen sie die Produktivität bei Triangle für Flachstahl von 430 t/Mann auf 550 t bis 1984 hochschrauben. Während die Gewerkschaften bei Cockerill den Entlassungen zustimmten, wollen sie bei Triangle streiken.

z.elb.Brüssel. **95% der 1200 Arbeiter des belgischen Metallbetriebes BN in Brügge begannen am 24.1. einen Streik gegen den zur Verabschiedung vorgelegten Tarifvertrag für Westflandern.** Die Führung der Christlichen Gewerkschaft CSC/ACV, dessen Vorsitzender Houthuys den Vorschlag des belgischen Finanzkapitals die Lohnabhängigen zu ,,mäßigenden" Lohnforderungen aufrief, forderte ihre Mitglieder bei BN zur Weiterarbeit auf. Die im CSC/ACV organisierten Arbeiter dachten darüber anders; ihnen war die Einheit der Aktion mit den in der Sozialistischen Gewerkschaft FGTB/ABVV organisierten Arbeiter wichtiger. Denn der Fortschritt, den die im Vertrag vorgesehenen 8 bfr mehr pro Stunde, anknüpfend an die Lohnerhöhungen im letzten Jahr, gegenüber den vorherigen Jahren der ,,Lohnmäßigung" darstellen, sollte durch ihre Auszahlung in vier Tranchen über einen Zeitraum von zwei Jahren weitgehend wieder zunichte gemacht werden. Nach wenigen Tagen Streik war der Tarifvertrag in dieser Form vom Tisch; Neuverhandlungen auf Provinzebene wurden aufgenommen.

z.pel. **Am 30. Januar stimmte das gewerkschaftliche Betriebskomitee des Ford-Werkes in Valencia, Spanien, nach vorausgegangener Urabstimmung der Belegschaft dem neuen Tarifvertrag zu.** Er sieht eine Lohnerhöhung von 18% für 1980 vor. Mit diesem Tarifabschluß haben die 9500 Arbeiter und Angestellten das vom spanischen Kapitalistenverband CEOE und der sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaft UGT unterzeichnete Rahmentarifabkommen, das Lohnerhöhungen von 13 – 16% vorsah, schon drei Wochen nach seinem Abschluß durchlöchert und eine Marke für die weiteren Lohnkämpfe in der spanischen Metallindustrie gesetzt. Der Vertrag ist nach einem halben Jahr kündbar, wenn die Preissteigerungsrate 6,75% übersteigt. Die Jahresarbeitszeit wurde auf 1904 Stunden für Arbeiter in Einschichtbetrieb und 1860 Stunden für Arbeiter in Dreischichtbetrieb gesenkt, der Nachtarbeitszuschlag wurde um 35% erhöht. Die Direktion hat zusagen müssen, alsbald Pläne für die Abschaffung der Samstagarbeit vorzulegen. – Als das Verhandlungsergebnis am 22.1. bekannt wurde, bekräftigten die Metallarbeiter zahlreicher Regionen Spaniens ihren Willen, nicht unter diesem Ergebnis abzuschließen. Am 23./24.1. streikten 50000 Arbeiter in Madrid, am 29.1.

Forderungskatalog des ÖTV-Hauptvorstandes zur Schichtarbeit und zu den Krankenhäusern

z.wom. Der ÖTV-Hauptvorstand hat kürzlich Grundsätze zur Politik der Gewerkschaft gegenüber der Schichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten beschlossen. Diese Initiative ist die Anwort auf die maßlose Schinderei, die der Dienstherr den Schichtarbeitern im Öffentlichen Dienst abverlangt. Zu den ständig wechselnden Schichten, willkürlich festgelegt, kommen oft Überstunden hinzu, so daß 20-Stunden-Schichten keine Seltenheit sind. Sofern der Dienstherr überhaupt Schichtzulagen zahlt, handelt es sich um ein Spottgeld weit unter den Tarifen der Industrie: Ein Angestellter bekommt 1,50 und ein Beamter sogar nur 75 Pfennig Nachtzulage die Stunde. Mit der Begründung „dienstrechtlicher Erfordernisse" kann sich der Dienstherr bei der Anordnung von Schichtarbeit über die Personalvertretung hinwegsetzen.

Seit Jahren gibt es eine starke Bewegung dagegen. In letzter Zeit haben vor allem Krankenhausbeschäftigte und Polizisten Aktionen gegen die Schichtarbeit unternommen. Die vom ÖTV-Hauptvorstand beschlossenen Grundsätze gehen dahin, daß der Dienstherr für das Anordnen von Schichtarbeit möglichst teuer bezahlen muß und daß gesetzliche Schranken gegen die mit der Schichtarbeit verbundenen Raubbau an Arbeitskraft gezogen werden. U.a. sollen die Zulagenregelungen verbessert und angeglichen werden. Es wird richtig sein, ihre Angleichung an das Niveau in der Industrie zu fordern.

Die Schichtarbeit soll auf 40 Wochenstunden einschließlich Pausen beschränkt werden. Die Postgewerkschaft erwägt in diesem Zusammenhang kürzere Schichten, die als volle 8-Stunden-Schichten zählen sollen. Ferner verlangt die ÖTV 12 Tage Zusatzurlaub für Schichtarbeiter. Überstunden, Mehrarbeitsstunden und Akkordarbeit sollen bei Schichtarbeit gesetzlich verboten werden. Ebenso soll ständige Nachtschichtarbeit verboten werden. Besser wäre es gewesen, entsprechend verschiedenen Anträgen zum kommenden ÖTV-Gewerkschaftstag gleich zu sagen, unter welchen Bedingungen Nachtschichten als Ausnahme überhaupt erlaubt sein sollen. Schließlich will die ÖTV die gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre.

In einem ebenfalls veröffentlichten Kriterienkatalog des ÖTV-Hauptvorstandes zum Kräftebedarf an den Krankenhäusern sind viele Forderungen aufgenommen, die von den Beschäftigten dort schon lange erhoben werden: die Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan, die Ablehnung des geteilten Dienstes, die Aufstockung der Schichtbesetzungen und die strikte Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche. Die Kostendämpfungspolitik wird als Ursache der Intensivierung der Arbeit genannt.

Die Beschlüsse sind nützlich für den Kampf gegen die übermäßige Arbeitsbelastung.

Heftige Kämpfe der Arbeiter in Victoria gegen den Abbau der Berufsunfallversicherung

z.cht.Sydney. Am 30.1. stimmten die 600 für die Stromversorgung Melbournes entscheidenden Arbeiter, Mitglieder der Gewerkschaft der Maschinenfahrer, einstimmig für einen 48-Stundenstreik. Ab Mitternacht fuhren keine Züge und Straßenbahnen mehr, der Strom für die Profitproduktion wurde ganz, für die Haushalte bis auf eine Notversorgung gesperrt. Am 30.1. stimmten auch die Gewerkschaften der Transportarbeiter in Melbourne für einen 24-Stundenstreik in der nächsten Woche. Anlaß des Streiks ist: Die Familie eines auf dem Weg von der Arbeit nach Hause tödlich verunglückten Arbeiters wird keine Entschädigung aus der Berufsunfallversicherung bekommen, sondern nur noch eine sehr viel geringere aus der allgemeinen Verkehrsunfallversicherung. Vom 22. bis 25. Januar streikten 2300 Hafenarbeiter in Melbourne, weil einem Kollegen die ihm zustehende Entschädigung aus der Berufsunfallversicherung ganz verweigert worden ist.

Seit einem Jahr führen die Arbeiter im Staat Victoria heftige Kämpfe um die Berufsunfall- und -krankenversicherung und um die Auszahlung der Beträge. Die Entschädigungen für die durch die Arbeit erlittenen Unfälle oder Krankheiten sind in Australien in den einzelnen Staaten gesondert gesetzlich geregelt. Das „Gesetz über die Entschädigung der Arbeiter" bestimmt auch die Bedingungen und die Höhe der Zahlungen. Sie sind in Victoria, verglichen mit anderen Bundesstaaten, besonders schlecht, und sind von 1975 bis November 1979 nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angeglichen worden. Vielfach haben die Gewerkschaften zusätzliche Regelungen im Tarifvertrag erkämpft. Besonders heftige Kämpfe haben die Bauarbeiter im vorigen Jahr um die Auszahlung der ihnen zustehenden Beträge geführt, die von den Versicherungen nur nach monatelangem Tauziehen um jeden einzelnen Fall gezahlt wurden. Die Statistik für Victoria weist für das zuletzt aufgeführte Jahr 1974/75 ausstehende Leistungen von 181,599 Millionen Dollar aus, gegenüber ausgezahlten Leistungen von 78,781 Millionen. Nach ihren Aktionen konnten die Bauarbeiter die pünktliche Zahlung der Beträge durchsetzen: Dafür mußten sie mehrmals die Versicherungsgebäude stürmen, bei der letzten Aktion im Mai 1979 besetzten 4500 Arbeiter für mehrere Stunden das Bürogebäude des britischen Versicherungskonzerns C.E. Heath.

Im November wurde eine Änderung zum „Entschädigungsgesetz" verabschiedet, die zwar, was die Höhe der Zahlungen betrifft, die längst überfällige Anpassung an die Lebenshaltungskosten vornimmt, dafür aber die Zuständigkeit der Kapitalisten in wesentlichen Teilen einschränkt. Nach dem neuen Gesetz muß der Arbeiter im Fall eines Unfalls oder der Krankheit nachweisen, daß sie *entscheidend* durch die Arbeit verursacht worden sind. Dies gilt insbesondere auch für bei der Arbeit erlittene Herzanfälle. Ausgeschlossen werden jetzt Unfälle auf dem Weg von oder zur Arbeit. Die Beratungen des Gesetzes im Parlament waren von wiederholten Demonstrationen des Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften begleitet. Der Beschluß, bei Anwendung der neuen Bestimmungen zu streiken, steht.

Die Arbeiter in Victoria stehen mit ihren Aktionen ganz an der Spitze im Kampf gegen den Abbau von Leistungen der Gesundheitsversorgung, der Krankenversicherung und der Berufsunfallversicherung, wie sie in ganz Australien jetzt wirksam und noch weiter vorbereitet werden. Seitdem die Gewerkschaften Anfang des Jahrhunderts vom Gesetzgeber Regelungen für die Entschädigung bei Unfällen und Krankheiten durch die Arbeit erkämpft haben, hat dieser Bereich der Versicherung ständig an Bedeutung zugenommen. Auf der Seite der Arbeiter entspricht dies den sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und der vermehrten Schweißauspressung unter dem sich verstärkenden Zugriff der Imperialisten. Die nach dem „Gesetz über Entschädigung der Arbeiter" in New South Wales gemeldeten Arbeitsunfälle sind 1963 bis 1974 um 57% angestiegen. Dem steht ein Anwachsen der Arbeiterbevölkerung von 24% im selben Zeitraum gegenüber. Für die Versicherungen, die mehrheitlich vom imperialistischen und zu 26% vom britischen Kapital kontrolliert werden, ist dieses Gebiet eine ergiebige Quelle von Profit. Die Regierung sichert gesetzlich die Beitragszahlungen durch die Kapitalisten, die Leistungen müssen sich die Arbeiter vielfach erkämpfen, und das Geld kann derweil profitbringend eingesetzt werden. Seit 1974/75 nehmen bei den Versicherungen die Prämieneinnahmen auf Grund des „Entschädigungsgesetzes" den größten Posten ein und machen 1976/77 schon 29% aller Prämieneinnahmen aus. Für die Kapitalisten bedeuten die steigenden Beiträge eine ärgerliche Schmälerung der Profite, die sie bei einem offiziell zugegebenen Arbeitslosenheer von 500000 meinen beseitigen zu können. So haben sich im letzten Jahr die Kapitalisten in den verschiedenen Staaten zwecks Neuordnung dieses Versicherungszweiges an die Regierung gewandt. Victoria hat sein Gesetz als erstes den Anforderungen der Kapitalisten angepaßt, entsprechende Vorschläge liegen schon in Westaustralien und Südaustralien vor.

Der solidarische Kampf, den die Arbeiter in Melbourne führen, ist ein wichtiger Hebel, den Abbau der Entschädigungszahlungen zu verhindern. Die Labour-Fraktion in den Gewerkschaften trat bei den November-Demonstrationen mit der Forderung auf, die Kapitalisten sollten statt Privatversicherungen der staatlichen Versicherung beitreten. Solange es der Staat der Kapitalistenklasse ist, kämen die Arbeiter damit aus dem Regen in die Traufe. Solange nicht die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherten durch die Versicherungen erhoben und durchgesetzt wird, können in dem Kampf nur vorübergehende Erfolge erzielt werden.

Möglichkeit einer ordentlichen Kündigung bei

Möglichkeit einer ordentlichen Kündigung bei Krankheit. Die Kapitalisten nutzen die Gelegenheit

z.gih. Die IG-Chemie-Verwaltungsstellen Frankfurt und Siersheim haben unabhängig voneinander festgestellt, daß 80% der Kündigungen wegen Krankheit erfolgen. Aus einer Erhebung der IG Metall geht hervor, daß sich nur 41% der Arbeiter und Angestellten gesund fühlen: 54,2% geben an, „nicht ganz auf der Höhe", „abgeschlafft", „angeschlagen" oder „krank" zu sein. Bei den Arbeitern liegt der Prozentsatz bei 60% und bei Schichtarbeitern sogar bei 62,3%; besonders betroffen sind die Arbeiter in den unteren Lohngruppen.

„Sie sind wieder einmal krank! Die deutsche Sozialversicherung geht davon aus, daß jeder Arbeitnehmer mündig ist und daß es keiner vertrauensärztlichen Untersuchung mehr im Normalfall bedarf. – Dann sind Sie mündig? Oder weshalb, warum sind Sie laufend krank? Sie haben die Pflicht, sich so zu verhalten, daß Ihr Körper geschützt wird, oder konsultieren Sie unfähige Ärzte? ... Sollten Ihnen dieser Stil, in dem wir versuchen, Sie auf die Pflichten als Arbeitnehmer aufmerksam zu machen, nicht zusagen, sind wir gern bereit, ein Gespräch darüber zu führen, zu wann wir Ihrerseits Ihre Kündigung annehmen sollen!" (Firma Molan-Werke, E. Dittrich GmbH & Co. Kg, Bremen) So und ähnlich reagieren die Kapitalisten auf Krankheit der Arbeiter und Angestellten, die durch die Profitschinderei ihre Arbeitskraft ruiniert haben.

Besonderen gesetzlichen Schutz für die von den Kapitalisten ruinierte Arbeitskraft gibt es nicht. Im Bergbau haben sich die Arbeiter das Schutzrecht erkämpft, daß i.d.R. während einer Erkrankung keine Kündigungen ausgesprochen werden. Zur gängigen Rechtsprechung Prof. Hueck: „Das Bundesarbeitsgericht bejaht mit Recht die Möglichkeit einer ordentlichen Kündigung wegen Krankheit des Arbeitnehmers, stellt aber andererseits ... an die soziale Rechtfertigung einer solchen Kündigung scharfe Anforderungen ... Die Kündigung ist deshalb nur zulässig, wenn besondere Interessen des Arbeitgebers (mangelnde Planungsmöglichkeiten, Überlastung der übrigen Arbeitnehmer, unverhältnismäßige Lohn- und Lohnnebenkosten) sie billigungswert erscheinen lassen."

Die Kapitalisten nutzen die unzureichenden gesetzlichen Regelungen, scheitern aber auch, wenn sie es allzu brutal treiben, wie folgendes Urteil zeigt: „Wenn die Art der Erkrankung ein Ende absehen läßt, ist ihm (dem Kapitalisten) statt Kündigung des erkrankten Arbeitnehmers die Einstellung einer Ersatzkraft zuzumuten. Das ist z.B. bei einer doppelseitigen Venenentzündung des Arbeitnehmers der Fall, die zwar nicht innerhalb weniger Tage behoben ist, bei der es sich aber nicht um eine Erkrankung handelt, deren Ende sich nicht absehen läßt ..."


Bauarbeiter in Melbourne unter der Forderung: Sofortige Auszahlung der Berufsunfallversicherungsleistungen.

40000 in der Provinz Vizcaya (Euskadi), seit dem gleichen Tag stehen 34000 Arbeiter in der Nachbarprovinz in unbegrenztem Streik. Gegenüber Angeboten von 12 – 14% fordern sie 17,7% Lohnerhöhung bei einjähriger Laufzeit. Die UGT konnte zumeist in die Streikfront gezwungen werden, hat jedoch am 1.2. in Madrid einseitig Verhandlungen mit den Kapitalisten aufgenommen.

z.rua. **Die Gewerkschaften in der Elektroindustrie Lateinamerikas führten vom 19. – 21.1.1980 in Mexico-City ihren ersten gemeinsamen Kongreß durch.** Delegierte aus 30 Ländern nahmen daran teil. Sie beschlossen die Gründung einer gemeinsamen Föderation und eines Finanzfonds. Die Elektroindustrie ist noch weitgehend in Besitz imperialistischer Monopole; die Landwirtschaft ist noch wenig elektrifiziert. Kredite imperialistischer Banken werden meist nur vergeben, um die Ausbeutung noch profitabler zu machen. Der Gewerkschaftskongreß fordert dagegen die Beschleunigung der ländlichen Elektrifizierung und die Nationalisierung der Elektroindustrie.

z.bew. **Mit der Kündigung der 10660 streikenden Kupferarbeiter von El Teniente am vergangenen Mittwoch versucht die chilenische Militärjunta die größte Streikaktion der chilenischen Arbeiterklasse seit dem Militärputsch vor sechs Jahren zu zerschlagen.** Die staatliche Kupfergesellschaft CODELCO hat den Arbeitern dreißig Tage Frist für die Annahme ihrer 9%-Lohnangebotes gegeben. (Die Arbeiter fordern eine Erhöhung um 33%) Bis dahin ist die Zahlung von Löhnen, Vorschüssen und sonstigen Leistungen eingestellt. Der Streik des kampferfahrenen und konzentriertesten Teils der chilenischen Arbeiterklasse legt ein Drittel der Kupferproduktion – des Hauptexportguts – lahm (vgl. KVZ 5/80 S.11). Nachdem die Spaltungsversuche der Regierung mit dem neuen Arbeitsgesetz, dem „Plan Laboral", womit einem Teil der Arbeiter ein beschränktes Streikrecht zugestanden und anderen verwehrt wurde, die Einheit der Streikenden nicht zerstören konnten, versucht die Regierung mit der jetzigen Massenentlassung ihr Ziel zu erreichen.

z.frb. **Nach VW of America wird auch der US-Ableger des Thyssen-Kapitals bestreikt.** Frühjahr 1978 hatte sich der Thyssen-Konzern durch Aufkauf der Budd Co. in Troy/Michigan in den USA festgesetzt. Budd gehört zu den bedeutendsten Zulieferern der PKW- und LKW-Produktion im Bereich des Karrosseriebaus. Am 15. Januar traten 7000 Arbeiter in sieben der 22 Budd-Werke in Streik. Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW hatte das Lohnangebot der Kapitalisten zurückgewiesen und den Streik ausgerufen. – Vergangenen Montag beendeten die 500 Arbeiter im VW-Stanzwerk in South Charleston ihren Streik, nachdem sie den neuen Lohntarif zugestimmt hatten. Drei Wochen hatte der Streik auch das Hauptwerk in New Stanton lahmgelegt, ehe VW nachgeben mußte.

z.rül.London. **Über 8000 Hafenarbeiter in London, Glasgow, Hull, Bristol und Southampton führen gegenwärtig einen schwierigen Lohnkampf, nachdem ihre lokalen Tarifverträge mit den staatlichen Hafenbehörden am 1.1. ausliefen.** Für die 4000 Londoner Hafenarbeiter fordert die TGWU (3000 Mitglieder) die Erhöhung der Grundlöhne um 43%, die NASD (1000 Mitglieder) fordert 30%. Die Forderungen richten sich vor allem gegen den Zwang zu enormen Überstunden und zur Arbeitshetze. So verdienten die Hafenarbeiter 1979 im Durchschnitt 122,50 Pfund die Woche; 22,50 Pfund davon als Überstundengeld für 6,3 Überstunden die Woche und 24,20 Pfund als Tonnage- und Schichtzulagen. Die Londoner Hafenbehörde bietet ganze 10% Lohnerhöhung an, plus 2% ab Juni. Dafür sollen die Gewerkschaften 800 Entlassungen zustimmen und einer „Überprüfung der Arbeitspraktiken". Am 15.1. und 25.1. traten die TGWU-Mitglieder gegen dieses unverschämte Angebot je einen Tag in den Streik. Die NASD ruft ab 14.2. zum Streik auf, wenn die Kapitalisten bis dahin nicht ihr Angebot erhöhen.

z.bag. **Zum 1.3. werden die beiden Fährschiffe der Linie Romö-Sylt unter deutsche Flagge gestellt.** Die Flensburger Förde-Reederei mußte die zypriotische Piratenflagge streichen. Dies ist das Ergebnis des neunmonatigen, harten Kampfes des ehemaligen dänischen Fährpersonals in Havneby auf der Insel Romö. Seit dem 1. Mai 1979 streikten und blockierten die Fährarbeiter die beiden Schiffe und erreichten damit, daß die Einnahmen der Reederei um mehr als die Hälfte zurückgingen. Der Kampf ist jedoch nicht zu Ende. „Wir bleiben hier stehen und führen die Blockade fort, bis wir kollektive Arbeitsverträge sehen, die von allen drei Gewerkschaften, in denen wir organisiert sind, gutgeheißen werden", sagt der Vorsitzende des Blockadekomitees. Die Reederei muß die Schiffe jetzt den deutschen Vorschriften entsprechend mit umfangreicheren Sicherheitsvorrichtungen ausstatten, so z.B. einer Verstärkung des Dachs des Autodecks und dem Einbau von extra Schotten. Die Fährarbeiter rechnen sich aus, daß der Reeder seine bisherigen Verluste und diese neuen Investitionen über Arbeitsverträge mit Niedriglöhnen wieder reinzuholen versucht. Dafür spricht, daß Nissen offensichtlich mit der DAG verhandelt. Die Verträge, die Nissen für seine anderen Schiffe geschlossen hat, sind von der DAG gutgeheißene „Sklavenverträge". Die Fährarbeiter haben sich an die ÖTV gewendet, um die Bedingungen zur Durchsetzung ordentlicher Verträge zu beraten, entweder mit der ÖTV selbst, oder mit dem dänischen Seemannsverband. Kommen Verträge mit der ÖTV zustande, so sollen sie nicht nur für die beiden Schiffe der Romö-Sylt-Linie, sondern auch für Nissen-Schiffe auf der Flensburger Förde gelten. „Dies ist keine nationale Frage", sagen die dänischen Fährarbeiter, „es geht um die Arbeitsverträge."

Streikaktionen der ÖTV-Jugend für Manteltarifvertrag

z.jük. Am 29.1.80 haben verschiedene Streik- und Protestaktionen der ÖTV-Jugend für die Durchsetzung eines neuen Manteltarifvertrages stattgefunden. Aus dem Nachrichtendienst der KVZ 6/80 ÖTV ergibt sich folgender unvollständiger Überblick: Einige Aktionen haben schon am Montag stattgefunden, so eine Demonstration von über 350 Auszubildenden der Stadtverwaltung Dortmund zum Personaldezernenten der Stadt, der Mitglied der kommunalen Arbeitgeber ist, die mit die Verhandlungskommission stellen. In Wilhelmshaven im Marinearsenal forderte eine Versammlung von 320 Lehrlingen die „Übernahme aller Auszubildenden nach der Lehre sowie die Übernahme aller Ausbildungs- und Fahrtkosten". Im Marinearsenal sind im letzten Jahr von 132 Lehrlingen 27 übernommen worden. Verschiedentlich sind die Aktionen von den Vertrauensleutekörpern der ÖTV in den Betrieben unterstützt worden. Das Bild zeigt die Aktionen in Hamburg, an denen 150 teilgenommen haben. Aus folgenden Betrieben wurden Solidaritätsadressen verlesen: Betriebsrat Gesamthafenbetrieb Hamburg, Ortsjugendausschuß der IG Metall Hamburg mit Vertretern der Jugendgruppen AEG Schiffbau, MAN, Blohm & Voss, Siemens und Metallhandwerk, Personalrat und Vertrauensleutekörper AK Heidelberg, Jugendgruppe Lufthansa, Kollegen Amt für Jugend, Kollegen aus einem Heim der Vereinigung Städtischer Kinder- und Jugendheime e.V. und vom Arbeitskreis Wehrpflichtige.

Verabschiedet wurde auf der Versammlung einstimmig eine Resolution an die Tarifkommission, und ein offener Brief an Bürgermeister Klose wurde mit einer Delegation überbracht. Er wird aufgefordert, sich in der Tarifgemeinschaft der Länder für die Forderungen der Auszubildenden einzusetzen. Jugendsekretär Klaus Peter Prey erklärte in einem Interview in der Umschau (NDR 2), zu der Aktion: „Sie hat ausdrücklich während der Arbeitszeit stattgefunden, um dem Arbeitgeber zu zeigen, daß es uns ernst ist mit unseren Forderungen."





Streik Hunderttausender spanischer Schüler und Studenten für kostenlose staatliche Ausbildung

z.pel. „Die Universität als öffentliche Einrichtung wie ihre Unentgeltlichkeit sind Dinge, über die nicht verhandelt werden kann. Sie darf allein von den autonomen Gemeinden abhängig sein, damit sie im Dienst der Interessen der Völker der Nationen und Regionen arbeiten kann: sie braucht Finanzauto-

mehr als ein Monatslohn eines Facharbeiters –, die Begrenzung der Studienzeit und die Verschärfung der Prüfungen, die verstärkte Subventionierung von v.a. kirchlichen Privatschulen und die Inaussichtstellung von Subventionen für Privatuniversitäten. Die beabsichtigten Resultate: Verschärfte Aus-

Streik Hunderttausender spanischer Schüler und Studenten für kostenlose staatliche Ausbildung

z.pel. „Die Universität als öffentliche Einrichtung wie ihre Unentgeltlichkeit sind Dinge, über die nicht verhandelt werden kann. Sie darf allein von den autonomen Gemeinden abhängig sein, damit sie im Dienst der Interessen der Völker der Nationen und Regionen arbeiten kann; sie braucht Finanzauto-nomie. Wir weisen das Gesetzesvorhaben über die Universitätsautonomie vollständig zurück und fordern, daß die Cortes es nicht behandelt." Auf Grundlage dieser Resolution hatten am 22. Januar 520 Delegierte aus 260 Universitätseinrichtungen in 37 Provinzen Spaniens einen einwöchigen Streik beschlossen. Seit dem 29.1. steht dieser Streik. Außer allen spanischen Universitäten werden sämtliche Oberschulen und die Schulen für Berufsausbildung bestreikt, d.h. knapp 500000 Studenten und ein großer Teil der eine Million Schüler der genannten Bereiche haben den Unterrichtsbetrieb lahmgelegt. Es ist der größte Schul- und Universitätsstreik in der Geschichte Spaniens.

Schon im Dezember letzten Jahres hatten v.a. im Raum Madrid und in Barcelona über 100000 Schüler und Studenten gegen das Gesetzesvorhaben der spanischen Regierung protestiert. Dessen Kernpunkte sind die Erhöhung der Immatrikulationsgebühren auf 100000 pesetas (ca. 2500 DM) – weit

mehr als ein Monatslohn eines Facharbeiters –, die Begrenzung der Studienzeit und die Verschärfung der Prüfungen, die verstärkte Subventionierung von v.a. kirchlichen Privatschulen und die Inaussichtstellung von Subventionen für Privatuniversitäten. Die beabsichtigten Resultate: Verschärfte Aus-wahl und Indoktrinierung der künftigen Kader entsprechend der seitens der westeuropäischen Bourgeoisien gestellten EG-Aufnahmebedingungen sowie erneutes festes Bündnis der Bourgeoisie mit der katholischen Kirche. 44% der insgesamt 7,3 Mio. Schüler besuchen heute noch nichtstaatliche Unterdrückungseinrichtungen, weit über die Hälfte von diesen wird von Pfaffen bearbeitet. Obwohl die Möglichkeit der Privatisierung der Universitäten schon im Gesetz von 1970 eröffnet ist, waren diese bis heute sämtlich staatlich.

Im Dezember noch hatte die Regierung die Bewegung der Studenten und Schüler mit Gewalt zu brechen versucht. Jetzt laviert sie vor der ungleich breiteren und politisch klaren Kampffront und sucht in großangelegten Fernsehdebatten die Verständigung mit Sozialisten und Revisionisten im Parlament. Dagegen haben die Gewerkschaften sich mit dem Streik solidarisch erklärt, ein großer Teil der Lehrer ist in den Lohnstreik getreten.

Prüfungen im Elektrohandwerk: hauptsächlich Unterdrückung

r.rav. Über fast 6 Wochen hat sich die Abschlußprüfung im Elektroinstallateurhandwerk der Innung Paderborn hingezogen. Mitte Dezember mußte die theoretische Prüfung abgelegt werden. Nur wenn man mindestens die Hälfte aller Punkte erreicht hatte, hatte man Aussicht auf Bestehen der Prüfung. Wenn man in Fachkunde nicht mindestens die Hälfte der Fragen richtig beantwortet hatte, war es ziemlich schwierig, dies durch die anderen Fächer auszugleichen. Entgegen früheren Prüfungen war in Fachkunde und Wirtschafts- und Sozialkunde jetzt ein System von Ankreuzaufgaben und 5 Fragen, die mit Text zu beantworten waren, ausgetüftelt worden. In der Benotung hatten die 25 Fragen mit vorgegebenen Antworten den gleichen Stellenwert, wie die ohne Antwort.

Hatten viele Auszubildende schon ein Unbehagen gegen die sture Paukerei, die in den Ankreuzaufgaben zum Ausdruck kommt, so mußte dadurch zusätzlich der eine oder andere auswendig gelernte Satz bei der Beantwortung hingeschrieben werden. Mit grundsätzlichen, zusammenhängenden Kenntnissen hat das wenig zu tun. Allein diese Fragen gaben nur einen Bruchteil von bestimmten Zusammenhängen in der Elektrotechnik wieder. Dies drückt verschärft aus, wie Theorie und Praxis in der ganzen Ausbildung auseinanderklaffen. In der Berufsschule wird schließlich in der Theorie etwas ganz anderes behandelt, als was man gerade in den jeweils verschiedenen Handwerksbetrieben macht. Zum anderen war auffällig, daß die Bereiche Schutzmaßnahmen und Magnetismus, die in der Berufsschule ausführlicher behandelt worden waren, kaum in den Fragen vorkamen. Der Bereich Fachzeichnen enthielt von drei Aufgaben eine, die fast nur bei entsprechender Vorkenntnis in der Praxis gelöst werden konnte.

Etwas mehr als einen Monat später fand dann die praktische Prüfung statt. Die gestellte Aufgabe war für die meisten nur deswegen zu lösen, weil sie vorher schon einmal in einem Lehrgang im Handwerksbildungszentrum etwas ähnliches installiert hatten. Bis zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung, die eine Woche darauf durchgeführt wurde, waren alle Auszubildenden völlig im Ungewissen, ob und wie sie die Prüfung bestanden hatten. Ergebnis der aufreibenden Prüfungsschikane: 5 von 47 Auszubildenden fielen durch, das sind mehr als 10%, die den Handwerkskapitalisten nun noch ein halbes Jahr länger als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Prozeß gegen Fachschaftsvertreter Medizin

Der Kampf um das Koalitionsrecht setzt Regierung und Justiz Schranken

z.dow. 180 Tagessätze gegen H. Kaiser und 80 Tagessätze gegen H. Gal verhängte das Amtsgericht Heidelberg, weil sich die ehemaligen Fachschaftsvertreter Medizin 1976/77 an einem Vorlesungsboykott der Chirurgie gegen die Einführung von Anwesenheitskontrollen in der Vorlesung und einer Abschlußklausur beteiligt haben und weil H. Kaiser auch nach seinem Ausschluß von der Universität für 2 Semester seinen Aufgaben als Fachschaftsvertreter nachkam und seine Lehrveranstaltungen besuchte. Der über 2 Monate dauernde Prozeß bewies anschaulich, daß die gegenwärtige Rechtsordnung an der Universität nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Das Gericht mußte anerkennen, daß die Studenten aufgrund dieser Rechtsordnung, die ihnen keinerlei kollektive Rechte garantiert, dazu genötigt waren, aufstandsähnliche Maßnahmen zu ergreifen, um auch nur Selbstverständlichkeiten durchzusetzen wie die Einhaltung von getroffenen Vereinbarungen und von Bestimmungen der Approbationsordnung durch die Professoren. Das Gericht mußte einräumen, daß die von den Chirurgieprofessoren beabsichtigte Einführung von Anwesenheitskontrollen in der Vorlesung und Abschlußklausur über den Stoff der Vorlesung rechtswidrig waren. Um nicht die Rechtsordnung zu gefährden, die den Professoren alle Rechte auf Willkür einräumt, mußte es auch verurteilen. Der Staatsanwalt forderte 15 Monate Gefängnis und 180 Tagessätze, denn „der wahre Hintergrund der Aktionen steht im Programm des KBW: Der Staatsapparat soll mit Waffengewalt zerschlagen werden... die teilweise berechtigten Forderungen waren den Angeklagten nur Deckmäntelchen, um ihre Machenschaften durchzusetzen." Diesem Antrag konnte das Gericht angesichts der breiten Bewegung gegen diesen Prozeß nicht folgen. Von 10 Nötigungsvorwürfen mußte es 5 einstellen oder freisprechen. Verurteilt werden müsse aber dennoch, so der Richter, denn „selbst wenn Anwesenheitskontrolle und Klausur rechtswidrig waren, war es die Vorlesung noch lange nicht.... Die Studenten hatten beschlossen, die Vorlesung bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu boykottieren. Dazu hatten sie kein Recht. Auch die Angeklagten hatten sich an diesem Beschluß beteiligt, sie sind somit Mittäter von Nötigungshandlungen, ihr konkreter Tatbeitrag ist dabei unerheblich."





Über 20 Anklagepunkte hatte die Staatsanwaltschaft gegen die beiden ehemaligen Fachschaftsvertreter zusammengetragen. Wegen Organisierung des Boykotts in der Chirurgie (Bild links: Polizei und Lehrkräfte führen im WS 76/77 Eingangskontrollen in der Chirurgie durch) und wegen der Organisierung des PJ-Streiks (Bild rechts: Demonstration in Heidelberg 1977).





Über 20 Anklagepunkte hatte die Staatsanwaltschaft gegen die beiden ehemaligen Fachschaftsvertreter zusammengetragen. Wegen Organisierung des Boykotts in der Chirurgie (Bild links: Polizei und Lehrkräfte führen im WS 76/77 Eingangskontrollen in der Chirurgie durch) und wegen der Organisierung des PJ-Streiks (Bild rechts: Demonstration in Heidelberg 1977).

Erklärung von Rektor Laufs zur Einladung zu einer Podiumsdiskussion:

„... Das Rektorat hat in einzelnen Fällen erwogen, ob sich dieser oder jener Strafantrag zurücknehmen lasse. Grundlage solcher Überlegungen muß stets eine günstige Prognose für die Zukunft sein: Es soll zu erwarten stehen, daß sich die zur Verantwortung gezogenen Studenten an die in der Universität geltende Rechtsordnung halten. Zu meiner Überraschung und zu meinem Bedauern waren die so von mir angesprochenen Studenten nicht zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung bereit... Was die mehrfach geforderte Podiumsdiskussion angeht, bedarf es auch hier einiger Hinweise... In meiner Eigenschaft als Rektor der Universität kann und werde ich mich nicht an Veranstaltungen beteiligen, die maßgeblich von linksradikalen kommunistischen Studenten getragen werden und deren Ziel es ist, der Universität das Recht abzusprechen, sich gegen diejenigen zu wehren, die ihre Ordnung und ihren freiheitlichen Bestand beseitigen wollen... Meine Haltung in dieser Angelegenheit haben die jüngsten Verstöße linksradikaler Studenten im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Durchführung sogenannter Fachschaftswahlen noch bestärkt."

Die Landesregierung kann Erteilung der Approbation nicht als Zuchtmittel einsetzen

Aus dem Bescheid des Regierungspräsidiums an Heinz Kaiser: „Nach §3 Abs. 5 der Bundesärzteordnung kann die Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung der Approbation ausgesetzt werden, wenn gegen den Antragsteller wegen des Verdachts einer Straftat, aus der sich seine Unwürdigkeit oder seine Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufes ergeben kann, ein Strafverfahren eingeleitet ist ... Die Umstände, die zur Einleitung des Strafverfahrens führten, geben zumindest zu Zweifeln Anlaß, ob Sie derzeit die geforderte Würde und Zuverlässigkeit besitzen ..., da Sie nicht bereit bzw. nicht in der Lage waren, sich in die bestehende Rechtsordnung einzufügen. Es besteht aber ein erhebliches öffentliches Interesse daran, daß ein Arzt das erforderliche Maß an Verständnis und Achtung für die geltenden Rechtsvorschriften mitbringt. Dies ergibt sich auch schon aus dem besonderen Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Bevölkerung..." Mit diesem Bescheid sollte das Messer „Zuverlässigkeit und Würdigkeit", das nach 1945 stumpf geworden war, wieder gewetzt werden zur Erteilung von Berufsverboten. Wer sich nicht in die geltende Rechtsordnung fügt, – die für die Studenten dadurch gekennzeichnet ist, daß sie keine und die Professoren alle Rechte haben, die für die Ärzte dadurch gekennzeichnet ist, daß sie vorschreibt, Rentner lieber sterben zu lassen als teuer zu behandeln – der darf kein Arzt sein. Das rasche Entstehen einer breiten Bewegung gegen diese Maßnahme hat die Landesregierung gezwungen, den Schleifstein erst mal beiseite zu legen und die Approbation zu erteilen.



April 1979: Offener Brief des PJ-Treffens von 9 Lehrkrankenhäusern als Plakat: „*Wir fordern die Einstellung des Prozesses gegen H. Kaiser und H. Gal sowie die Aufhebung der bisherigen Urteile gegen Fachschaftsvertreter... Die Anklagen und die beabsichtigten hohen Geld- bzw. Freiheitsstrafen sollen es bewirken, einen offensichtlichen Widerspruch hinwegzuschaffen: Die von den Regierungen und den Professoren festgesetzten Studienbedingungen stehen der Möglichkeit einer Ausbildung und eines Studienabschlusses unter einigermaßen erträglichen Verhältnissen immer mehr entgegen... Im PJ sind wir vielfach gezwungen, in gemeinsamen Aktionen für die Beschränkung der Arbeitszeit, für die noch so minimale Unterweisung in ärztlichen Fertigkeiten einzutreten ...*"; Delegiertenkonferenz des Ev. Studienwerks Villigst und VDS-Fachtagung Medizin fordern Einstellung des Prozesses.

Oktober 1979: 83 Teilnehmer der 3. ärztlichen Prüfung, Heidelberg, offener Brief an den neuen Rektor Laufs: „*... Wir fordern Sie auf, die von ihrem Amtsvorgänger gestellten Strafanzeigen zurückzuziehen und so dafür zu sorgen, daß das Strafverfahren eingestellt wird.*"

November 1979: Forderung nach Einstellung des Prozesses von PJ-Studenten in Heilbronn, Langensteinbach, Pforzheim, Heidelberg, Frankfurt, Höchst, Konferenz der Med.-Fachschaften Baden-Württ., Med.-Fachschaften Freiburg, Frankfurt, Erlangen, Göttingen, Initiativgruppe Med. Hannover, VDS-Fachtagung Med., mehrere Semestergruppen und -vollversammlung Heidelberg; PJ-Studenten Bruchsal an die Chefärzte, Richter und Rektor: „*Wir möchten Ihnen mitteilen, daß wir am 19.11.79 nicht im Krankenhaus erscheinen werden. Wir werden an diesem Tag am Prozeß gegen unsere ehemaligen Kommilitonen teilnehmen. Als ehemalige Fachschaftsvertreter werden sie angeklagt*

gen, Göttingen, Initiativgruppe Med. Hannover, VDS-Fachtagung Med., mehrere Semestergruppen und -vollversammlung Heidelberg; PJ-Studenten Bruchsal an die Chefärzte, Richter und Rektor: „*Wir möchten Ihnen mitteilen, daß wir am 19.11.79 nicht im Krankenhaus erscheinen werden. Wir werden an diesem Tag am Prozeß gegen unsere ehemaligen Kommilitonen teilnehmen. Als ehemalige Fachschaftsvertreter werden sie angeklagt*

wegen Aktionen, die von uns allen getragen wurden." Ähnliche Maßnahmen folgten aus anderen Kliniken.

Dezember 1979: Stud. Mitglieder der Med. Fakultätsräte an Rektor: „*Wir würden es begrüßen, wenn Sie die Strafanträge zurückzögen.*" Gleiches fordern 450 Medizinstudenten in Heidelberg in einer Unterschriftensammlung; BGÄ Hamburg in der ÖTV: „*Als Gewerkschafter und Ärzte teilen wir die Kritik der Studenten an der Approbationsordnung... Dem Protest der Studenten und ihren Aktionen im WS 76/77 gilt unsere volle Sympathie. Die Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag haben wir seit langem auf unsere Fahnen geschrieben ... Der BGÄ Hamburg fordert die sofortige Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen Kaiser und Gal.*"

Januar 1980: VDS-Fachtagung Medizin: „*Mit diesem Strafprozeß und mit der Verweigerung der Approbation will die Landesregierung durchsetzen, was ihr mit dem Universitätsgesetz nicht gelungen ist, die Zerschlagung der Vertretungsorgane als Voraussetzung zur weiteren Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen ... Die Fachtagung wird es nicht hinnehmen, wenn H. Kaiser jetzt die Approbation verweigert wird.*" Weitere Erklärungen für die Erteilung der Approbation von Fachschaften Med. Heidelberg, Freiburg, Göttingen, Med. Informatik Heilbronn, Med. Vollversammlung Freiburg, Semestergruppen und 300 Teilnehmer der Veranstaltung der Fachschaft zur 3. AO-Novelle in Heidelberg, 12 Ärzte am Rehazentrum Neckargemünd, 12 Ärzte der inneren Abteilung Städt. Krankenhaus Heilbronn, 5 Ärzte der chir. Abteilung am Heinr. Lanz-Krankenhaus Mannheim, 2 Ärzte der Abt. experimentelle Chir. der Universität Heidelberg; 13 Ärzte der ev. Diakonissenanstalt Speyer fordern vom Gericht: „*Der Prozeß sollte von ihnen durch sofortigen Freispruch beendet werden.*" Ca. 700 Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Freiheit und Recht an der Universität – Können Mittel des Strafrechts zur Lösung der Probleme der heutigen Hochschulausbildung beitragen?", die Mehrheit der studentischen Mitglieder aller Fakultätsräte an der Universität Heidelberg sowie 2 Professoren und 4 Mitglieder des Mittelbaus fordern die Rücknahme aller Strafanzeigen durch den Rektor; 51 Zuhörer im Gericht lehnen durch Unterschrift den Antrag des Staatsanwalts gegen Kaiser und Gal ab und fordern die Einstellung des Prozesses.

Konferenz der Zivildienstleistenden für Aufnahme der ZDL in die Gewerkschaft

z.mak. 22 Ortsgruppen waren auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SO) am 26./27.1. in Frankfurt vertreten. Bei der letzten Konferenz hatte die Beteiligung mit 12 Gruppen einen Tiefpunkt erreicht. Die Berichte aus den Gruppen verdeutlichten, daß die meisten ihre Aufgabe in erster Linie in einem sich aus dem „Anspruch als Kriegsdienstverweigerer" ergebenden „Antimilitarismus" sehen, wenngleich ein zunehmender Teil die gewerkschaftliche Interessenvertretung als Hauptaufgabe sieht.

Der von den organisierten Opportunisten geförderte „Antimilitarismus" besteht darin, z.B. durch pazifistische Fotoausstellungen und Aktionen gegen Kriegsspielzeug Angst und Empörung vor der zunehmenden Kriegsgefahr zu schüren und von Kriegsursachen und sich daraus ergebenden Kampfaufgaben nichts wissen zu wollen. Dazu paßt, daß später im Abschlußplenum eine ausdrückliche schriftliche Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Kriegshetze der westlichen Imperialisten mit 24:11:7 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Andererseits – und das ist entscheidend – führt ein wachsender Teil der Zivildienstleistenden an den Dienststellen zum Teil hartnäckige Kämpfe. Im Rehabilitationszentrum Neckargmünd z.B. wurde mit Unterstützung des Betriebsrats gegen die Geschäftsleitung die Teilnahme an Betriebsversammlungen durchgesetzt. Über 30 Vertrauensleute aus Nordrhein-Westfalen haben in einer während des Bundestagshearings (s. KVZ 4/80) verteilten Presseerklärung geschrieben: „Zivildienst wird verstanden als Übung für den Ernstfall, indem ZDL dann in der Lage sein sollen, die Bundeswehr durch Sicherung und Aufrechterhaltung des Hinterlandes zu unterstützen. Damit wird nicht nur der Zivildienst stärker militärisch organisiert, sondern auch die Arbeitsbereiche, z.B. Krankenhäuser, in denen ZDL tätig sind."

Ein von einer Arbeitsgruppe der Konferenz ausgearbeiteter Vorschlag für eine Selbstdarstellung der Selbstorganisation konnte noch einmal unter Führung Hamburger „Arbeiterkämpfer" mit 23:17 abgelehnt werden. Der „Antimilitarismus" kam ihnen zu kurz. Der Vorschlag besteht im wesentlichen aus einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm mit folgenden Forderungen für den Kampf gegen das Zivildienstgesetz (ZDG): 1. „Keine Kasernierung! Freie Wahl des Einsatzplatzes! Keine Versetzung gegen den Willen des Betroffenen! Recht auf eigene Wohnung und Zahlung der vollen Miete! (was auch ein 1. Schritt zur Verbesserung unserer finanziellen Lage wäre) 2. Rechtliche Gleichstellung mit den Arbeitern und Angestellten! Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung! Vertretung durch den Betriebs- oder Personalrat! Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht! 3. Kein Planstellenabbau durch Einsatz von Zivildienstleistenden! 4. 40-Stundenwoche! Voller Dienstausgleich für Überstunden! 5. Keine Verlängerung der Dienstzeit! 6. Keine Ausweitung der Einsatzbereiche! (z.B. auf Zivilschutz, „Umweltschutz" usw.) 7. Völlige Abschaffung der Gewissensprüfung! *Jederzeitiges* Verweigerungsrecht durch einfache Willenserklärung!"

Für den 14./15.3. wurden bundesweite Aktionstage gegen die Zivildienstgesetzentwürfe beschlossen, die in einem bundesweiten Flugblatt als Kriegsvorbereitung angegriffen werden sollen. Durch Verfolgung der materiellen und politischen Interessen und Zusammenschluß mit den festangestellten Kollegen sowie ihren Gewerkschaften können die Zivildienstleistenden den Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie am besten entgegentreten und ihren „antimilitaristischen Anspruch" zur Geltung bringen.

Die Gewerkschaften GGLF und DPG haben bereits gegen die Verschärfung des ZDG und des Verweigerungsrechts Stellung bezogen. Die Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation beschloß ohne Gegenstimme einen Brief an den ÖTV-Hauptvorstand und den ÖTV-Gewerkschaftstag, in dem die Tarifforderungen u.a. nach 9% / mindestens 180 DM unterstützt werden und die Aufnahme der Zivildienstleistenden in die Gewerkschaft für notwendig erklärt wird. Denn: „Die Kollegen im öffentlichen Dienst sind durch den Einsatz von ZDL direkt betroffen, z.B. dadurch, daß wir wegen unserer niedrigen Bezahlung (die wie bei den Soldaten einem Taschengeld gleichkommt) als Lohndrücker dienen. (...) Im Streik 1974 wurden ZDL sogar als Streikbrecher eingesetzt. Andererseits werden uns elementare Rechte vorenthalten." Auf örtlicher Ebene soll an Gewerkschaftsgremien und -sekretäre herangetreten werden, in den Dienststellen an die Betriebsgruppen. Ziel: Zusammenarbeit gegen die Zivildienstgesetzentwürfe und Unterstützung der Aufnahme in die Gewerkschaft. – Die ÖTV-Kreisgruppe Hannover hat bereits einen Antrag an den Gewerkschaftstag für Aufnahme der Zivildienstleistenden beschlossen.

Die britischen Besatzer machen sich immer breiter
Kämpfe stören NATO-Aufmarschpläne

r.wof. Offizielle Angaben werden geheim gehalten, aber nach unserem Überblick sind erheblich mehr als 10000 britische Soldaten bereits jetzt im Raum Ostwestfalen stationiert. Nach dem II. Weltkrieg zunächst in Bad Oeynhausen, heute in Herford, befindet sich der Stab der britischen Rheinarmee, in Bielefeld ist das Hauptquartier des 1. Versorgungskorps stationiert. Hauptsächlich liegen in Ostwestfalen Panzereinheiten und wenigstens sieben – teilweise auch von niederländischen Truppen besetzte – Raketenstellungen. Nicht nur Anlaß ständiger Belästigung, bedeutet die Anwesenheit dieser Truppen auf Grundlage des NATO-Truppenstatuts und des Besatzungsrechts Unterdrückung der Massen durch Fluglärm, Manöver, militärische Einrichtungen usw. Mit rund 10 Mio. DM im Jahr allein in diesem Raum gibt das Amt für Verteidigungslasten in Detmold die Kosten für Schäden an, die es im Zusammenhang mit den Besatzungstruppen abwickelt. Ein großer Teil davon Manöverschäden, die den Ruin der Bauern beschleunigen. Kein Wunder, daß sämtliche Ausbauprojekte wie am Hubschrauberlandeplatz in Minden und am NATO-Flugplatz in Gütersloh bekämpft werden.

Seit Anfang dieses Jahres haben sich allein am Rande des unter britischer Oberhoheit stehenden Truppenübungsplatzes Senne drei neue Initiativen gegen die verstärkten militärischen Übungen gebildet: in Augustdorf eine Initiative gegen den Lärm der übenden britischen Panzer, in Lüdge-Elbrinxen gegen den Fluglärm und in Lemgo fand eine Versammlung gegen den Lärm und Müll der britischen Kaserne am Spiegelberg statt. Traten britische Offiziere im September letzten Jahres gegenüber einer Versammlung in Schlangen-Oesterholz, die sich ebenfalls gegen Lärm durch Panzer und Sprengungen auf dem nahen britischen Sprengplatz richtete, noch frech auf, in Augustdorf würde sich schließlich auch keiner beschweren – man solle sich also nicht so anstellen –, so ist ihnen jetzt in dem Brief, den 150 Bewohner der Lönssiedlung in Augustdorf verfaßten, eine passende Antwort erteilt worden. Auf der Versammlung in Lemgo schlug der dortige britische Kommandeur denn auch andere Töne an und versprach Abhilfe – allerdings nur, wenn die „Verteidigungsbereitschaft" nicht gefährdet werde.

Solche Hinweise müssen die britischen Besatzer ständig einsetzen. „Der am weitesten nach Osten vorgeschobene NATO-Flughafen ist eben der Güterslohher und er wird deshalb auch von den Amerikanern geschätzt," so der Standortkommandant der britischen Luftwaffe in Gütersloh. Tatsächlich gehört der Raum Ostwestfalen zu den vorderen Aufmarschlinien: sowohl im Rahmen der NATO-„Vorneverteidigung" – Ostwestfalen ist wesentlicher Teil des britischen „Verteidigungsraumes" –, als auch, wie mehrmals in der Geschichte, gegen das Ruhrgebiet, was der Standortkommandant lieber nicht so deutlich sagt. Vor allem die Bauern, die für den Ausbau des Gütersloher Flughafens Land hergeben sollen, haben sich davon bisher allerdings sowieso nicht beeindrucken lassen. Bis zum Sommer müssen die britischen Truppen in Gütersloh die Entscheidung suchen, um 1981 wie geplant eine neue Hubschrauberstaffel stationieren zu können. Der Kampf dagegen stört die imperialistischen Kriegsvorbereitungen.



An „massenhaftem Heldentum" fehlt es den DDR-Generälen

z.hku. Für die beschleunigte Umrüstung der DDR-Streitkräfte auf moderne sowjetische Waffentechnik wird 1980 noch einmal mehr ausgegeben werden. Im Vordergrund wird jedoch nach den Worten von Verteidigungsminister Hoffmann die ideologische Erziehungsarbeit stehen, die „Stärkung des Wehrwillens des Volkes". Denn der moderne Krieg mit seiner ungeheuren Anspannung aller Kräfte vom ersten Tag an brauche „massenhaft Helden" – wie es das „Lehrbuch Wehrkunde" sagt, – und Soldaten, die zum „selbstlosen Einsatz im Gefecht politisch motiviert sind". In der Offizierszeitschrift „Militärwesen", aus der das stammt, ist das ganze vergangene Jahr über den Wehrwillen und seine Mängel diskutiert worden. Wie weit diese Mängel im einzelnen gehen, können wir nicht beurteilen; der Bourgeoisie der DDR sind sie jedenfalls Grund zur Sorge.

Erscheinungsformen, die in dieser Zeitschrift angeführt worden sind: Desinteresse am politischen Unterricht, Widerstand gegen die „allgemeinen Redensarten", verbreitet „übermäßiger Alkoholgenuß", unmilitärisches Auftreten in der Öffentlichkeit. Es komme vor, daß „über Befehle noch diskutiert wird", sogar offen Einwände geäußert werden. *Unbedingter* Gehorsam sei jedoch die Mutter des Sieges. – Grundlage sei mangelnder Patriotismus und das Fehlen eines „realistischen Feindbildes". Ausgegangen wird von einigen Halbwahrheiten über den westdeutschen und US-Imperialismus und gefolgert: „Wir müssen die Erziehung zum unversöhnlichen Haß auf den Imperialismus und seine Söldner verstärken." Die „Söldner" sind die westdeutschen Arbeiter in der Armee und die Halbwahrheiten über den Imperialismus dienen allein dazu, jeden Gedanken an Verbrüderung zu unterdrücken. „Die übergroße Mehrheit der Bundeswehrsoldaten ersäuft in antikommunistischer Ideologie" und ist nicht in der Lage, die „Vorgänge in der Welt real zu beurteilen". Es sei eine verbreitete aber gefährliche Illusion, daran zu zweifeln, daß sie auf Befehl in den „Krieg gegen den Sozialismus" ziehen würde. Nie fehlt der Hinweis auf die Stärke der Sowjetarmee, bei dem sich die schamlose Verdrehung der Geschichte mit der Drohung verbindet. Was ist es z.B. anderes, wenn jetzt entlang des Weges der Roten Armee 1945 von der Oder bis Berlin „Siegesfeiern" abgehalten werden?

Konzentrationspunkt zur Behebung der Mängel im Wehrwillen ist die vormilitärische Erziehung, um Schießen und Disziplin schon in der Armee mitzubringen und vor allem den Nachwuchs für die Zeit- und Berufssoldaten zu sichern. „In vielen Gesprächen mit meinen Schülern habe ich erfahren, daß die Militärtechnik etwas Faszinierendes ist für sie. Die militärische Disziplin ist sehr umstritten. Aber am schwersten fällt es wohl, als Soldat auf Zeit zu dienen, sich für den Berufssoldaten zu entscheiden", klagt ein Schulmeister. Das Bild unten – vom Jugendfestival 79 – zeigt den Versuch, über die Faszination der Technik die „Wehrfähigkeit" zu dressieren.



USA erweitern Atlantiktransportkapazitäten („Sealift")

Die Sicherung des Nachschubs ist kriegsentscheidend / Gegenrüstungen der UdSSR

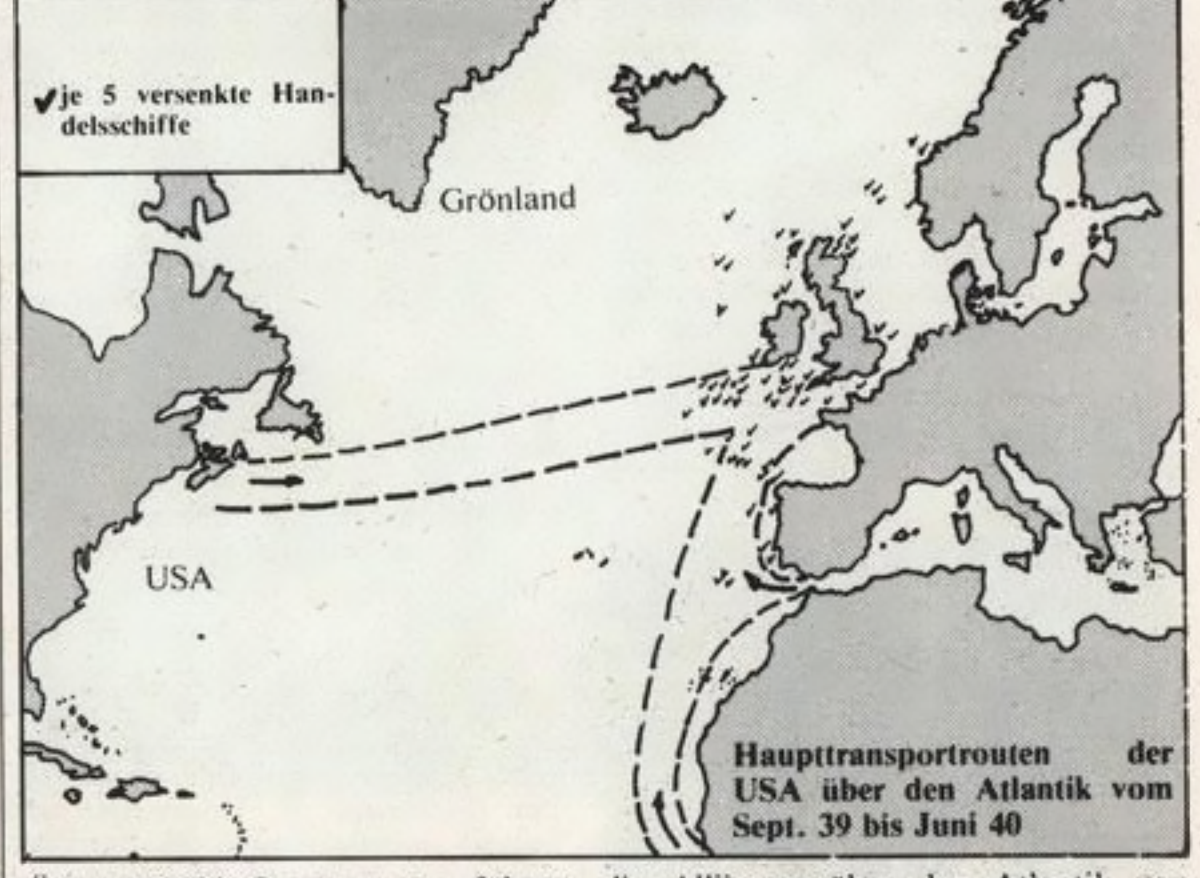
z.ror. Wenn es zum Krieg um Europa kommt, muß der US-Imperialismus seine Truppen mit Nachschub aller Art versorgen, denn seine in Europa stationierten Truppen sind selbst bei für die USA günstigem Kriegsverlauf nur für 30 Tage ausgerüstet. Im Raum Kaiserslautern z.B. unterhalten die USA ihr Hauptmunitionslager für ihre Truppen in der BRD. In England und Spanien sind die wichtigsten Ersatzteillager für die amerikanischen Truppen in Europa. Der Verlust dieser Lager würde das Transportproblem noch dringlicher machen. Vom Kommando „Sealift" müssen zwei Aufgaben erfüllt werden, um die Transportaufgaben riesigen Ausmaßes zu lösen. Der benötigte Transportraum muß schlagartig bereitgestellt und die Sicherung des Transportes über den Atlantik gewährleistet werden.

Das Transportgewicht allein eines Divisonspaketes (18000 Mann, 12350 Fahrzeuge, 324 Hubschrauber, Munition und Treibstoff für 30 Tage) beträgt 145000 t. Die USA rechnen mit einem Nachschubbedarf von 10 Mio. t monatlich. (Während des Vietnamkrieges betrug das Volumen 50 Mio. t jährlich.) Mit ihrer Luftwaffe könnten die USA lediglich 2% der benötigten Mengen über den Atlantik schaffen, den Transport der 69 von den USA importierten strategischen Rohstoffe noch nicht einmal berücksichtigt. Die operativen Möglichkeiten der USA hängen stark von der Leistungsfähigkeit des Sealift-Kommandos ab, auch weil es in Europa 307 Stellen gibt, wo Schiffe bis 40000 t ihre Ladung löschen können, aber nur 28 Flughäfen, auf denen Großtransporter landen können.

Dem Sealift-Kommando standen 1979 120 Schiffe zur Verfügung. Dieses Kommando transportiert schon heute 30 Mio. t Güter jährlich. Hierzu reichen natürlich nicht die 120 Schiffe, ein großer Teil der US-Handelsflotte wird dafür gechartert. Unter US-Flagge fahren heute 242 Tanker und 339 Frachter (davon 110 Containerschiffe) mit 14,4 Mio. t Tragfähigkeit, hiervon werden 215 Tanker und 291 Frachtschiffe regelmäßig für den Transport für die Armee eingesetzt. Hinzukommen noch 32,3 Mio. t Tragfähigkeit von Schiffen amerikanischer Eigentümer, die unter fremder Flagge fahren, vorwiegend Liberias, Panamas und Honduras'. Diese Schiffe stehen den USA im Kriegsfalle zur Verfügung und 20% von ihnen können ohne Umbau sofort militärisch genutzt werden. Die Marine der USA läßt auf 8 eigenen Werften von 70000 Beschäftigten Schiffe bauen und reparieren, 11 weitere Werften mit 102000 Beschäftigten, die Schiffe bis 550000 t bauen, und 177 kleinere Werften mit 64000 Beschäftigten, die Schiffe bis zu einer Länge von 85 m bauen, können für den militärischen Schiffbau eingesetzt werden. Insgesamt arbeiten in der Werftindustrie der USA 400000 Beschäftigte. Die Schiffbaukapazitäten reichen hin, um den benötigten Transportraum bereitzustellen. Unter der Regierung des Militärzuchthauses des II. Weltkrieges wurden die Werftarbeiter getrieben, Liberty-Frachter in nur 112 Std. fertig zu stellen.

30 Tage benötigt ein Schiff einschließlich Be- und Entladen über den Atlantik. Durch die Entwicklung der Waffentechnik müssen die USA im II. Weltkrieg dazu übergehen, im Konvoi zu transportieren. Dies ist heute noch unumgänglicher geworden. Die Sozialimperialisten haben beständig die Reichweite ihrer Schiffe und Flugzeuge erweitert, so daß heute der gesamte Atlantik möglicher Kriegsschauplatz sein kann. Vor allem wurde die Reichweite durch die Einführung des Langstreckenbombers Backfire ausgeweitet und die Verweildauer und Reichweite der U-Boote vergrößert. Für die Unterbrechung der Transportlinien wird von seiten des Sozialimperialismus die Nordmeerflotte und die Baltische Rotbannerflotte eingesetzt. Mit für den Kriegsverlauf entscheidend wird sein, ob ihr das Auslaufen aus der Ostsee gelingt. Heute sind die Sozialimperialisten in der Lage, ständig bis zu 70 ihrer ca. 200 U-Boote im Atlantik einzusetzen. Aus den Manöverbeobachtungen der beiden Flotten, an denen auch der Flugzeugträger Kiew teilnimmt, ist zu erkennen, daß sich ihre Fähigkeit, die Transportlinien zu bedrohen, erhöht hat.

Die US-Imperialisten bereiten sich daher darauf vor, innerhalb kurzer Zeit die Handelsschiffe mit Hubschrauberplattformen auszurüsten, um mit bordgestützten Hubschraubern auf U-Bootjagd zu gehen, und die Schiffe mit Luftabwehrsystemen zu bestücken, was den Einsatz von Geleitschiffen reduzieren soll. Das von Carter vorgelegte Rüstungsbudget sieht vor, 9 Mrd. Dollar für die Ausrüstung der Marine auszugeben, allein 3 Mrd. Dollar sind für die Neuanschaffung von Transportkapazitäten veranschlagt.



Haupttransportrouten der USA über den Atlantik vom Sept. 39 bis Juni 40

Über 300000 Seetransporte führten die Alliierten über den Atlantik von 1939 – 1945 durch. 17,5 Mio. t Rüstungsgüter wurden an Großbritannien und die UdSSR geliefert. Die Alliierten verloren dabei 2775 Schiffe mit 23351000 BRT. Auf das Konto der deutschen U-Boot-Waffe gingen 64,4% der Versenkungen. Aber nur 28% wurden aus Konvois herausgeschossen. Die Alliierten standardisierten ihre Schiffstypen und bauten von 1939 bis 1945 Schiffe mit einer Gesamttonnage von fast 50 Mio. BRT, von einzelnen Typen über 1000 Stück.

Bürgerliche Presse in Schweden und Finnland zur Besetzung Afghanistans

z.coi.Stockholm. Nachfolgend Auszüge aus Kommentaren der Tageszeitungen *Dagens Nyheter (DN)* aus Stockholm und *Hufvedstadsbladet (Hbl)* aus Helsinki.

DN, 13.1.1980: In mehreren wichtigen Punkten führte Palme doch genau dieselben Gedanken aus, die Außenminister Ullsten ... zum Ausdruck gebracht hat. Beide sind offenbar beunruhigt darüber, daß die verabscheuungswürdige Politik der SU in Afghanistan die rechten Kräfte stärken könnte, die, nicht zuletzt in den USA, sich z.B. dem SALT-II-Vorschlag zur Begrenzung der strategischen Kernwaffen widersetzen und die das Kernwaffenarsenal in Europa vergrößern wollen. Aber vor allem richten beide scharfe Kritik gegen das Verhalten der Sowjetunion. Die zusammengefaßte schwedische Haltung hat auch einen wohltuenden Ausdruck in der Rede gefunden, die Schwedens UNO-Botschafter Thunborg am Freitag auf der Generalversammlung gehalten hat. Schweden „verurteilt" den Einmarsch der Sowjetunion als „einen klaren und unzweideutigen Bruch des internationalen Rechts". Das ist ein Sprachgebrauch, der nicht zu den Üblichkeiten der internationalen Diplomatie gehört.

Hbl, 12.1.1980: Man kann nicht übersehen, daß Finnlands Volk sich bedrückt und besorgt fühlt in der gegenwärtigen Weltlage. Es geht nicht an, solche Unruhe als unbegründet abzutun. Wie weit entfernt von uns sich auch die Geschehnisse in Afghanistan und seinen Nachbarländern abspielen, wir sind doch unmittelbarer Nachbar einer der Supermächte. Eine gewisse Rolle spielt vielleicht auch, daß Afghanistan in den offiziellen sowjetischen Erklärungen so oft neben Finnland als ein neutraler, befreundeter Nachbar genannt wurde. Es ist wichtig für die allgemeine Meinung im Lande, die Analogie nicht zu weit zu treiben.

Hbl, 16.1.1980: Daß Finnland sich der Stimme enthalten hat, bedeutet nicht, daß die Stimmungslage bei uns anders wäre als in anderen vergleichbaren Ländern. Trotzdem ist der Beschluß unseres Landes, sich der Stimme zu enthalten, völlig verständlich. Wie wir bereits früher betont haben, ist die Aussage in der Präambel des Freundschafts- und Beistandspaktes über Finnlands Streben, sich aus den Interessenskonflikten der Großmächte herauszuhalten, Ausgangspunkt für unsere Politik. Dies hat uns dabei geholfen, unsere Neutralität aufzubauen. Aber dies erlegt uns auch Einschränkungen auf. Eine andere Stimmabgabe hätte, so kann man annehmen, unseren nationalen Interessen langfristig geschadet.

Fischer erzwingen Unterbrechung von Marinemanöver vor der US-Kolonie Puerto Rico

z.ulg. Die Fischer der karibischen Insel Vieques führen den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Lebensbedingungen durch die Manöver der US-Marine und für den Abzug der Kolonialtruppen fort. Am 19. Januar begannen 15 Kriegsschiffe mit einem neuen Übungsschießen auf die Küste der Insel. Kurz nach Beginn konnten die Fischer das Manöver für eine Stunde unterbrechen, indem sie mit elf Booten in die Sperrzone einfuhren.

Vieques ist Teil der US-Kolonie Puerto Rico. Seit Jahren stehen die Fischer im Kampf für die nationale Unabhängigkeit an vorderster Front.

abhängigkeit an vorderster Front.



Über zwei Drittel von Vieques sind Militärgelände. 1978 erzwangen die Fischer durch Einfahren in das Übungsgebiet den Abbruch eines Manövers. Im Mai 1979 besetzten sie zwei Tage lang einen Strand, der als „Ziel" dienen sollte. Als die US-Imperialisten einen dabei verhafteten Revolutionär, den sie in ein Gefängnis nach Florida verschleppt hatten, im November ermordeten, antwortete die Befreiungsorganisation FALN mit einem Anschlag auf eine US-Patrouille in der Nähe der puertoricanischen Hauptstadt San Juan. Zwei Besatzungssoldaten wurden getötet, zehn verwundet.

Vor einem Ausschuß des US-Senats

Vor einem Ausschuß des US-Senats hat ein puertoricanischer Nationalist 1976 die Ausplünderung seines Landes durch die US-Imperialisten angeprangert: 1975 machten die US-Monopole in Puerto Rico 1,37 Mrd. Dollar Profit, mehr als in der ganzen EG, ebensoviel wie in Kanada, obwohl die Investitionen der USA dort viereinhalbmal so hoch sind. Mit nur 2,9 Mio. Einwohnern ist die Insel gleichwohl der fünftgrößte Absatzmarkt der US-Konzerne. Die Löhne in Puerto Rico sind um die Hälfte niedriger als in den USA, während auf Grund des „gemeinsamen Markts" die Preise fast gleichhoch liegen.

Kampuchea: Weitere Erfolge im Widerstandskrieg Offensive Vietnams im Nordwesten

z.wig. Seit Beginn der Trockenzeit versuchen die vietnamesischen Truppen den bewaffneten Widerstand des Demokratischen Kampuchea zu vernichten. Insbesondere in der Nordostprovinz sollte ein Durchbruch erzielt werden, um in diesem Gebiet an der Grenze zu Vietnam die Politik der Besiedlung des Landes fortsetzen zu können. 4 vietnamesische Divisionen und 2 laotische Regimenter verlegte die Hanoier Clique in die Nordostregion, um den Widerstandskrieg niederzuwerfen und diese Truppen danach in andere Regionen verlegen zu können. Nachdem die Aggressoren im ersten Anlauf mit diesem Plan scheiterten, setzten sie Anfang Dezember schwere Artillerie und die Luftwaffe ein. Aber Anfang Januar mußten sie eine weitere Niederlage hinnehmen. Am 9. Januar konnte Siembauk in der Stung-Treng-Provinz befreit werden, und im ganzen Nordosten vernichteten die Guerillaeinheiten zahlreiche Feinde, allein vom 17.–21.1. fast 220. Die vietnamesischen Truppen waren gezwungen, sich bis zur Straße Nr. 19 zurückzuziehen, obwohl sie zuvor nördlich und südlich der Straße operiert hatten. Auf dieser Front bleiben viele Aggressionsstreitkräfte blockiert.



Versammlungen zur Begrüßung der Erklärung des Kongresses über die Strategie des Kampfes vom 17. Dezember (KVZ Nr. 3) und Versammlungen zur Feier des 12. Jahrestages zur Gründung der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea am 17. Januar wurden in mehreren Provinzen durchgeführt. Aufgrund des Scheiterns der Khmerisierung sind die Hanoier Machthaber mehr und mehr gezwungen, in den besetzten Gebieten die obersten Posten des Verwaltungsapparates statt mit Gallionsfiguren direkt mit ihren Kadern zu besetzen. In den letzten beiden Monaten sind einige von ihnen durch die Bevölkerung getötet worden.

Nach dem Scheitern des Vernichtungsangriffs im Nordosten haben die Aggressoren dennoch eine großangelegte „Säuberungsaktion" mit mehreren Divisionen im Nordwesten des Landes an der Genze zu Thailand eingeleitet, wo ihnen die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea bisher die größten Verluste beigebracht haben. Die Offensive richtet sich gegen die Nahrungsmittellieferungen der internationalen Hilfsorganisationen über die thailändische Grenze.

Selbst den amtlichen Statistiken zufolge liegen die durchschnittlichen Bruttowochenlöhne der Lohnabhängigen in den USA in der Jahresmitte 1979 real nicht über denen des Jahres 1967. Tatsächlich hat die Finanzbourgeoisie die Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse noch weit drastischer kürzen können: Um über 18% sank infolge erbarmungslosen Anziehens der Steuerschraube der Nettolohn eines ledigen, um über 10% der eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern. 25 Millionen leben heute in den USA unterhalb der amtlichen Armutsgrenze. Im Zeitraum der letzten zwölf Jahre hat die Arbeiterklasse den Reichtum ihrer Ausbeuter real vereineinhalbfacht.

US-Finanzoligarchie auf Kriegskurs

Carter legt 615,8 Mrd. $-Haushalt 1981 vor / Schwerpunkte

z.scc. Während US-Präsident Carter, tausendfach assistiert durch eine beispiellose Propagandamaschinerie von Presse, Funk und Fernsehen, die amerikanischen Volksmassen in vaterländischen Taumel zu predigen sich mühte, legte man in den Wall-Street-Etagen kühl dem 640 Seiten und 615,8 Mrd. $ schweren Staatshaushalt 1981 letzte Hand an. Es ist ein Kriegshaushalt, bis zum letzten Cent darauf abgestimmt, alle menschlichen und finanziellen Reserven für die entscheidenden Schlachten auf den Kriegsschauplätzen der imperialistischen Konkurrenz zu mobilisieren.

Den Carterschen Predigten jedenfalls bleibt's nicht überlassen. Der industriellen Armee den Patriotismus mit dem Knüppel des Hungers einzubläuen, ist Hauptzweck des Posten „*Soziales*", mit 43% der größte im Haushalt. Vorweg: Daß der Haushaltsplan von vorneherein auf der Annahme erfolgreicher Fortsetzung der Lohnsenkung beruht, bezeugen die mit 10,2% beschwichtigend „niedrig" angesetzte Preissteigerung ebenso wie die veranschlagten Einkommenssteuern, die auf einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 9,7% beruhen. Mit einer vorgesehenen „Lohnerhöhung" von 6,2% 1981 für die Staatsbediensteten macht Carter sich selbst als Vorreiter der Lohnsenkungen stark.

Auf dieser Grundlage werden die staatlichen „Wohlfahrts- und Hilfsprogramme", eingerichtet zu dem einzigen Zweck, den Kapitalisten die Lohnsenkung zu erleichtern, jetzt zusammengekürzt, dabei gleichzeitig 11 statt wie derzeit 10 Millionen Arme staatlicher Kontrolle und Schikane unterworfen. Gesenkt werden ebenfalls die staatlichen Arbeitslosengeldzahlungen. Oder was sonst, wenn nicht Senkung, soll es sein, wenn der Haushaltstitel bei wie gesagt 10,2% angenommenen Preissteigerungen um 22% auf 17,2 Mrd. $ erhöht wird, die Zahl der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld be-

17,2 Mrd. $ erhöht wird, die Zahl der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld be-

kommen werden (nur ein Bruchteil der schier unerschöpflichen industriellen Reservearmee), voraussichtlich ebenfalls um über 17% steigt? 83 $ die Woche betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld 1978, im nächsten Finanzjahr wird es rund 100 $ betragen. Das Kalkül ist brutal einfach. Noch niemals haben die Ausbeuterklassen den Nachschub für ihre Armeen anders besorgen können als durch den Zwang des Hungers und durch staatliche Gewalt; auch für die Wiedereinführung der Wehrpflicht muß schließlich der Boden bereitet sein.

Jeder hier eingesparte Dollar wird profitbringend in neuen, erweiterten Arbeitsdienstprogrammen angelegt, dem einzigen Posten unter „Soziales", der eine reale Steigerung erfährt. Über 3,3 Millionen Zwangsarbeiter rekrutierten die zahllosen staatlichen und halbstaatlichen Agenturen bereits 1978, zum Mindestlohn von 2,65 $, dazu eine Million Jugendliche, die in neunwöchigen Sommerlagern „trainieren" durften, bei schmaler Kost und harter Zucht schwer zu arbeiten. Gerade die Jugend-Arbeitsdienstprogramme werden im neuen Haushalt aufgestockt, auf 2 Mrd. $ gegenüber 1,1 Mrd. 1978.

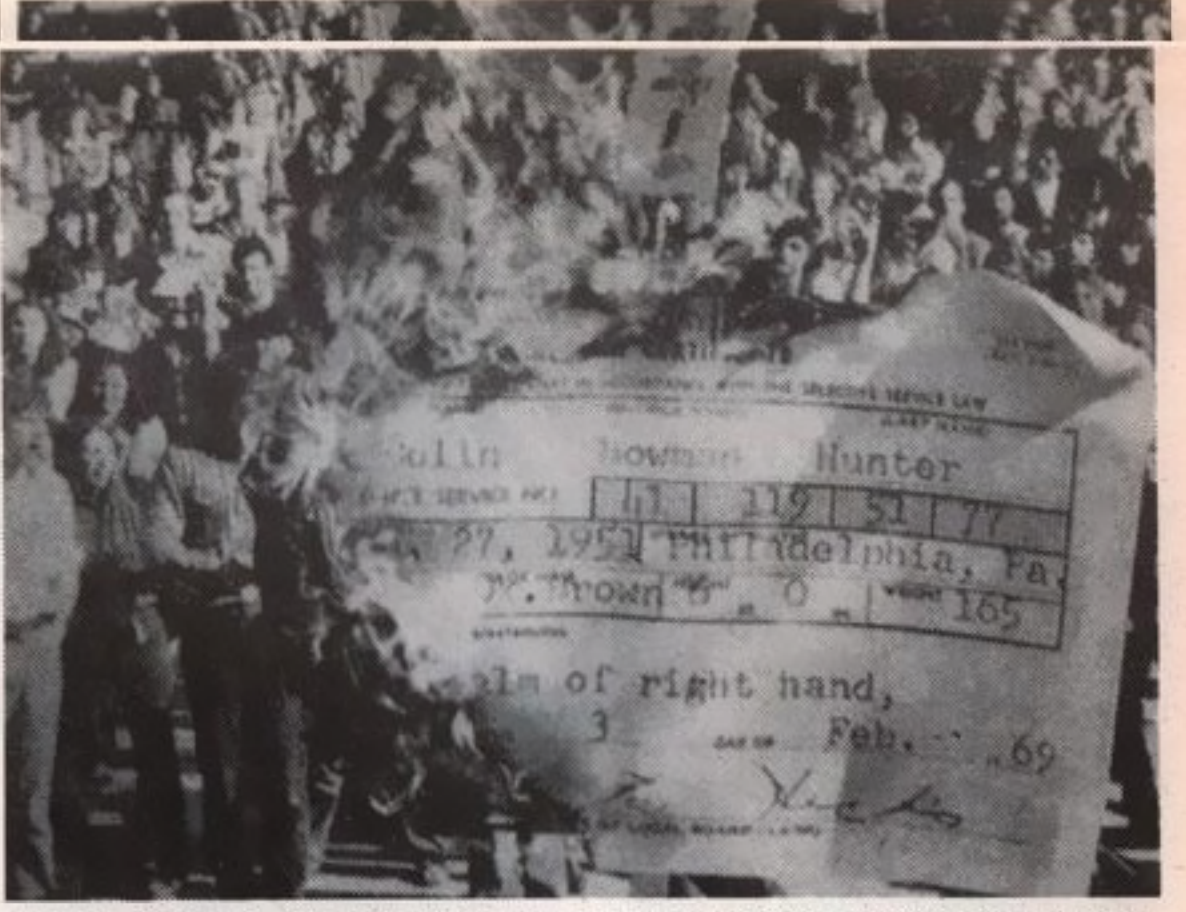
Nur der Vollständigkeit halber seien hier noch Rentenreform und Kostendämpfungsprogramm im Gesundheitswesen erwähnt, die den Posten „Soziales" abrunden und in die Carter seinen ganzen ererbten Sklavenhalterehrgeiz gelegt hat: Bet und arbeit, oder stirb!

In dieselbe Richtung wie die unter „Soziales" zusammengefaßten Maßnahmen zielt schließlich auch die Senkung des *Agrarhaushaltes* um 3,5 Mrd. auf 20,1 Mrd. $. Die unweigerliche und durch den Weizenboykott bereits eingeleitete Senkung der Erzeugerpreise wird eine Unmasse kleiner Farmer an den Rand des äußersten Existenzminimums treiben, in einer Situation, in der sich ihnen die Alternative, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wegen restloser Überfüllung des Arbeitsmarktes praktisch gar nicht stellt. Die sinkenden Erzeugerpreise verschaffen den Finanzbourgeois gleichzeitig die Möglichkeit zu weiterem Angriff auf den Lohnstandard.

So wie der gesamte Haushalt in seiner schnörkellosen Brutalität den Kriegskurs widerspiegelt, den die US-Finanzbourgeoisie steuert, ist die Steigerung des *Verteidigungshaushaltes* um 15,3 Mrd. auf 142,7 Mrd. und 24% des Gesamthaushaltes direktester Ausdruck ihrer kriegsvorbereitenden Anstrengungen. Zumindest in den Umrissen war sie längst festgelegt, bevor Carter sein Gewand des menschenrechtsliebenden Friedensapostels mit der eisernen Ritterrüstung tauschte. Sie deckt die Verstärkung der Streitkräfte in der Region des Persischen Golfes einschließlich der 100000 Mann Einsatztruppe ebenso ab wie die vielfältigen Programme beschleunigter konventioneller Rüstung (z.B. die Aufstockung der Kampfpanzer um 7000 oder der Kampfflugzeuge F-16, F-15, F-14, F-18, um einige der Hauptposten zu nennen) wie die Mittelstreckenraketenrüstung in Westeuropa. Und nicht zuletzt die wiedereingeführte Vormusterung der Wehrpflichtigen, die nach Rosalynns persönlichem Willen womöglich auch auf Frauen erstreckt werden soll.

615,8 Mrd. $, das sind rund ein Viertel des Reichtums, den ihr die produzierenden Klassen durch ihre Arbeit erhalten und vergrößern, verwendet die US-Finanzbourgeoisie im Haushaltsjahr 81 zur Niederhaltung eben dieser Klassen und zur Verteidigung ihrer Weltherrschaft; bei diesen Milliarden handelt es sich wohlgemerkt nur um den Zentralapparat. Zahlen läßt sie fast ausschließlich die Volksmassen. 14 zusätzliche Milliarden bringen ihr allein die Segnungen der Lohn- und Einkommenssteuer-, 11 die der Sozialversicherungssteuerprogression; Gesamtzahlen liegen uns leider nicht vor, 1978 jedenfalls machten beide Steuerarten zusammen 75,7% der Einnahmen der Bundesregierung aus. Mit 13–14 Mrd. $, eingetrieben über Erhöhung der Benzinpreise, soll Carters neue Erdölsteuer zu Buche schlagen, weitere 2 Mrd. ergeben schließlich verschiedene „kleinere Steuerreformen".

Die Wall Street äußert sich zurückhaltend zufrieden. Wie sollte sie nicht? Mit der auf 939,4 Mrd. anwachsenden Staatsschuld – innerhalb der letzten zehn Jahre hat sie sich damit verzweieinhalbfacht; zusammen mit der Verschuldung der Bundesländer dürfte sich die gesamte Staatsschuld auf rund 5000 $ pro Kopf der Bevölkerung belaufen – zieht sie die Fäden. Und treibt den Tribut der Lohnabhängigen ein: 54,24 Mrd. $ kassiert sie im nächsten Jahr als Zinszahlungen, das sind 9% des Bundeshaushaltes.



Carters Beschluß, die Vormusterung der Wehrpflichtigen wiedereinzuführen, stößt auf wenig Vaterlandsliebe. In zahlreichen Universitäten organisieren Studenten Protestaktionen. Bild: Studenten in Stanford verbrennen alten Einberufungsbefehl.

„Corsica Nazione" – 20000 demonstrieren in Ajaccio



z.inl.Paris. Mit der größten Demonstration seit der Befreiung vom Faschismus setzte das korsische Volk seinen Kampf gegen die französische Herrschaft, für nationale Selbstbestimmung fort. Jeder sechste Korse der Insel beteiligte sich am 26.1. am Marsch durch Ajaccio zur Präfektur, um den Forderungen nach Freilassung aller inhaftierten Patrioten, Abzug des französischen Militärs und Auflösung der Barbouzi, der Parallelpolizeibanden, Nachdruck zu verleihen. Dazu aufgerufen hatte die Aktionseinheit von 44 Organisationen, darunter alle Gewerkschaften und der Bauernverband FDSEA, die während der Kämpfe zwei Wochen zuvor (s. KVZ 4/79) auf diesen Forderungen geschlossen wurde. Ganze Dorfschaften versammelten sich hinter Transparenten mit ihren Ortsnamen und der Zahl der eingekerkerten Patrioten aus ihrem Dorf. Dem Demonstrationszug voran wurden die Losungen „Freiheit!" und „Nation Korsika!" getragen.

Französischer Staatssekretär in Papua-Neuguinea erfolglos

z.mat.Sydney. Aufgeschreckt durch die Zusage Papua-Neuguineas an die Vereinigte Front für die Befreiung der Kanaken, vor dem Entkolonialisierungskomitee der UNO die Registrierung Neukaledoniens als Territorium unter Kolonialverwaltung zu beantragen, schickte die französische Kolonialmacht Staatssekretär Stirn zu Gesprächen mit Papua-Neuguineas Außenminister Olewale. Nachdem die Bewohner Neukaledoniens, die Kanaken, durch französische Siedler aus Algerien und Vietnam majorisiert worden sind, erklärt Stirn scheinheilig, Neukaledonien könne unabhängig werden, sobald es das wolle. Ein 5-Millionen-Dollar-Kredit, erweiterbar auf 20 Millionen, und die Errichtung einer Botschaft sollten Papua-Neuguinea von der Zusage abbringen. Olewale hat Stirn unmißverständlich klargemacht, daß Kredit und Botschaft an der Zusage nichts ändern werden.

NL: Blühendes Geschäft mit Ausbeutung ausländischer Arbeiter

z.scc. Hunderte von Surinamern spucken die Großraumflugzeuge täglich auf den niederländischen Flughäfen aus. Fast ein Viertel der gesamten Bevölkerung mußte inzwischen das von der früheren Kolonialmacht Niederlande ausgeplünderte und heruntergewirtschaftete Land im Nordosten Südamerikas verlassen. Was sie erwartet? Eine Lohnsklavenexistenz, wie sie elender kaum vorstellbar ist. Ganze Zweige der Produktion, wie z.B. der Gartenbau, erblühen auf der Grundlage brutalster Ausbeutung der „illegal" eingewanderten Arbeiter aus ehemaligen niederländischen Kolonien. Mehr

Die neue Bourgeoisie wütet gegen die „Disziplinlosigkeit" der sowjetischen Arbeiter

z.gek. Die fixe Idee, von der die neue Bourgeoisie der Sowjetunion, politisch vertreten durch die revisionistische Führung der KPdSU, besessen ist, ist die Verwandlung der Wirtschaft dieses Riesenreiches in „einen einheitlichen ökonomischen Komplex". Der Marxismus, auf den sie sich berufen, ist in ihren Köpfen auf die Vorstellung zusammengeschrumpft, die Disziplin, die Ordnung und Planmäßigkeit des einzelnen Industriebetriebes auf die ganze Gesellschaft zu übertragen, unter ihrem Kommando und von ihnen ausgebeutet wie eine einzige riesige Aktiengesellschaft. Für die Arbeiterklasse bedeutet diese Sorte „Sozialismus" von vornherein die Einrichtung eines riesigen Militärzuchthauses.

Tatsächlich ist es aber der neuen Bourgeoisie auch 25 Jahre nach ihrem Machtantritt keineswegs gelungen, der Arbeiterklasse alle politischen Rechte und Arbeitsschutzrechte aus der Hand zu schlagen und alle Klassenorganisationen zu zerschlagen. Dabei führen die in der Verfassung von 1977 großartig proklamierten Rechte und Freiheiten zunächst einmal allesamt ins Militärzuchthaus. In Art. 50 heißt es: „In Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung wird den Bürgern der UdSSR die Redefreiheit, die Pressefreiheit, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Straßenumzügen und Demonstrationen garantiert." In der Verfassung fehlen von vornherein zwei entscheidende Rechte: nämlich das Recht auf Freizügigkeit sowie das Streikrecht. Aber weiter: „Die Verwirklichung der Rechte und Freiheiten durch den Bürger ist nicht zu trennen von der Erfüllung seiner Pflichten." (Art. 59) „Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Bürgers der UdSSR ist die gewissenhafte Arbeit auf dem von ihm gewählten Gebiet der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit sowie die Einhaltung der Arbeitsdisziplin. Die Weigerung, gesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten, ist mit den Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft unvereinbar."

An diese eine zentrale Bestimmung der Verfassung allein knüpft sich ein ganzes terroristisches System der Unterdrückung und polizeilich-bürokratischen Überwachung. Offen terroristisch war die „Pflicht zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit" in den 1957 zuerst in Usbekistan und bis 1961 in der ganzen UdSSR eingeführten „Anti-Parasitismus-Gesetzen" gefaßt. Die Bestrafung von „unverbesserlichen Faulenzern" mit 2–5 Jahren Deportation und Arbeitszwang war in erster Linie gegen die Kolchosbauern und vor allem die Volksmassen in den Gebieten der unterdrückten Nationalitäten gerichtet. Serienweise ergingen die Urteile wegen „illegaler Vergrößerung eines privaten Landstücks" und „illegalem Handel mit Obst und Gemüse" oder „illegalem Hausbau". So wurde ein vogelfreies Proletariat geschaffen, das auf der anderen Seite mit Zwangsgesetzen gegen Vagabundage in die Fabrikdisziplin hineingepeitscht wurde. (Art. 198, Paßgesetze) – Eine der stolzesten Schöpfungen der revisionistischen Machthaber ist der monströse Apparat der „Freiwilligen Volksmiliz", der „Kameradschaftsgerichte", „Inspektionen für Minderjährigenfragen", etc. etc. Die „Freiwillige Volksmiliz" umfaßte schon Anfang der 60er Jahre 80000 Einheiten mit über 2,5 Millionen Mitgliedern. Die Verordnung von 1974 „über die weitere Vervollkommnung der Tätigkeit der freiwilligen Volksmiliz" dehnt den Apparat buchstäblich in das letzte Dorf und jeden Häuserblock bzw. jede Fabrik aus. Die Hilfspolizisten haben weitgehende Vollmachten für das Aufspüren von „Parasitismus", „Hooliganismus" (= Rowdytum Jugendlicher), „Mängel in der Erziehung der Kinder", Schwarzarbeit, Schwarzhandel, unentschuldigtes Fehlen, schlechte Arbeitsleistungen, Verletzungen der Arbeitsdisziplin, Gerüchtemacherei, Beleidigung von Vorgesetzten ... – alles, was wiederum in den Bereich der „Kameradschaftsgerichte" fällt, die allenthalben neben die reguläre Justiz treten, wie die „Freiwillige Volksmiliz" neben die reguläre Miliz (Polizei). Sie sind aber weit mehr als eine bloße Ergänzung: anders als diese sind sie nicht den Behörden, sondern direkt den Parteikomitees unterstellt, zusammengesetzt aus den „zuverlässigsten" Mitgliedern der Partei. In den Leningrader Kirow-Werken waren von 950 Hilfsmilizionären 382 Parteimitglieder und 340 Komsomolzen. Mit anderen Worten, es handelt sich um die zu einem Polizeiapparat entartete Kommunistische Partei selbst!

Wir haben hier noch nicht gesprochen vom ganzen grotesk differenzierten System der Arbeitslager, bzw. den verschiedensten Formen der Zwangsarbeit: neben den sibirischen Lagern mit brutalstem Regime gibt es seit der Strafrechtsreform von 1977 „Besserungsarbeits-Kolonien" für Fahrlässigkeitstäter, wie es „Erziehungsarbeits-Kolonien für Jugendliche gibt; es gibt (seit 1975) Heime für „bedingt zu Freiheitsentzug bei zwangsweiser Heranziehung zur Arbeit Verurteilte"; aber man kann auch zu „Besserungsarbeit ohne Freiheitsentzug" verurteilt werden. – Ebenso wenig haben wir hier gesprochen von dem in erster Linie nach innen gerichteten Apparat des KGB (mit ca. 500000 Mitarbeitern), der sich in erster Linie auf die Zerschlagung aller Ansätze eines organisierten Widerstandes konzentriert.

Aber die Vorstellung ist lächerlich, es triebe die neue Bourgeoisie der UdSSR diesen ganzen absurden Unterdrückungsaufwand, wenn sie es nicht *müßte*. Einen Eindruck darüber gewinnt man, wenn man sich nur die Arbeitsgesetzgebung und die offiziell registrierten und ausgetragenen Arbeitskonflikte anschaut. Die Arbeiter der Sowjetunion haben bis heute die schon in der Verfassung von 1936 festgelegte 41-Stunden-Woche verteidigt; Überstunden müssen zu doppeltem Lohn gezahlt werden. Frauen haben Anrecht auf denselben Lohn für dieselbe Arbeit. Und das pompös benannte „Recht auf Arbeit" hat immerhin den rationellen Kern, daß die Lohnabhängigen wenigstens einen minimalen Kündigungsschutz haben und jedenfalls nicht ohne Zustimmung des betrieblichen Gewerkschaftskomitees entlassen werden können. Die Gewerkschaftskomitees wiederum schließen mit der Betriebsleitung jährlich einen Kollektivvertrag ab, in dem sowohl der Lohn für die verschiedenen Kategorien der Lohnempfänger als auch bestimmte Auflagen für die Arbeitsbedingungen, Verwendung von Akkumulationsfonds, Auszahlung von Gewinnbeteiligungen oder auch Schranken für Rationalisierungspläne festgelegt werden können.

Zwei Arbeitsgerichtsprozesse: Die Putzfrau Zubko wurde im Juni 1968 wegen „systematischer Verletzung der Arbeitsdisziplin" von der Direktion der Lunatscharski Getreidefarm entlassen. Sie klagte dagegen und erhielt recht, da das Gewerkschaftskomitee des Betriebes erst nachträglich von der Entlassung unterrichtet worden war. – Stenkina war Lehrerin an der Forsttechnischen Schule in Penza und wurde 1973 wegen Verletzung der Examensregeln (sie hatte für 2 Absolventen Nachprüfungen abgehalten) entlassen. Sie machte vor Gericht geltend, daß sie als Vorsitzende des örtlichen Gewerkschaftskomitees von der Verwaltung seit langem bekämpft und deshalb entlassen worden sei. Zwar hatte das Regionalkomitee ihrer Gewerkschaft der Entlassung zugestimmt; die Zustimmung war aber ungültig, weil die zuständige Gewerkschaftseinheit am Ort sich scharf gegen die Entlassung ausgesprochen hatte.

Die Sozialimperialisten jammern gerade gegenwärtig wieder Stein und Bein über die mangelnde Produktivität und die angebliche Disziplinlosigkeit der Arbeiter, vor allem der Jugendlichen. Zahlen der Kriminalstatistik sind Staatsgeheimnis, aber es sagt etwas über den Stand, den die sowjetischen Arbeiter gegenüber den Bourgeois haben, wenn von etwa 15 Millionen Kündigungen des Arbeitsverhältnisses und Wechsel des Wohnortes im Laufe eines einzigen Jahres „auf eigenen Entschluß" registriert wurden, gegenüber grob 5 Millionen Kündigungen seitens der Betriebs- und Behördenleitungen. Folgende beredte Klage war 1978 in der Literaturnaja Gazeta zu lesen: „Wäre es nicht an der Zeit, unsere Arbeitsgesetzgebung zu ändern, so daß Lohnabzüge für Verspätung bei der Arbeit erlaubt sind? Und was ist mit unentschuldigtem Fehlen? Wenn ein Arbeiter den ganzen Tag fehlt, kann ihn die Geschäftsleitung nach dem Gesetz entlassen – aber natürlich nur mit Zustimmung der Gewerkschaft! Die Geschäftsleitung hat also das Recht nur ... der Fehlende kennt den Arbeitskräftemangel und denkt sich, er kommt mit einem Klaps davon. Meistens hat er recht. Es ist kein Geheimnis, welchen korrumpierenden Einfluß diese Politik des ‚kleinen Klapses' auf leicht zu beeinflussende Arbeiter, vor allem junge hat."

Juri Nagibin: Der Wilderer

z.krk. Unter Artikel 67 der sowjetischen Verfassung heißt es: „Die Bürger der UdSSR sind verpflichtet, die Natur und ihre Reichtümer zu schützen". Wie unter dem Deckmantel des Naturschutzes und der Erklärung der Naturreichtümer zum Staatseigentum alte, vom Gemeineigentum herrührende Rechte auf Fischen und Jagen den Bauern genommen werden, zeigt die Erzählung des sowjetischen Schriftstellers Nagibin „Der Wilderer" von 1965.

Petristschew ist Brigadier der Lichoslawer Textilfabrik, „er stand im Leistungslohn und bekam in einem guten Monat 90, 100 Rubel heraus", aber er ist auch noch ein halber Bauer: er hält Vieh, hat einen kleinen Kartoffelacker und geht eben auf den naheliegenden See mit dem Speer fischen, wie es alle in der Gegend tun. Nun nahen die Feiertage vom 7. November, und Petristschew will ein bißchen Geld für Schnaps für die Feiertage haben. Fischen ist Arbeit für ihn, Geldverdienen, nicht Vergnügen, wie für die hohen Funktionäre, die es auch mal machen. Doch er weiß nicht, daß gerade eine Kampagne zum Naturschutz im Gange ist, er weiß auch nicht, daß die Behörden schon seit geraumer Zeit versuchen, die illegal, ohne Erlaubnis fischenden Bauern und Arbeiter der Gegend zu erwischen und ein Exempel zu statuieren. „Er wußte auch nicht, daß die ‚Fackelträger', die hinter der Landzunge erwischt wurden, nach erbittertem Handgemenge hatten türmen können, nachdem sie einem vom Wasserschutz das Nasenbein gebrochen und dem Milizionär ein blutendes Ohr beschert hatten". Er aber wird von den letzteren erwischt und zusammengeschlagen, sein Boot, sein Taucheranzug, seine Speere und vor allem sein Bootsmotor werden beschlagnahmt. Er gibt aber nicht auf und geht am nächsten Tag mit geliehenen Utensilien nochmal los, nur um erneut erwischt zu werden. „Die Kräfte waren ungleich. Bald hatten sie Petristschew windelweich gedroschen, ihm die Nase blutig geschlagen und die Arme auf dem Rücken gefesselt."

Es kommt in der Stadt zum Prozeß. „Die Richterin legte Petristschew verschiedene Papiere vor: die Akten über seine Festnahme und andere gerichtliche Unterlagen. Auf Grund dieser Dokumente, verkündete sie, werde man ihn wegen Wilderei belangen. Petristschew hörte sie gelassen an, suchte keinen Streit: verstand das Frauenzimmer vielleicht was von Fischfang und den örtlichen Bräuchen? Er machte nur geltend, sie solle die Verhandlung nicht während der Arbeitszeit einberaumen, denn er stehe im Leistungslohn und gedenke nicht, noch mehr Geld einzubüßen, ohnehin habe er genug Federn lassen müssen. – ‚Soll das Gericht entscheiden wie es will, meinen Motor muß es mir zurückgeben', sagte Petristschew streng, denn ihm kam wieder in den Sinn, daß die junge Frau auch ihm ihren hohen Posten verdankte." Die Richterin und die beiden korrupten Beisitzer, ein Major a. D. und ein Filmfabriksdirektor, denken aber gar nicht daran. Um ein Exempel zu statuieren und dem „tierischen" Angeklagten eins auszuwischen, verurteilen sie ihn wegen Wilderei zu drei Jahren Gefängnis.

Petristschew versteht bis zuletzt nicht, wie er für etwas verurteilt werden kann, was alle machen und was immer gemacht wurde. Er widersetzt sich seinem Abtransport verzweifelt. „Mit beiden Händen stemmte er sich gegen die Seitenwand des Wagens, stieß mit den Füßen gegen die Chassis und Räder, brüllte wie ein soeben kastrierter Stier ... Petristschew war klar, die Burschen würden ihm für die jetzige Demütigung später, wenn es keine Zeugen mehr gab, tüchtig eins überbraten, aber er brachte es nicht über sich, in den Gefangenenwagen zu klettern."

Aus: Juri Nagibin, Ein Prophet wird verbrannt, Berlin, DDR, 1979





Walzenproduktion bei „Uralmasch", Swerdlowsk. – Ältere Arbeiter betreuen die jungen, „Elektrosila", Leningrad.

als ein Drittel von ihnen arbeitet sechs oder sieben Wochentage, 13 bis 14 Stunden täglich. Ein Viertel gerade verdient mehr als den gesetzlichen Minimumlohn von 312,50 hfl (1 hfl entspricht 1 DM) die Woche. Mit dem Gesetz vom 1.11.79, das die Beschäftigung illegaler Ausländer verbietet, haben sich die Bourgeois Mittel zu noch schärferem Druck in die Hand gegeben. Zahlreiche Kapitalisten haben ihre „Illegalen" auf die Straße geworfen, ohne ihnen den rückständigen Lohn oder das zustehende Urlaubsgeld auszuzahlen. Viele haben jahrelang Sozialversicherung bezahlt, Arbeitslosengeld bekommen sie jetzt keines. Mitte Januar demonstrierten Hunderte in Rotterdam für die Abschaffung des „Novembergesetzes" und gleiche Rechte für ausländische Arbeiter.

RGW-Verschuldung – BRD sieht Felle davonschwimmen

z.anb. Mit 47,7 Mrd. $ entspricht die derzeitige Nettoverschuldung der europäischen RGW-Staaten gegenüber westlichen Gläubigern dem 1,5fachen Wert ihres gesamten Westexportvolumens 1978. Rund ⅔ davon sind Kreditforderungen privater Banken.

RGW-Verschuldung an westliche Gläubiger (in Mrd. Dollar)

	1976	1977	1978
UdSSR	10,3	12,0	12,4
Bulgarien	2,5	2,8	3,0
Polen	10,2	12,6	13,5
DDR	5,1	6,1	7,8
Ungarn	2,4	3,0	2,5
CSSR	1,8	2,4	2,2
Rumänien	2,5	3,0	4,0

Die in diesen absoluten Zahlen verborgenen Anrechtstitel auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse in den RGW-Staaten reichen vom 3,6fachen des jeweiligen Westexports 1978 (Bulgarien) über das 3fache (Polen), das 2,7fache (DDR) bis zum knapp 1fachen im Falle der UdSSR, die ihre Schuldenbilanz 1978 um 2 Mrd. Dollar verringerte – u.a. über Tribute des RGW für die gemeinsamen „Großprojekte" in der Sowjetunion. – Am 24.1. hat die CDU/CSU die Bundesregierung aufgefordert, die Kreditbürgschaften für den RGW „zu überprüfen". Es wächst die Befürchtung, daß die Sowjetunion angesichts ihrer Kriegslasten und der Sanktionen des Rivalen die RGW-Staaten verstärkt in die Pflicht nimmt und die Ausweitung des Ost-West-Handels Einbußen erleidet. Immerhin sind am Euro-Dollar-Markt auch bereits die 12 Mrd. Dollar an Krediten, die der RGW noch nicht hat in Anspruch genommen hat, als Anrechtstitel weitergegeben. Wenn diese Spekulation platzt ...

Italienisches Verfassungsgericht verschärft Haftrecht

z.ans.Rom. Durch ein Gesetz von 1975 ist in Italien die Möglichkeit der Entlassung aus der Haft für viele Straftaten zunächst obligatorischen Untersuchungshaft eingeschränkt worden. Für eine Reihe von vor allem politischer Straftaten wurde die Haftentlassung überhaupt, sonst für den Fall, daß die Gefahr „erneuter Gefährdung der Erfordernisse des Schutzes der Gemeinschaft" besteht, ausgeschlossen. Die Verfassungshüter haben aus diesem Gesetz jetzt das Wort „erneut" als nicht verfassungskonform gestrichen, getreu dem schönen Grundsatz, daß der Angeklagte nicht bis zur Verurteilung als unschuldig zu gelten hat. Gleichzeitig haben die gewissenhaften Herren bestätigt, daß schon der bloße Vermutung hin, jemand könne *künftig* die „öffentliche Ordnung" stören, die Haftverschonung verweigert werden muß. Den Richtern haben sie so Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes genommen und ihnen außerdem – neu – mit der Urteilsbegründung präzise Kriterien an die Hand gegeben. Hinter Schloß und Riegel muß danach bleiben, von wem zu erwarten ist, daß er erstens gewaltsam, zweitens organisiert, drittens gegen die „demokratische Ordnung" vorgeht, in einem Wort: Revolutionäre. Vor anderthalb Jahren haben 25% der Italiener in einem Volksentscheid für die Abschaffung des Gesetzes von 1975 gestimmt.

1. Kongreß der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei

z.lup. Vom 25. bis 27. Januar fand in Ankara der 1. Kongreß der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP) statt. 330 Delegierte vertraten fast 10000 Mitglieder. Der Kongreß verabschiedete einstimmig den Politischen Bericht des ZK, ein Statut und ein Agrarprogramm. An der Abschlußveranstaltung im Sportstadium von Ankara nahmen 8000 Personen teil. Grüße des Kommunistischen Bundes Westdeutschland überbrachte ein Vertreter des ZK. – Die TIKP wurde im Januar 1978 gegründet. Bis 1978 gab es die illegale „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei", die 1969 gegründet worden war. – Das durch den Kongreß verabschiedete Statut legt als Endziel die klassenlose Gesellschaft und als nächste Aufgabe auf dem Weg zu diesem Ziel die Durchführung der nationaldemokratischen Revolution fest. Der Politische Bericht untersucht die Lage auf die Frage der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Türkei gegen eine sozialimperialistische Aggression. Maßnahmen der Demirel-Regierung wie die Hereinnahme von Faschisten (MHP) in den Staatsapparat und die Abwertung der türkischen Lira wurden als Verbrechen an der Zukunft der Türkei angegriffen, weil sie das Volk spalten und damit die Türkei gegenüber dem Sozialimperialismus schwächen würden. Die TIKP betrachtet den Sozialimperialismus international als den Hauptfeind der Völker. Sie ist der Auffassung, der US-Imperialismus sei demgegenüber eine „Kraft der Mitte". Der Kongreß bekräftigte die Unterstützung des Kampfes der Völker von Kampuchea und Afghanistan und forderte den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau.

Die EG reicht bis Grönland

z.mif. Gegenstand des Schulunterrichts ist Grönland nur insofern, als es die größte Insel der Erde ist. Es ist aber eine der letzten europäischen Kolonien in Amerika. Von den 50000 Einwohnern sind 8000 Kolonisten, trotz tausendjähriger Kolonialtätigkeit hat die europäische Besiedlung die Nationalität, Sprache und Gewohnheiten der Inuit nicht auslöschen können. Die Städte heißen dänisch, die Küsten nach verblichenen Häuptern des dänischen Königshauses und die Meerenge zwischen Island und Grönland heißt ,,Straße von Dänemark". In mehreren Besiedlungswellen von 983 bis 1721 hat Dänemark, gestützt auf seine Kolonie Island, Versuche zur Festsetzung auf Grönland gemacht, die schließlich erfolgreich waren. Im Frieden von 1814 mußte Dänemark Norwegen an Schweden abtreten, behielt aber Grönland und Island. Der grönländische Handel blieb bis zum 2. Weltkrieg Monopol des dänischen Königshauses, noch heute sind in dänischer Hand 80% des grönländischen Imports und 40% des Exports.

Militärisch ist Grönland in Händen der USA. 1916 haben die US-Imperialisten in einem Tauschgeschäft mit Dänemark zwar auf ihre Ansprüche auf Grönland verzichtet gegen Übergabe der dänischen Jungfern-Inseln in der Karibik. Aber als die deutschen Faschisten 1940 Dänemark besetzten, begab sich der dänische Botschafter in Washington ins Weiße Haus und schloß ein Abkommen, in dem er Grönland unter den Schutz der USA stellte. Die USA bauten sofort Stützpunkte; nach dem förmlichen Vertrag von 1951 haben die USA ,,freien Zugang zu und Verkehrsrecht zwischen den Verteidigungsgebieten überall in Grönland". Obendrein haben die USA über Dänemarks NATO-Mitgliedschaft das NATO-Grönlandkommando in der Hand. Nachdem bereits im 2. Weltkrieg ein mehrjähriger Kampf um Wetterstationen auf Grönland geführt wurde – seitens der deutschen Faschisten bis 1943 – ist die Einbeziehung Grönlands in jeden Krieg um Europa ausgemacht.

,,Grönland" ist der Name der Kolonisten, der Name des Volkes ist Kalatdlit Nunat. ,,Eskimos" ist ein indianisches Wort für ,,Rohfleischfresser", der Name des Volkes, das die ganze Polarregion bewohnt, ist Inuit. Die Existenz der Inuit auf Kalatdlit Nunat ist schon oft durch die Kolonisten bedroht worden. In der Mitte des 14. Jahrhunderts wurde von Europa die Pest eingeschleppt, 1733 brachten die Herrnhuter Missionare die Pocken mit, woran 2500 Inuit starben. Ende des 17. Jahrhunderts hatten die nord- und westeuropäischen Walfänger die Wale vor Grönland weitgehend ausgerottet; um 1900 galt das gleiche für die Robbenbestände. Heute, seit der 1972 ertrotzten Mitgliedschaft Dänemarks und seiner Kolonie Kalatdlit Nunat in der EG, betreiben die Fischfangmonopole die Ausbeutung der reichen Vorkommen an Meerestieren in großem Stil. Die selbständigen Produzenten von Kalatdlit Nunat werden ruiniert und ihre Existenzgrundlage wird vernichtet. Nach einer statistischen Erhebung von 1970 waren von 18240 erwerbstätigen Grönländern 3493 im Fischfang sowie in der Jagd und Viehzucht tätig, davon 2393 selbständig und 1016 in Genossenschaften. Sie ernährten 10113 der 46531 Bewohner von Kalatdlit Nunat.

Die EG-Kommission behauptet in einer 1978 für Dänemark herausgegebenen Broschüre, die grönländische Fischfangindustrie habe von der Mitgliedschaft in der EG profitiert. Und zwar sei ja 1977 die 200-Meilen-Zone beschlossen worden. Aber das ist keine 200-Meilen-Zone von Kalatdlit Nunat, sondern eine 200-Meilen-Zone der EG. Bis 1983 haben grönländische Firmen – einschließlich der dänischen Filialen in Grönland – das Exklusivrecht auf eine 12-Meilen-Zone, dann wird auch dieser schmale Rest Teil des EG-Meeres.

Im Bewußtsein dieser Pläne hat das Volk von Kalatdlit Nunat so eindeutig wie kein anderes in der Volksabstimmung 1972 das EG-Einverleibungsansinnen abgelehnt. 71% der Stimmen waren gegen den ,,EG-Beitritt". Aber Dänemark hatte 1953 durch Verfassungsänderung Grönland zu einer ,,dänischen Provinz" gemacht, die Teil des Mutterlandes ist (ein 50mal größerer ,,Teil") und mithin kein Recht auf eigene Außenpolitik hat. Auch das ,,Autonomie"-Manöver von 1979 hat daran nichts geändert. Durch diese Autonomie, die von 70% der Wählenden (bei einer Wahlbeteiligung von 63%) als Schritt zu größeren Rechten gegenüber Dänemark angenommen, von den übrigen 30% als Betrug abgelehnt wurde, hat Kalatdlit Nunat jetzt einen eigenen Ministerpräsidenten und einen Wirtschafts-, Sozial- und Kultusminister (die alle dänische Namen haben); für die Außen-, die Währungs-, Justiz- und die Verteidigungspolitik bleibt weiter Dänemark zuständig. Selbst diese Statthalterregierung forderte sofort von Dänemark die Übergabe der vollen Verfügungsgewalt über die Bodenschätze der Insel.

Die Bodenschätze sind reichhaltig. Seit dem 19. Jahrhundert sind Kohlevorkommen bekannt, mit deren Abbau 1905 begonnen wurde. Die Kryolith-Vorkommen, die den USA im 2. Weltkrieg einen entscheidenden Vorteil bei der Aluminium-Verhüttung in die Hand gaben, sind inzwischen erschöpft. Die Eisen-, Zink- und Bleierzvorkommen sind reichhaltig, Uran, Erdöl und Erdgas sind entdeckt, werden aber wegen des Widerstands dagegen, wegen der hohen Kosten und der technischen Schwierigkeiten bisher nicht ausgebeutet. Die Ausbeutung der Erdölvorkommen vor der Südwestküste würde den Fischfang direkt bedrohen.

,,Die Grundlage der künftigen Wirtschaft wird vermutlich die Großindustrie bilden können, falls die Erwartungen in bezug auf Öl-, Gas- und Mineralvorkommen sich erfüllen", schreibt die EG-Kommission in besagter Broschüre. Diese ,,Erwartungen" der EG-Monopole geben die Rechtfertigung für die Ruinierung der Bevölkerung von Kalatdlit Nunat und für ihre Kasernierung in Elendsbaracken ab – sie werden als billige Arbeitskraft bereitgehalten. Die Blei- und Zinkerzexporte machen 1976 bereits 80% des nicht nach Dänemark gehenden Exports von Kalatdlit Nunat aus. Die Ausbeutung der Bodenschätze ist die Domäne der EG- und der US-und kanadischen Monopole. Der Kampf der Inuit um nationale Unabhängigkeit verdient unbedingte Unterstützung.

Die Inuit der Arktis schließen sich gegen die Imperialisten zur Nation zusammen

z.bag. Im Gebiet der Arktis, das gegenwärtig als Tummelplatz von Energiekonzernen der imperialistischen Länder und als militärisches Überwachungs- und Aufmarschgebiet der beiden Supermächte von sich reden macht, leben heute 94000 Eskimos, davon 35000 in Alaska, 18000 in Kanada, 40000 in Kalatdlit Nunat (Grönland) und 1000 in der Sowjetunion. Sie haben eine lange, gemeinsame Geschichte und verlangen jetzt die Anerkennung als *eine* Nation auf dem von ihnen bewohnten und genutzten Gebiet. Sie nennen sich selbst ,,Inuit", das heißt ,,wirkliche Menschen".

Die einschlägigen wissenschaftlichen Werke versuchen die Eskimos der Arktis wie Insektenarten in alle möglichen Spezies aufzugliedern, müssen aber immer wieder ,,erstaunliche" Gemeinsamkeiten ,,einräumen", so daß nicht einmal von verschiedenen Stämmen die Rede sein kann. Beim Haus- und Bootsbau, bei der Herstellung von Fanggeräten, Kleidung und Kunstgegenständen konnten nur durch die Verschiedenheit des verwendeten Materials Unterschiede festgestellt werden. Die gesellschaftliche Organisierung wird als relativ einheitlich bezeichnet, mit der kollektiven Entscheidung der Familien und Gruppen unter Anerkennung der geschicktesten Jäger als Autorität. Vom Volk abgetrennte juristische Instanzen gab es und gibt es bis heute nicht. Eigentumsdelikte kamen wegen des Gemeineigentums praktisch nicht vor, andere Vergehen konnten durch öffentliches Bekenntnis ausgelöscht werden. Die Religion der Eskimos ist ein ebenfalls relativ einheitlicher Animinismus, d.h. Glaube an die Tier- und Pflanzenwelt als Lebensgrundlage der Menschen. Diese Religion ist aber selbst nur Ausdruck der durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse bedingten Gewohnheit, nie mehr Tiere als zum unmittelbaren Gebrauch und Austausch benötigt zu töten. Die Inuit haben vor dem Eindringen europäischer Fänger, Händler und Siedler niemals Raubbau an der Natur betrieben.

Die Inuit der Arktis lebten nomadisch oder mehr fest ansässig, je nach den Bedingungen der Natur. Grenzen zwischen den Gruppen gab es nicht, im gesamten Gebiet gehörte alles allen. Trafen verschiedene Gruppen zusammen, so wurden die Jagdgebiete freundschaftlich verteilt und die Produkte ausgetauscht. ,,Es kam in fast allen Teilen der Arktis zu häufigen Begegnungen mit befreundeten oder benachbarten Gruppen ... Ein weißer Seefahrer berichtete, daß er vielen Eskimos begegnete, die sich in einem Gebiet von fast 1000 km² auskannten. Sie feierten und sangen und tanzten mit anderen Eskimos, trieben aber vor allem Handel, um an begehrte Waren aus anderen Gebieten des Nordens zu kommen. Beliebte Handelswaren waren die gefleckte Rentierhaut aus Sibirien; Speckstein, den es westlich des Coronation-Golfs nicht gibt; Jade, der fast ausschließlich in Alaska gefunden wurde und sogar Treibholz, das in vielen Gebieten eine Kostbarkeit war." (Th. Jeier, Die Eskimos, 1977, S. 83 ff.)

Die Eskimos sind vermutlich seit dem 8. Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung aus dem asiatischen Raum in die Arktis gekommen. Sie wurden mehrmals ,,entdeckt", so von Erik dem Roten, der 985 mit normannischen Siedlern Kalatdlit Nunat in Besitz nahm. Hier kam es im 14. und 15. Jahrhundert zu mehreren schweren Kämpfen, in denen die Siedler am Ende teils der Natur, teils den Angriffen der Inuit unterlagen. In den anderen Polargebieten beschränkten sich die ,,Entdeckungsfahrten" mehrere Jahrhunderte lang auf die Suche nach Schiffahrtspassagen, um schneller nach Japan und China zu kommen. Spätestens um 1700 setzte die 2. Phase der Eroberung der Arktis ein, ermöglicht durch die Entwicklung seetüchtiger Schiffe und angetrieben durch den Luxusbedarf der europäischen und russischen Fürstenhöfe. Massenhaft wurden jetzt Robben, Wale, Eisbären und Rentiere abgeschlachtet, um Pelze, Elfenbein, Tran und Fette zu bekommen. Bis 1900 wurde damit der Tierbestand so dezimiert, daß den Inuit stellenweise die Lebensgrundlage entzogen war. Daß sie sich gegen diese Plünderung ihrer Naturschätze nicht wehrten, hängt mit ihrem System des Gemeineigentums zusammen: wie ihren eigenen Leuten räumten sie auch den europäischen Fängern uneingeschränktes Recht auf die Jagdgründe ein. Da sie außerdem kein Geld kannten und Waren nur nach dem Gebrauchswert einschätzten, wurden ihnen durch ungleichen Tausch immense Reichtümer geraubt. Ein Moschusochsen-Fell von 450 $ Wert wurde z.B. gegen ein Gewehr von 10 $ gehandelt. Je weniger die Inuit sich aufgrund des Raubbaus an ihren Naturschätzen ernähren konnten, desto mehr wurden sie in die Lohnarbeit gezwungen, als Fischer und Fänger und als Arbeiter in den Kohlengruben, Erzbergwerken und Konservenfabriken, die z.B. in Alaska bereits um 1875 in Betrieb waren. Dazu kam eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen und moralischen Normen der Inuit, ganz zu schweigen von der Einführung von Alkohol und bis dahin unbekannter Krankheiten, wie zum Beispiel der Grippe und der Syphilis, die tausenden von Eskimos das Leben kosteten. Der Widerstand der Inuit wurde blutig niedergeschlagen; belegt ist das zumindest für Alaska zur Zeit der russischen Herrschaft.

Um 1900, in der Blütezeit des europäischen Imperialismus, nahmen die Entdeckungsreisen mehr und mehr den Charakter von direkter Landnahme an. Da die Inuit und ihre Rechte nicht zählten, betrachteten die europäischen Länder das Gebiet der Arktis als Niemandsland. Norweger, Engländer, Holländer, Russen, Amerikaner, Japaner landeten an einer Insel, pflanzten ihre jeweilige nationale Flagge auf und damit war das Land in Besitz. Das lief nicht immer friedlich ab. Es gab Zusammenstöße mit anderen Imperialisten und Konflikte mit den Inuit, die das Besitzsymbol nicht verstanden und dementsprechend nicht achteten. In





Demonstration gegen die Vergabe von Ölkonzessionen auf Kalatdlit Nunat 1977. Das alte ,,Aussivik", Treffen zur Beratung von Problemen, wird neu benutzt. – US-Radarstation in Kulusuk an der ostgrönländischen Küste.

Zwei Dokumente zum Kampf des Volkes der Inuit

Dokument der Eskimos der ,,North Slope Borough" zum Kongreß der Polaren Minoritäten in Alaska im Sommer 1977

Die Eskimos stellen eine internationale Gemeinschaft dar, mit einer gemeinsamen Sprache, Kultur und Besiedlung der Küsten von Sibirien, Alaska, Kanada und Grönland. Obwohl wir kein selbständiger Staat sind, sind wir als Volk eine Nation. Das ist wichtig, nicht weil Nationalismus die Probleme löst, sondern weil unsere gemeinsame Nationalität der Ausgangspunkt für unsere jetzigen Versuche ist, die schon lange dauernden Probleme unseres Überlebens zu lösen. Unsere Gesellschaften sind alt. In der Stadt Point Hope z.B. lebt unser Volk schon seit mehr als 3000 Jahren. Aber nationale Grenzen haben in unserer Gesellschaft nie etwas bedeutet, weil die Voraussetzung für das Überleben in arktischen Gebieten die Gemeinschaft ist.

Jahrtausendelang haben wir keine nationalen Grenzen gekannt. Wir fühlten uns vielmehr eins mit der Erde, die niemand anderes haben wollte, weil es hier fast immer kalt und dunkel war.

Jedoch kamen immer mehr Menschen auf die Welt. In Europa entstanden große Bevölkerungsgruppen, die von Landwirtschaft und Handel lebten. Auf der Jagd nach den Dingen, die sie gebrauchten, stießen sie nach und nach in unseren Teil der Welt vor, weil sie Raubbau an ihren eigenen Ressourcen getrieben hatten. Sie hatten z.B. keine Pelze. Bei uns Eskimos kann man immer noch Tiere jagen und Pelze beschaffen, die zum Überleben in der Kälte nötig sind. Aber die Europäer und Russen haben schon vor 200 Jahren ihr Wild ausgerottet, und der internationale Pelzhandel begann. Er brachte europäische Jäger nach Grönland und Kanada, die unter uns lebten, und wir teilten unser Land mit ihnen.

Je stärker die Bevölkerungsdichte in Europa zunahm, desto schärfer wurde der Kampf um den Boden, und die Verlierer zogen nach Amerika, wo die indianischen Stämme den Boden mit ihnen teilten. ... Das Klima war die Ursache dafür, daß wir Eskimos den Kämpfen und Konflikten entgingen, die die europäische Einwanderung mit sich führte. Die Russen, Engländer und Franzosen kamen nur wegen der Pelztierjagd in das Gebiet der Arktis, und die Engländer später, um Wale zu jagen. Aber abgesehen davon gab es keine Konkurrenz um unser arktisches Gebiet.

Die europäischen Einwanderer hatten ihre eigenen Vorstellungen von den Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden. Diese Vorstellungen umfaßten formelle Grenzziehungen und einige verwickelte Regeln, um Gewalttätigkeit zu vermeiden, die dadurch entstehen konnte, daß andere in die markierten Gebiete eindrangen.

In den ersten vielen hundert Jahren hatten wir nur sehr wenig mit den europäischen Einwanderern zu tun, die nach Nordamerika kamen. Aber als die USA von Rußland das Recht auf Alaska kauften, hörten wir auf einmal etwas von ,,Regierung" und erfuhren, daß wir nun ,,regiert" wurden.

Mit der Regierung begann der Konkurrenzkampf um unser Land. Anfangs sahen wir das noch nicht so. ,,Regierung" bedeutete ja auch technischer Fortschritt und Schulen, wo wir die Anwendung der neuen Technik erlernen konnten. Die Ausbildung hatte für uns eine große Bedeutung.

Erst als Alaska ein Staat wurde, entdeckten wir, daß wir drauf und dran waren, unser Land zu verlieren. Erst Anfang der 60er Jahre konnten wir uns organisieren und etwas dagegen tun. Als die Regierung der Föderation und des Teilstaats auf unsere Dörfer ausgeweitet wurde und anfing, Beschlüsse über unser Land zu fassen, mußten wir uns auf regionaler Ebene politisch organisieren, um den Boden zu beschützen, von dem unser Überleben abhing. Deshalb organisierten wir die ,,Landclaim-Bewegung". Als der Kongreß Alaska zu einem Bundesstaat der USA machte, erlaubte man dem neuen Staat, Millionen von Hektar des föderativ besessenen Bodens einzuziehen, und der Staat eignete sich unser Land an. Zum Beispiel das Gebiet von Prudhoe Bay. Unser Volk, das den Pelzhandel, den internationalen Walfang und das Goldfieber überlebt hatte, wurde so von der Jagd auf das Öl bedroht. Die Entdeckung von Öl bei Prudhoe Bay bedeutete, daß die europäischen Einwanderer in Amerika zu einer reichen und hochindustrialisierten Bevölkerung geworden waren, die nun unser arktisches Land begehrten.

Unterdrückte Nationalitäten, eine Reserve der Revolution
Spektakuläre Zunahme der Kämpfe überall in Kanada

(The Forge, Zentralorgan der Workers Communist Party, 16. Nov. 1979)

(...) In Kanada hat die Zunahme der Kämpfe der unterdrückten Nationalitäten eine wellenmäßige Wirkung, ein Kampf löst andere aus und unterstützt sie. Der Kampf der Nation von Quebec hat zum Beispiel Wirkung gehabt auf die Kämpfe der Akadier und französischen Minderheiten in anderen Teilen Kanadas. Eine der wichtigsten Entwicklungen in den letzten Jahren war die klare Formulierung umfassender politischer Forderungen durch die unterdrückten Nationalitäten im Gegensatz zu früheren Kämpfen, die auf den einen oder anderen besonderen Gesichtspunkt der Unterdrückung beschränkt waren.

Die Dene-Indianer z.B. fordern jetzt regionale Autonomie. Die nationale Konferenz der Akadier forderte im letzten Oktober in New Brunswick ihre Form der Selbstregierung. Die Franko-Ontarier forderten in der gleichen Woche bei ihrer Konferenz in Sudbury nicht nur eine französische Schule, sondern eine Garantie für angemessene

den 20er und 30er Jahren wurden dann eine Reihe von Verträgen zwischen den beteiligten Ländern geschlossen, die die Land- und Meergebiete genau aufteilten, meist in den Maßeinheiten der Längengrade. Die Inuit wurden dabei nicht gefragt.

Die neueste Phase der imperialistischen Invasion in die Arktis gilt der Jagd auf Öl, Gas und Mineralien und der Eroberung von strategischen Posten in der Rivalität zwischen den beiden Supermächten. Vor allem nach der ersten sogenannten Ölkrise 1967 setzte eine hektische Betriebsamkeit in den arktischen Gebieten ein. Die verschiedenen Regierungen vergaben Konzessionen an in- und ausländische Konzerne. Nach wie vor wurden die Inuit nicht gefragt. 1970 wurden größere Ölvorkommen im Delta des Mackenzie-Flusses in Kanada entdeckt, kurz darauf auch im Meergebiet davor. 1976 wurden multinationale Erdölkonzerne auch in Alaska fündig, vor allem in der Prudhoe Bay. Bedeutender noch als die Ölvorkommen scheinen die Gasfunde in der Arktis zu sein. Die Ausbeutung der Rohstoffe erschien anfangs wegen der hohen Investitionskosten für Förderung und Transport nicht lohnend; die Profite, die die Konzerne in der zweiten sogenannten Ölkrise von 1973 machten, erlaubten dann jedoch kostspielige Wagnisse. So wurde, nach ersten Versuchen mit Supertankern durch die Nordwest-Passage, mit dem Bau von Rohrleitungen über tausende von Kilometern begonnen, so z.B. quer durch Alaska von der Prudhoe Bay bis nach Valdez und in Kanada durch das Tal des Mackenzie-Flusses. Die ersten Ölbohrungen an der Westküste von Kalatdlit Nunat waren nicht sehr erfolgreich, zumal sie von protestierenden Fischern immer wieder behindert wurden. Sie wurden im vorigen Jahr vorläufig eingestellt, grade wurde jedoch bekannt, daß die dänische Regierung neue Konzessionen vergeben hat und die Suche jetzt an der Ostküste fortgesetzt wird.

Die verschiedenen Länder haben gegenüber den einheimischen Bevölkerungen eine verschieden harte Politik der Unterdrückung betrieben. Einig waren sie sich darin, daß das Land den Eroberern gehörte, verschieden tolerant waren sie darin, den Inuit ihre angestammten Jagd- und Weiderechte zu lassen bzw. zu nehmen. Nur ein Land stellte einige Jahre lang die Ausnahme dar, das war die junge Sowjetunion nach der Revolution vom Oktober 1917. Gemäß dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen hatte Lenin bereits im September 1917 in seinem Entwurf für eine Plattform für eine proletarische Partei formuliert: ,,Volle Freiheit der Lostrennung, weitgehende lokale (und nationale) Autonomie, bis ins Einzelne ausgearbeitete Garantien der nationalen Minderheiten." (AW II, S. 66). 1922 wurde die Jakutische Autonome Sowjetrepublik gegründet. Sie erhielt Unterstützung bei der Entwicklung der Produktivkräfte, beim Ausbau des Transportwesens und bei der Errichtung von Schulen und Krankenstationen in Form von ,,Kulturstützpunkten" und ,,Roten Zelten". Alle alten Schulden der Inuit wurden annulliert, sie brauchten keine Steuern zu zahlen und keinen Militärdienst zu leisten. Bereits im selben Jahr warnte Lenin jedoch vor Tendenzen, die Minderheiten zu unterdrücken und Neuerungen statt durch Überzeugungsarbeit auf administrativem Weg durchzusetzen. Er sprach von der Notwendigkeit, ,,die nicht-russischen Nationalitäten Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist" (AW III, S. 848), und sah geradezu prophetisch die Unterdrückung der Inuit durch die späteren sozialimperialistischen Führer voraus: ,,Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens im Osten, am Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nicht-russischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen ... Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkern hineinschlittern ..." (AW III, S. 853). Deutliches Zeichen für die jetzige Unterdrückung der Inuit in den sowjetischen Gebieten ist die Tatsache, daß ihre Zahl zurückgeht (es sind nur noch 1000 bis 1200), während sie in allen anderen Gebieten der Arktis mit jährlich 3–4% stark zunimmt.

Mit dem Beginn der jüngsten Eroberungsphase der Imperialisten haben auch die Inuit begonnen, sich regional und überregional zusammenzuschließen, und den Kampf um die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage, den Kampf um das Recht auf ihr Land und seine Naturreichtümer aufzunehmen. In Alaska begann bereits in den 50er Jahren die sogenannte Land-claim-Bewegung, mit der die Inuit gegen die Inbesitznahme des Landes durch die USA protestierten. 1966 wurde die Arctic Slope Native Association gegründet, die 1971 im Kampf gegen die Vergabe von Konzessionen einen Teilsieg durchsetzte, indem sie 11% des Landes als Eigentum und über 900 Mio. $ Entschädigung bekam. Fast gleichzeitig wurde in Kanada der nationale Zusammenschluß der Eskimos in der ,,Inuit Tapirisat" gegründet. Auf Kalatdlit Nunat wurden im Kampf gegen den Beitritt zur EG die Parteien Siumut und Inuit Ataqatigiit gegründet. Die letztere tritt auf der programmatischen Grundlage des Marxismus-Leninismus für die vollständige Unabhängigkeit Grönlands ein. Die traditionellen sommerlichen Aussivik-Treffen der Eskimos auf Kalatdlit Nunat wurden in den letzten Jahren immer bewußter in den Dienst nicht nur des nationalen, sondern des Zusammenschlusses der Inuit der ganzen Polarregion gestellt. 1973 fand in Kopenhagen die erste Arktische Konferenz statt; 1975 beschloß diese Konferenz in Kanada die Bildung des ,,Weltrats für eingeborene Minoritäten", und im Sommer 1977 fand ein Kongreß der nationalen Minderheiten der Polarregion in Alaska statt. Diese Zusammenschlüsse zielen unmittelbar darauf ab, im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Ausbeutung der arktischen Rohstoffe durch die imperialistischen Länder einen Riegel vorzuschieben und die militärische Bewegungsfreiheit der Supermächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft einzugen.

Die Grundlagen der Subsistenzproduktion der Inuit: Jagd und Fischfang

z.hef. Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, ,,zur Zeit der ersten verbreiteten Kontakte mit Europäern", wie die Kolonisierungen Alaskas und Grönlands in Schulbüchern genannt werden, gab es nach Schätzungen 50000 Inuit (Eskimos), davon 2000 in Sibirien, 25000 in Alaska, 13000 in Teilen des heutigen Kanada und 10000 in Grönland.

Die meisten lebten nahe der Küsten. Die Jagd auf Meeressäugetiere (Robben, Walrosse, Wale) bildete ihre Lebensgrundlage. Diese Tiere lieferten sowohl Nahrungsmittel wie auch Tran für Lampen, Felle für Bekleidung, Knochen für Werkzeuge, Elfenbein für Harpunenspitzen. Dazu betrieben die Inuit Fischfang und Jagd auf Landtiere, meistens Wildrentiere. Im Winter erlegte der Jäger die Robben vor allem an Eislöchern, an denen diese nach Luft schnappen. Im Sommer wurden die Tiere nach Anschleichen an Liegeplätze oder vom Kajak aus getötet. Mit mehreren Kajaks jagten die Inuit in Gruppen die kleineren weißen Wale, indem sie sie in flacheres Wasser trieben, wo sie unbeweglich wurden. Im Frühjahr fuhren Besatzungen von acht Mann und mehr in großen Booten (Umiaks) nach größeren Walen vor der Küste aus. Der Wal wurde mit der Handharpune angeschossen, und es bedurfte großer Anstrengungen, den Wal zu halten, während er versuchte die Harpune abzuschütteln.

Auf dem Land jagten die Inuit mit Pfeil und Bogen, Lanzen und Fallen.

Die wichtigste Jagdwaffe war die Harpune, die mit einer selbstlösenden Spitze und einem daran befestigten langen Seil versehen war. Zur Jagd wurde im Sommer das Kajak gebraucht, ein extrem leichtes, aus Knochen, Treibholz und Fellen hergestelltes Boot. Im Winter benutzten die Jäger Hundeschlitten, mit denen sie aber selten schneller als im Schrittempo fahren konnten.

Der niedrige Stand der Produktivkräfte in ungünstiger Naturumgebung sorgte für ein sehr geringes Mehrprodukt. Die verschiedenen Sippen trieben damit Tauschhandel untereinander. Aber die Entwicklung von Klassen war noch im Anfangsstadium. Die einzelnen Jagdwerkzeuge waren Besitz des Jägers, gemeinsam zu benutzende Geräte wie große Walharpunen und größere Boote Eigentum der Sippe. In den meisten Sippen hatte der Schaman, der Arzt und Priester, eine bestimmte Verfügung über diese Geräte.

Die russischen Kolonialisten zwangen die Inuit zur Zwangsarbeit, nachdem sie sie in mehreren Schlachten 1841 besiegt hatten. Dänische, britische, französische und US-Kolonialisten versuchten, sie zu lohnabhängigen Jägern oder Rentierzüchtern zu machen. Die Inuit wehrten sich mehr oder weniger erfolgreich, behielten aber die Subsistenzwirtschaft größtenteils bei.

Inzwischen sind die Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, darangegangen, ihnen die Grundlage dafür wegzunehmen, indem sie sich das Land aneignen. In Alaska, Nordkanada und Grönland wurden Bodenschätze gefunden – Öl, Gas, Uran und andere. 1971 beschloß der US-Senat, daß die Inuit in Alaska ihre Ansprüche auf 90% des Territoriums bis auf 10% verlieren. Von der Entschädigung in Höhe von 962 Mio. Dollar werden 500 Mio. Dollar aus einer Abgabe auf Bodenschätze gezahlt, das soll den Widerstand der Inuit gegen die Freigabe der Förderlizenzen lähmen. Die Entschädigung wird an zwölf Inuit-Korporationen gezahlt, die mit dem Gesetz von 1971 eingerichtet wurden und deren Tätigkeit bis ins einzelne vorgeschrieben ist. Sie dürfen z.B. die eingenommenen Gelder nicht frei verwenden, sondern nur für neue Kapitalanlagen. 1991 werden auch die verbleibenden Inuit-Gebiete verkäuflich und besteuerbar.

Der nächste Schritt war Carters Jagdverbot für große Teile Alaskas, das im letzten Jahr eingeführt wurde. 56 Mio. Acres wurden zum Naturschutzgebiet erklärt, vor allem die Küstenregionen. Durch Überfischen, Raubbau an Walen und Robben war der Fang von den Inuit sowieso schon schwierig genug aufrechtzuerhalten. Jetzt wird er verboten. Immer mehr werden so als Lohnarbeiter in die Fabriken und Ölindustrie oder in die Dienste von Pelz- und anderen Wildhandelsgesellschaften gezwungen.

Diese Maßnahmen der Kolonialmächte laufen nicht auf ,,die Entwicklung der Gesellschaft" der Inuit hinaus, wie sie immer wieder behaupten, sondern auf deren systematische Vertreibung und Vernichtung. Die Inuit sind dem Raubbau an den Bodenschätzen der Arktis durch ihren Widerstand im Weg.



Holzschnitt um 1850: Zwei Kajaks begleiten ein Umiak (Frauenboot). Die Fangblase an der Harpune hindert die getroffene Robbe am Abtauchen.



Ein großer Teil der Frauen und Mädchen wird während der Fangsaison in die Fabriken gepreßt: Krabbenfabrik in Christianshab an der Südwestküste.

französische Schulausbildung in allen Gebieten, in denen sie hauptsächlich leben.

Eine weitere Entwicklung ist die zunehmende Solidarität zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Im September hat beispielsweise die Vereinigung der Indianer von New Brunswick die enteigneten Familien von Kouchibouguac Park in Akadien unterstützt.

Heute wächst auch die Unterstützung für unterdrückte Nationalitäten in der Arbeiterbewegung. So hat der Kongreß der CUPE (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes) in der Stadt Quebec kürzlich das Recht von Quebec auf Selbstbestimmung unterstützt.

Reserve für die Revolution

Der mächtige Aufschwung in den Kämpfen der unterdrückten Nationalitäten veranschaulicht, warum die WCP in ihrem Programm erklärt: ,,Die unterdrückten Nationalitäten sind eine Reserve für die Revolution." Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Nationalitäten haben einen gemeinsamen Feind. Die gleiche Monopolistenklasse, die die kanadischen Arbeiter ausbeutet, ist auch für die nationale Unterdrückung verantwortlich. Sie benutzt den Staat zur Aufrechterhaltung von Ungleichheit, um die Arbeiter dieser Nationalitäten als billige Arbeitskräfte zu verwenden, ihr Land zu stehlen und Rassismus und Diskriminierung mit dem Ziel der Spaltung der Arbeiterklasse zu verbreiten. Die nationale Unterdrückung kann nur beseitigt werden, wenn der Kapitalismus abgeschafft und durch ein sozialistisches System ersetzt ist. Die unterdrückten Nationalitäten haben daher alles Interesse daran, am Kampf für die sozialistische Revolution teilzunehmen.

Stalin erklärte das so: ,,Die doppelte Schraube der Knechtung muß notwendigerweise die werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten revolutionieren, muß sie zum Kampf gegen die Hauptkraft der Unterdrückung, zum Kampf gegen das Kapital treiben." (Die Oktoberrevolution und die Frage der Mittelschichten)

Die Arbeiterklasse muß führen

Die multinationale Arbeiterklasse kämpft gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung, und um alle möglichen Verbündeten für sich zu gewinnen, muß sie die Führung des Kampfes gegen nationale Unterdrückung übernehmen. (...)

Familien und Sippen – Grundlegende Produktionseinheiten der Inuit

z.rül. Entsprechend ihrer vorwiegend nomadischen Lebensweise, die von den wechselnden Fanggebieten der Karibus (Wildrentiere) bzw. der Seerobben, ihren Hauptnahrungsquellen, bestimmt war, lebten die Inuit vorwiegend in schnell zu errichtenden oder leicht transportierbaren Behausungen. In den ständigen Eis- und Schneegebieten war entsprechend das Iglu, die aus festem Schnee bzw. geschnittenem Eis gefertigte Hütte, die einzige Behausung der Inuit. In den weiter südlichen Gebieten dagegen dienten Holz- und Steinhäuser als Unterkünfte für den Winter, oft zum Schutz gegen die eisigen Winde noch zusätzlich in Erdhöhlen versenkt. Im Sommer dagegen, der Hauptjagdzeit, waren Zelte aus Fellen die Unterkunft.

Innerhalb der kleinen, nur aus wenigen Familien bestehenden Jagdgruppen, hatten sich feste Rangordnungen oder Klassenspaltungen noch nicht entwickelt. Der beste Jäger war der Führer der Gruppe. Der Zusammenhalt der Gruppe selbst war durch Naturzwänge bedingt und konnte sich – etwa bei einem Wechsel der Jagdbedingungen – auch schnell ändern. Da die Jagdwaffen zumeist im Besitz der einzelnen Jäger waren, gingen solche Änderungen auch reibungslos vonstatten.

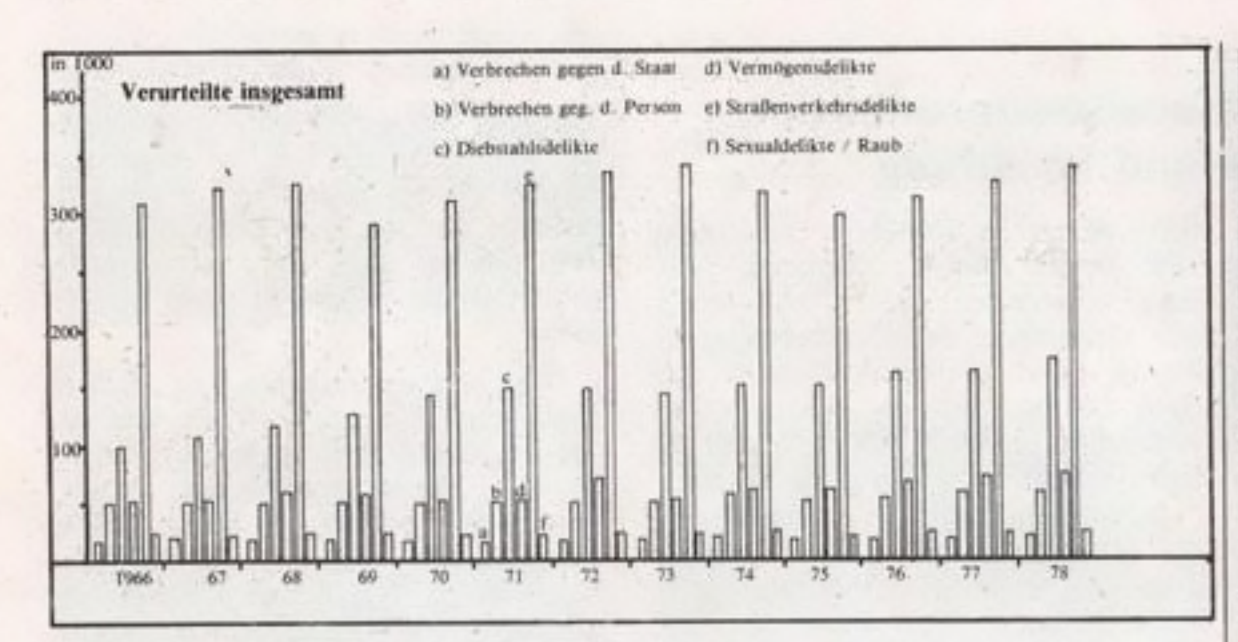
Die Familie war die grundlegende Produktionseinheit. Während die Jagd Sache der Männer war, verarbeiteten die Frauen das erjagte Wild, stellten die Kleider und Pelze her, bereiteten das Fleisch zu. War ein Mann bei der Jagd umgekommen, so nahm der Bruder des Mannes oder der Frau oder auch ein anderer Jäger sich der Familie an und hatte entsprechend zwei Frauen. Weil Familien- und Blutsbindungen die wesentlichen Beziehungen waren, tauschten die Inuits z.B. auch bei größeren Zusammenkünften ihre Frauen untereinander aus, zur Festigung ihrer Beziehungen. Entsprechenden Frauenaustausch gab es auch, wenn z.B. die Frau eines Jägers krank oder schwanger war und ihn deshalb nicht auf der Jagd begleiten konnte. Dann begleitete ihn z.B. die Frau eines anderen Jägers, der selbst derweil in unmittelbarer Nähe der kranken Frau dem Fischfang nachging.

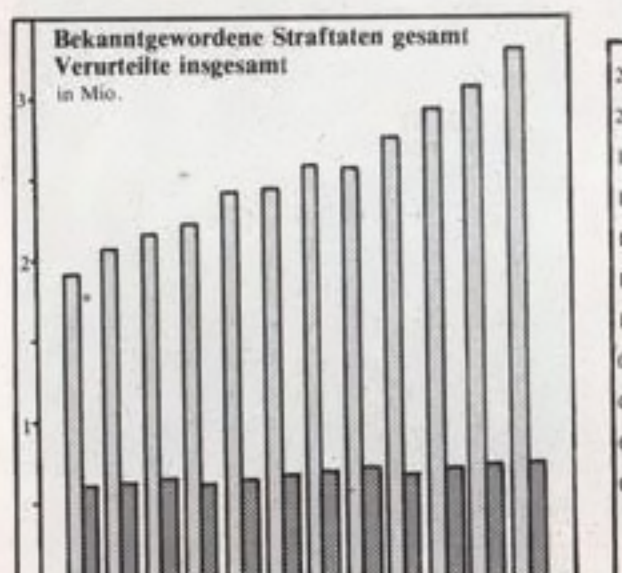
Diese Übergangsformen von der Gruppenehe zur Einzelehe hatten nichts mit einer Geringschätzung der Frauen zu tun. Im Gegenteil trifft auf die Inuit die Bemerkung von Engels zu, daß ,,die Dame der Zivilisation, von Scheinhuldigungen umgeben und aller wirklichen Arbeit entfremdet, ... eine unendlich niedrigere gesellschaftliche Stellung (hat) als das hartarbeitende Weib der Barbarei, das in seinem Volk für eine wirkliche Dame (lady, frowa, Frau = Herrin) galt und auch eine solche ihrem Charakter nach war." (MEW 21, S. 54) Der Sippenverband fungierte nicht nur als Sicherung gegen Unglücksfälle für die einzelne Familie bzw. den Jäger. Er übernahm auch die Pflege der Alten. Umgekehrt bedeutete Verstoß aus der Sippe eine der schwersten Strafen, für den Ausgestoßenen kam sie einem Todesurteil gleich.

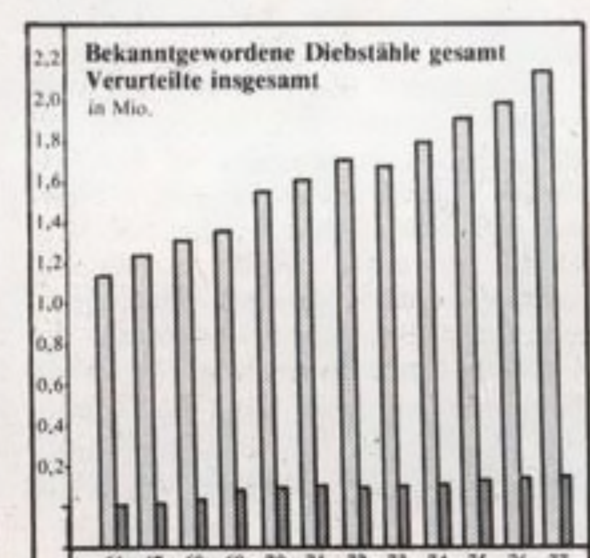
Während für schwere Verbrechen in der Regel mit der Blutrache Vergeltung geübt wurde, waren regelrechte Kriege unter den Inuit unbekannt. Das Mehrprodukt, das dem Sieger einer solchen Auseinandersetzung in die Hände gefallen wäre, war vergleichsweise gering gegenüber den Vorteilen einer gemeinschaftlichen Jagd. Kam es dennoch zu Spannungen, so wurden diese eher durch Spottlieder ausgetragen, die auf gemeinsamen Zusammenkünften vorgetragen wurden. Gegen die Angriffe der europäischen Pelzhändlergesellschaften dagegen setzten sich die Inuit von Anfang an entschieden zur Wehr. So wurden die ersten norwegischen Stationen auf Grönland während des 14. Jahrhunderts von den Inuit vollständig zerstört und ihre Bewohner umgebracht. Und die russischen Handelsgesellschaften konnten ihre ersten Stationen auf Alaska Mitte des 18. Jahrhunderts auch erst errichten, nachdem sie die Inuit in mehreren großen Schlachten geschlagen hatten.

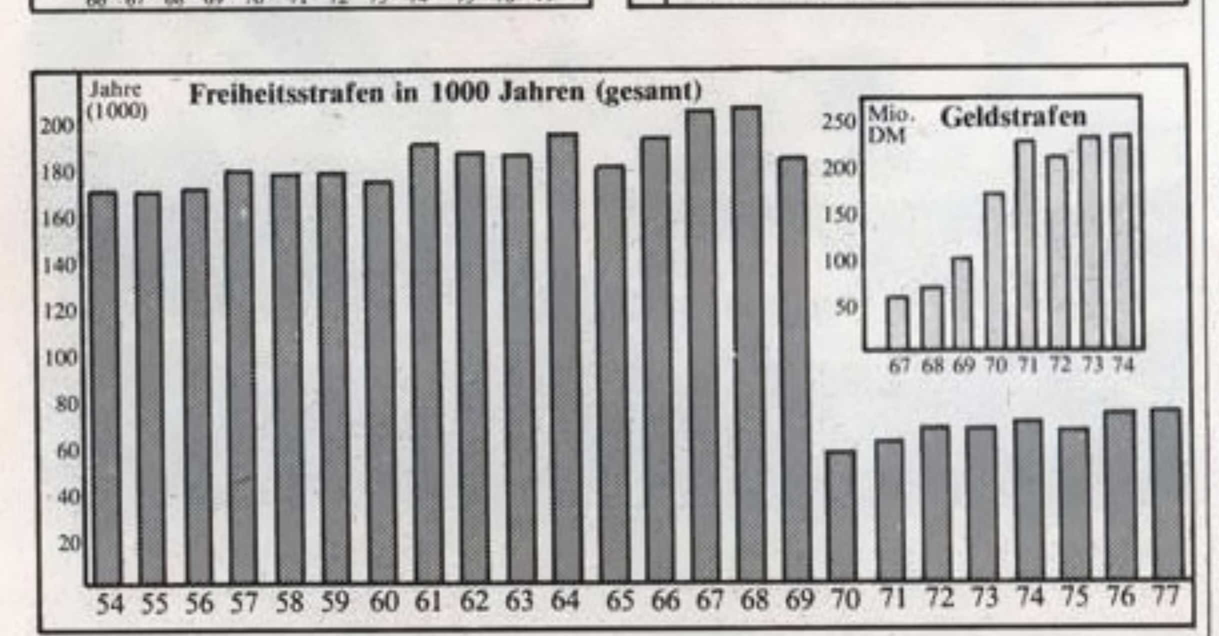


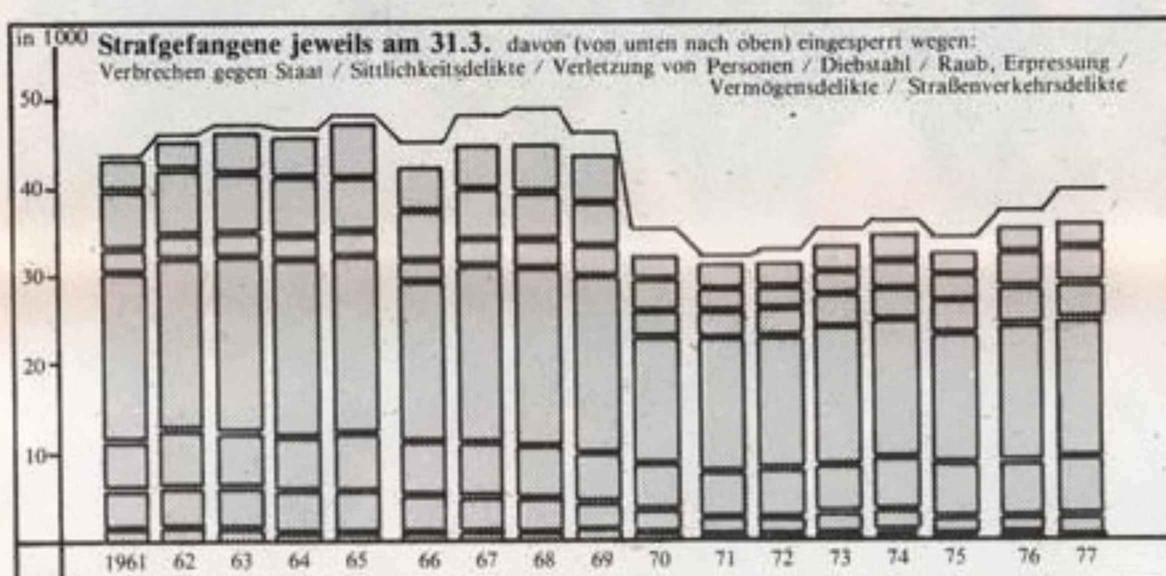
Wohnkasernen für die ihrer Produktionsmittel beraubten Inuit

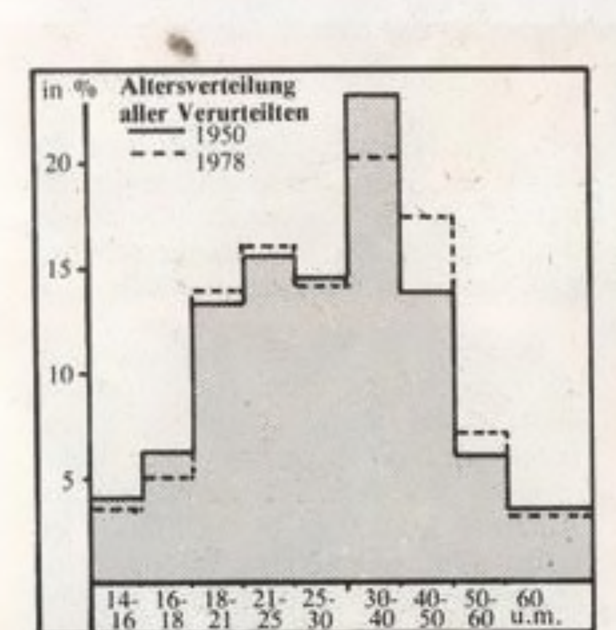


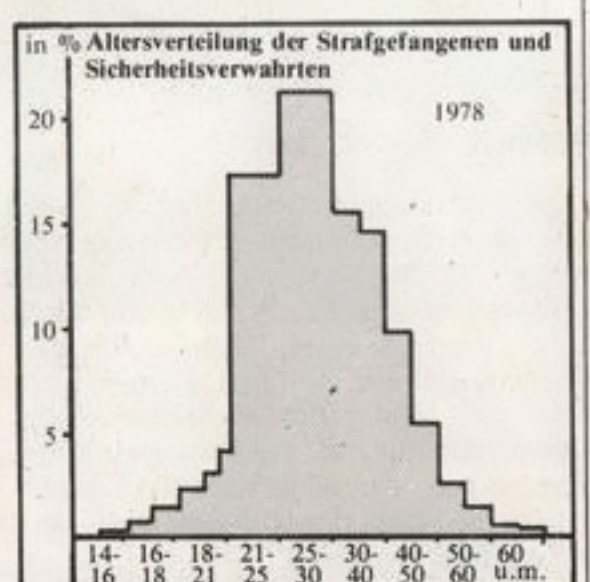


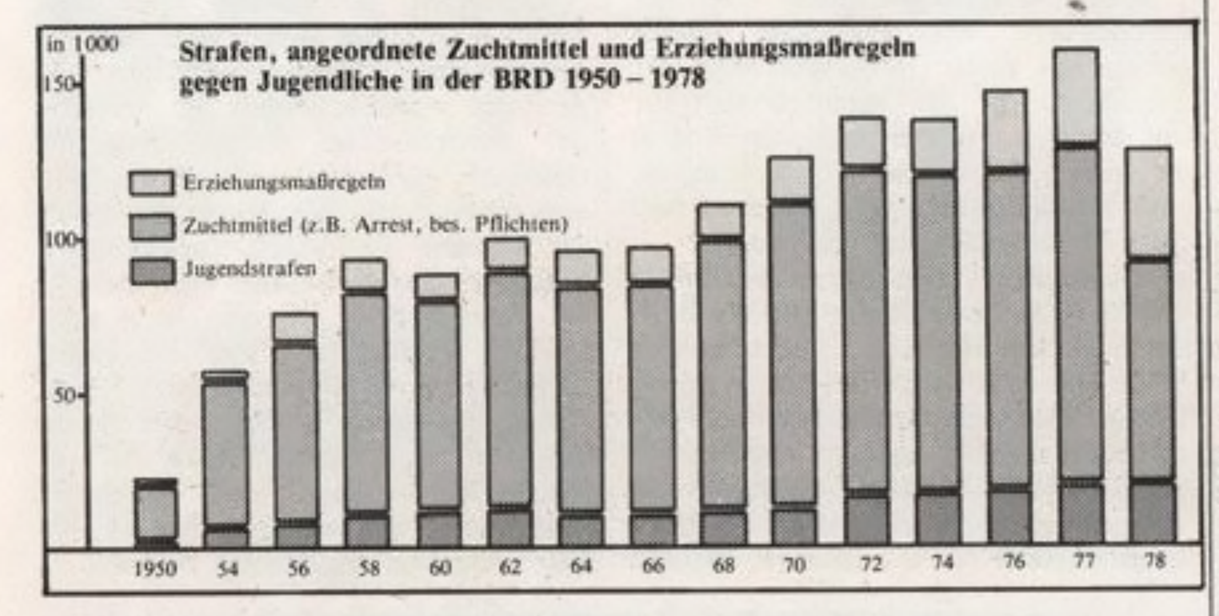


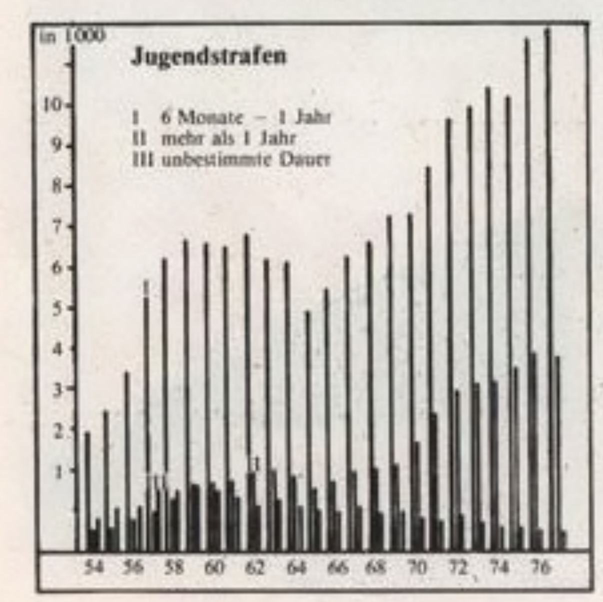


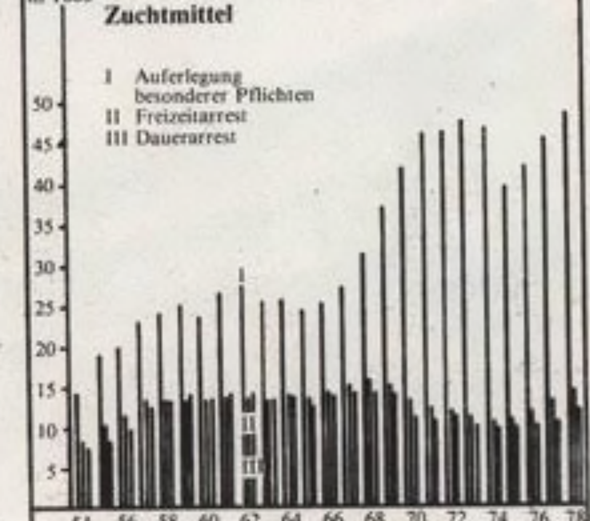
















Die ersten „Zucht- und Werkhäuser" in Deutschland wurden Anfang des 17. Jhdts. in den Hafenstädten Bremen, Lübeck, Hamburg und Danzig als Zwangsanstalten zum Spinnen von Wolle errichtet. Fand sich keine passende Arbeit, wurden Sträflinge auch zu sinnlosen Tätigkeiten gezwungen (Bild links: Tretmühle in einer Strafkolonie im 19. Jhdt.). Der Zwang zur Arbeit war bereits wesentlicher Bestandteil des ersten Preußischen Strafgesetzes von 1850. Im Faschismus trat der Charakter der Zuchthäuser als massenhafte Arbeitslager offen zutage (Bild rechts: Sträflingsarbeit im KZ Sachsenhausen).

Mundraub zählt heute wie Diebstahl. Bei Wiederholung gibt's wenigstens 6 Monate Gefängnis

z.gug. Als die sozialliberale Regierungskoalition 1969 die Regierungsgeschäfte übernahm, setzte sie Zug um Zug die seit 1962 in Arbeit liegende Strafrechtsreform in Kraft. Eine wenig bekannte Änderung 1973 war die Streichung des sogenannten Mundraubparagraphen, §370. Der §370 stufte den Diebstahl von Nahrungs-, Genußmitteln und hauswirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen als Bagatelldelikte ein mit zwar einer Strafandrohung von 500 DM Geldstrafe oder Haft, nach dem die Strafverfolgung jedoch nur auf Antrag verfolgt wurde und, was entscheidend war, bei wiederholtem Mundraub nicht wie bei Diebstahl nach dem Strafgesetzbuch als bei „Rückfall" anzurechnende Tat galt, die zu Freiheitsstrafe führte. „Der Grund für die Privilegierung liegt einmal in der Bagatellnatur", so lautete der damalige Kommentar des Mundraubparagraphen im Strafgesetzbuch, „zum anderen aber in einem *Zugeständnis an das augenblickliche Bedürfnis oder Gelüst,* das den Täter ... bestimmt haben muß."

Wie erklärt es sich, daß die Bourgeoisie, der nichts so heilig ist wie das Eigentum und seine Unantastbarkeit, solches Zugeständnis an ein Lebensbedürfnis der Massen machte, ahndete doch die ihr vorhergehende herrschende Feudalklasse jeden geringfügigen de Feudalklasse jeden geringfügigen Diebstahl meist mit der Todesstrafe? Eine Forderung der Arbeiter- und Bauernmassen in der bürgerlichen Revolution war die Forderung nach „Schutz der Arbeit, staatliche Maßregeln zur möglichen Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes eines jeden". Einen Hauch Niederschlag fand sie noch im ersten Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches von 1871, das als letzten Paragraphen den Mundraubparagraphen anführte. Damals noch ohne Einbeziehung von hauswirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen, was erst 1924 eingefügt wurde.

Hatte die Bourgeoisie schon solch ein Zugeständnis machen müssen, wollte sie es jedoch genau abgrenzen. So galt nur als Mundraub der Diebstahl von solchen Dingen, die der jeweils Stehlende auch nur für sich verbrauchte. Das Brot, das er stahl, hatte er selbst aufzuessen, allenfalls durften sich noch seine nächsten Familienangehörigen daran beteiligen, Gäste durfte er davon schon nicht mehr beköstigen, wollte er nicht wegen Diebstahls mit Gefängnishaft bestraft werden: „Soweit der Täter als Gastgeber oder Schenker diesen Personen gegenüber mit seiner Beute auftreten will, ist §370 unanwendbar ...", so der Kommentar des StGB. Klarer noch tritt der Zweck der feinsinnigen Unterscheidung in dem Diebstahl von hauswirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen zutage: „Hinsichtlich der Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs ist erforderlich, daß der Verbrauch ein hauswirtschaftlicher ist; ein gewerblicher Verbrauch genügt nicht; ... die Vorschrift greift daher z.B. nicht ein, wenn ein Bäcker Holz für einen Backofen entwendet." Besteht auch nur die geringste Möglichkeit, die jeweils gestohlenen Sachen nicht zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft ausschließlich zu verbrauchen, sondern zur Vermehrung des eigenen Besitz- zur Vermehrung des eigenen Besitz- standes, z.B. den Gast für das geklaute Brot bezahlen zu lassen oder gar wie der Bäcker das Holz zur Reproduktion seines Kapitals einzusetzen, dann handelt es sich unwiderstreitbar um Diebstahl, denn Vermehrung des Besitzes und Reproduktion des Kapitals ist das ausschließliche Vorrecht der Kapitalistenklasse und kann nur geschehen durch die Ausbeutung der Arbeitskraft. Ins Gefängnis geht, wer dies auf einem anderen als diesem ehrbaren Wege versucht, erst recht der, der seinen Besitzstand mangels Produktionsmittel auf diese Weise nicht vermehren kann, auch der Verkauf der Arbeitskraft dazu nicht führt und das Problem durch „Diebstahl" zu lösen trachtet. Dies greift das Eigentumsprivileg der Herrschenden an, greift gewaltsam in den Reproduktionsprozeß ihres Kapitals ein, und führt sogar in gesellschaftlich organisierter Form zur vollständigen Beseitigung desselben.

Es ist aber gerade ein der kapitalistischen Produktionsweise eigener Widerspruch, daß gerade das nach ständiger Akkumulation strebende Kapital die Reproduktion der Arbeiterklasse einschränkt und diese oft nicht einmal mehr durch den Verkauf der Arbeitskraft ermöglicht und somit zwangsweise den „Mundraub" an der Kapitalistenklasse fordert zur Befriedigung der „augenblicklichen Bedürfnisse oder Gelüste des Täters", um mit dem Strafgesetzbuch zu sprechen. Diesen Sachverhalt hat Karl Marx im ersten Band des Kapital ausführlich bewiesen und faßt es zusammen im allgemeinen Gesetz der Akkumulation: „Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andrerseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren ‚Freisetzung' ... Der tiefste Niederschlag der relativen Überbevölkerung endlich behaust die Sphäre des Pauperismus ... haust die Sphäre des Pauperismus ... Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Überbevölkerung, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums ... Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats

Die Bourgeoisie betreibt systematisch verschärfte Reaktion gegen den Klassenfeind

z.hej. Auf dem Landesparteitag der SPD am 16.9.1977 in Hamburg stellt Bundeskanzler Schmidt in seiner Rede fest: „Es gibt keine politischen Gefangenen in der Bundesrepublik." Die amtliche Statistik weist mit dem Stichtag 31.3.1977 591 Strafgefangene wegen „Delikte gegen den Staatsschutz" aus. Sind dies keine politischen Gefangene? Ca. 100 Paragraphen hat sich der bürgerliche Staatsapparat im Strafgesetzbuch geschaffen, um neben anderen Paragraphen besonders ihre politische Gegner zu sichern. Die Regierung Schmidt/Genscher war nicht gerade untätig, die Messer gegen die revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung zu schärfen.

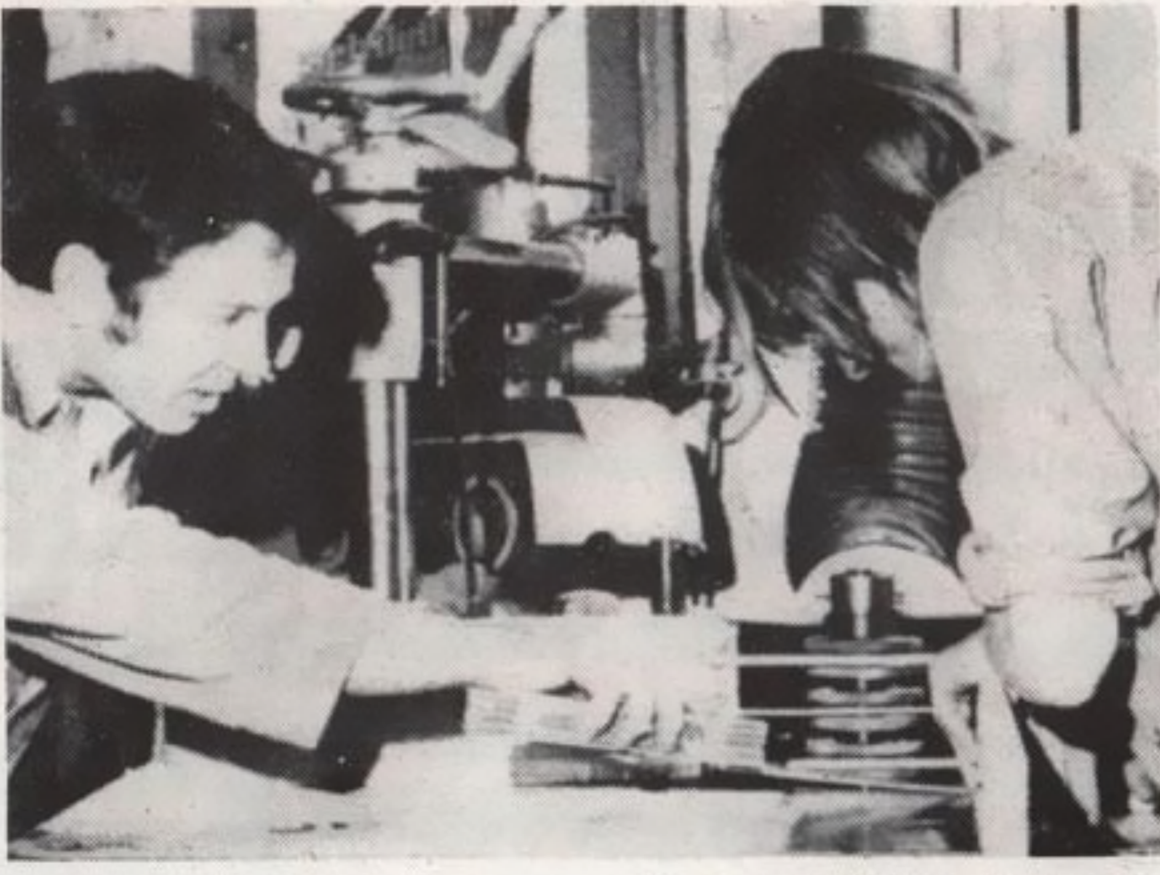
Nachdem die Regierung am 20. Dezember 1974 das Verteidigerausschlußgesetz verabschiedet und damit zahlreiche Rechte der Verteidigung in den politischen Prozessen zu beseitigen droht, wurde 5 Monate vor den Bundestagswahlen 1976 das 14. Strafrechtsänderungsgesetz (StÄG) beschlossen. Es sind dies die Maulkorbparagraphen 88a und 130a, die schärfere Strafbestimmungen gegen die Propaganda gegen den Staatsapparat vorsehen. Zu den Zielsetzungen der Bourgeoisie mit dem 14. StÄG heißt es im Kommentar: „(Es) ist unter dem Eindruck steigender Gewaltkriminalität von der Zielsetzung bestimmt, bereits im Vorfeld der Befürwortung, Anleitung und Androhung von bestimmten Gewalttaten durch die Verschärfung bestehender oder Einführung neuer Tatbestände entgegen zu wirken." Auf deutsch: Angriff auf die revolutionäre Agitation und Propaganda und notwendige Vorbereitung für die Zerschlagung und das Verbot der Kommunistischen Parteien. 1977 folgte in einem Schnellverfahren das Kontaktsperregesetz, um die politischen Gefangenen zu isolieren und lebendig zu begraben.

Über die „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates" werden in einer besonderen polizeilichen Kriminalstatistik die sogenannten Staatsschutzdelikte erfaßt. Bemerkenswert: Staatsschutzdelikte werden über einen unabhängigen kriminalpolizeilichen Meldedienst erfaßt. Die Statistik vermeldet 1974: 2727, 1975: 3596, 1976: 5085, 1977: 7220 und 1978: 7204 Delikte gegen den Staatsschutz. Sie veranschaulicht die Anwendung der Strafbestimmungen, die sprunghaft nach deren Verabschiedung und im Bundestagswahlkampf gegen die Revolutionäre angewandt werden. Ein Auszug aus der Tabelle, in der die Staatsschutzdelikte nach einzelnen Straftaten aufgeschlüsselt sind, soll verdeutlichen, auf welche Strafparagraphen gestützt die Bourgeoisie auf die Revolutionäre und die Arbeiterbewegung schlagen will:

Anzahl der Straftaten

Straftatengruppe (§§ StGB)	1977	1978
Propagandadelikte (86, 86a, 89 – 90a, 109d, 130, 130a, 131)	1339	1816
Sonstige Staatsschutzdelikte	5206	4692
aufgeschlüsselt:		
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (113)	168	148
Öffentl. Aufforderung zu Straftaten (111)	90	31
Hausfriedensbruch (123)	220	76
Landfriedensbruch (125)	99	184
Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (126)	511	362
Beleidigunstatbestände (185 – 187)	346	314
Körperverletzung (223, 223a)	90	84
Nötigung (240)	492	87
Bedrohung (241)	299	281
Sachbeschädigung (303)	2280	2605
Versammlungsgesetz	138	145







„Labore nutrior, labore plector" (Durch Arbeit werde ich erzogen, durch Arbeit werde ich gestraft) – So hieß die Inschrift eines Hamburger Zuchthauses im letzten Jahrhundert. Bis heute sind Zuchthäuser und Gefängnisse billige Arbeitshäuser geblieben. „Der Gefangene ist verpflichtet, eine ihm zugewiesene ... Arbeit ... auszuüben, zu deren Verrichtung er auf Grund seines körperlichen Zustandes in der Lage ist." (§41 des 1977 von der Bundesregierung verabschiedeten Strafvollzugsgesetzes, seit 1. Januar 1980 in Kraft) Die Gefängnisleitung bietet den Kapitalisten die Arbeitskraft der Gefangenen zu niedrigsten Preisen auf dem Arbeitsmarkt an, diese überweisen den Lohn dem Gefängnis. Der Gefangene erhält davon nur ein „Hausgeld" ausgezahlt, der größere Teil wird als Haftkostenbeitrag abgezogen und ein kleinerer Teil als Überbrückungsgeld für die Zeit nach der Entlassung zurückbehalten. Gewerkschaftliche Rechte haben die Gefangenen nicht.

und die Produktivität seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee."

Ein Funken des riesenhaften Reichtums in Händen der Kapitalistenklasse ist für jedermann augenscheinlich in dem zusammengeballten Warenangebot von Konsummitteln der Kaufhäuser und Supermärkte, die in den vergangenen 20 Jahren, die kleinen Einzelhandelsgeschäfte verdrängend, entstanden sind. Die angebotenen Waren scheinen zudem aufgrund der Rationalisierung des Kapitalisten unter dem Verkaufspersonal unbemerkt ohne Bezahlung greifbar geworden, im gleichen Maße wie sie immer eingeschränkter kaufbar werden. Die eingeschränkte Reproduktion der Volksmassen hat die Bourgeoisie veranlaßt, den Mundraubparagraphen zu streichen und stattdessen als Vergehen unter die Diebstahlsdelikte einzureihen.

An die Stelle des §370 hat sie den §248a gesetzt. Dort geht es nicht mehr um Lebensmittel oder lebensnotwendige Gebrauchsgegenstände, die als geringfügiger Diebstahl gefaßt werden, sondern ob Bagatelle oder keine wird seitdem entschieden am Wert der gestohlenen Ware und nicht mehr nach ihrem Gebrauchswert für den Stehlenden. Die Grenze zwischen Bagatelldiebstahl und Diebstahl schwankt in den ergangenen Gerichtsurteilen von 40 DM Bagatellgrenze bis zum Betrag diebstahl und Diebstahl schwankt in den ergangenen Gerichtsurteilen von 40 DM Bagatellgrenze bis zum Betrag der Höhe der wöchentlichen Arbeitslosenunterstützung. Überschreitet der Wert der gestohlenen Ware solchen Grenzbetrag, so muß der Stehlende mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe rechnen.

Gleichzeitig mit der Einordnung von Bagatelldelikten als Vergehen wie der Diebstahl hatte die Bourgeoisie ein neues Rückfallgesetz verabschiedet, nach dem jeder mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten bei wiederholter Tat bestraft wird, worunter jetzt auch der ehemalige Mundraub bei Wiederholung fällt. Neben der Verfolgung des Mundraubs mit Freiheitsstrafe erließ die Bourgeoisie Änderungen der Strafprozeßordnung mit den §§153 und 153a.

Der §153a bestimmt: „Mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts und des Beschuldigten kann die Staatsanwaltschaft bei einem Vergehen vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen und zugleich dem Beschuldigten auferlegen, 1. zur Wiedergutmachung des durch die Tat verursachten Schadens eine bestimmte Leistung zu erbringen, 2. einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung oder der Staatskasse zu zahlen ...".

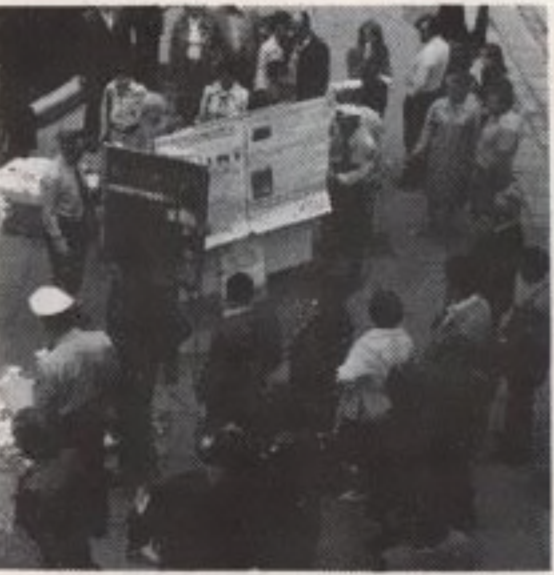
Diese Regelung sieht in der Praxis jetzt so aus, daß jeder, der z.B. bei einem Diebstahl im Kaufhaus erwischt wird, gleich einen Geldbetrag von 50–100 DM zahlen muß und ihn im weiteren eine Geldstrafe erwartet, die er zu zahlen hat, will er einen Prozeß vermeiden. Mit der Strafrechtsreform ist zunächst die Gesamtsumme der von den bürgerlichen Gerichten ausgesprochenen Freiheitsstrafen gesunken, der Betrag, den die Staatskasse an Geldstrafen kassierte, fast proportional gestiegen. Der Anteil derjenigen, die wegen Diebstahls einsitzen müssen, ist dagegen gleichgeblieben und im Steigen begriffen.



„Ertappte Ladendiebin", Bild aus der Zeitung der HBV „ausblick" 1/80

Um in der politischen Unterdrückung voranzukommen, setzt die Bourgeoisie zunächst auf die Verfolgung von Propagandadelikten, die deutlich zunehmen. Anstatt Beleidigung wird jetzt nach 90b abgeurteilt oder das Plakatieren wird nicht als Sachbeschädigung, sondern entlang des Inhalts des Plakates nach 90b verfolgt. In dieser Richtung hat der Bundesgerichtshof neuerlich entschieden, daß eine Bestrafung nach §90a und b StGB (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) für Funktionäre, Mitglieder und Anhänger einer nicht verbotenen Partei das sogenannte Parteienprivileg (Art. 21 GG) nicht entgegen steht. Die Veröffentlichung der Karikatur „Wer will behaupten, Ehrenberg sei kein Schreibtischmörder ..." untergräbt die Verfassungsgrundsätze im Sinne eines langsamen Unglaubwürdigmachens, heißt es in einem Urteil und wird nach §90b abgeurteilt. Der „Nachruf" mit der Überschrift „Jürgen Ponto ist tot" kann geeignet sein, den öffentlichen Frieden zu stören, so oder so ähnlich hat die Bourgeoisie Begründungen für die schärfere Verurteilung gestrickt.

Gesetzmäßig sinnt die Bourgeoisie, mit den neugeschaffenen Unterdrückungsparagraphen des 14. StÄG die Revolutionäre hinter Gitter zu bringen. Jede Regung gegen das kapitalistische Eigentum und die organisierte Staatsmacht der herrschenden Kapitalistenklasse wird mit perfider Systematik und Terror zu zerschlagen versucht. Zunächst werden saftige Geldstrafen verhängt, die nicht in der Statistik aufgeführt werden. Ist man dann immer noch nicht „geheilt", wird die Haftstrafe angewendet, mit der die Bourgeoisie jetzt die Peitsche zu schwingen versucht, um dann mit Verbot den politischen Gegner vom Hals zu schaffen.



Polizeiüberfall auf einen Propagandastand des KBW im Bundestagswahlkampf 1976

Gefangene verstärken Kampf gegen Zwangsarbeit

Auszüge aus dem KVZ-Spezialnachrichtendienst 06

Hannover, 3.7.79. Die Beschäftigung von Strafgefangenen in einem Privatbetrieb fällt nicht unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. Das hat das Bundesarbeitsgericht am 3. Oktober 1978 entschieden (Az: 6 ABR 46/76). Der Kapitalist eines Kartonbetriebes teilte seinem Betriebsrat mit, daß er Strafgefangene einstellen wolle. Der Betriebsrat stimmte dem nicht zu. Das Bundesarbeitsgericht entschied: Das Beteiligungsrecht des Betriebsrates bei Einstellung nach §99,1 BetrVerfG gelte bei Strafgefangenen nicht, sondern nur für Personen, die als Arbeitnehmer im Betrieb beschäftigt werden sollten, für die der Betriebsrat gewählt ist. Das seien Betriebsangehörige, die aufgrund eines privatrechtlich begründeten Arbeitsverhältnisses für den Betriebsinhaber arbeiteten. Dies treffe für Strafgefangene nicht zu. Sie befänden sich aufgrund staatlichen Zwangs in Haft und unterstünden so einem besonderen Gewaltverhältnis. Dies bestünde auch dann, wenn sie außerhalb der Haftanstalt arbeiteten. Sie seien allein auf Weisung der Anstalt zur Arbeit im Betrieb verpflichtet worden ...

Hof, 25.4.79. In der Justizvollzugsanstalt arbeiten die Gefangenen für die

Hof, 25.4.79. In der Justizvollzugsanstalt arbeiten die Gefangenen für die Elektrotechnische Fabrik Popp & Co. in Bad Berneck. Sie müssen im Akkord Computerteile zusammenstecken. Sie erhalten dafür 0,47 DM in der Stunde ... Arbeitsverweigerung wird mit 14 Tagen Arrest, d.h. Einzelhaft, Entzug des Einkaufs und Hofgangs bestraft ... Die Resolution von 22 Gefangenen aus der Justizvollzugsanstalt Lingen an den DGB, in der u.a. die Bezahlung nach Tarif für Arbeit in den Gefängnissen gefordert wird, hat unter den Gefangenen in der JVA Hof heftige Debatten ausgelöst. Weil durch die ständigen Debatten nur noch wenig gearbeitet würde, hat die Anstaltsleitung mit Einbehaltung von 60–70% des Monatslohns gedroht. Die Akkorde wurden hochgesetzt. Mußten bisher 100 Computerteile pro Tag und Mann gesteckt werden, so jetzt 480 Stück. Die Gefangenen haben bis jetzt geschlossen die Unterwerfung unter diese ungeheure Schinderei verweigert und halten an ihrem Pensum von 50–100 Stück pro Tag fest.

Wittlich, 29.5.79. In der Justizvollzugsanstalt Wittlich verdient ein Gefangener, der 100% Akkord bei Ideal-Standard arbeitet, pro Tag 4,39 DM. Von diesem Hungerlohn müssen die Gefangenen die gesalzenen Preise für „Lebens- und Genußmittel" an der Verkaufsstelle in der JVA bezahlen. Ein Gefangener stellte folgenden Preisvergleich auf:

Ware	Preis: JVA	draußen
Haarshampoo	4,00	2,70
Fa-Seife	1,45	0,90
Rasierklingen	5,50	4,00
Zucker, 1 kg	1,85	1,65
Butter, 250 g	2,40	2,10
Nescafé, 200 g	12,98	10,00

Amberg, 11.7.79. Häftlinge der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen Zwangsarbeit (26 Pfg. pro Stunde) bei Siemens, Mikan (Bauunternehmen) und der Bayrischen Milchindustrie (BMI) verrichten. 2 DM wird ihnen monatlich für die Arbeitslosenversicherung abgezogen. Sämtliche Körperpflegemittel müssen sie selbst bezahlen. Die meisten arbeiten 12 Stunden am Tag. Zu den gefährlichsten Arbeiten werden sie gezwungen. Als bei der BMI neulich die Trockenmilch im Silo verbrannte, mußten zwei Arbeiter aus der JVA mit Atemschutz (im Innern des Silos hatten sich giftige Dämpfe entwickelt) die Rückstände mit Preßlufthämmern lösen ...

Lingen, 23.7.79. Rund 1000 Arbeiter und regelmäßig bis zu 70 Strafgefangene aus der JVA Lingen und aus Außenlagern der JVA beutet der Fahrradkapitalist Kynast in Quakenbrück aus. Die Strafgefangenen arbeiten für einen Tageslohn zwischen 5 und 6 DM, erhalten Essen und je nach Leistung Tabak und Kaffee. Jetzt hat die Geschäftsleitung per Brief an jeden Arbeiter bekanntgegeben, daß an den nächsten drei Samstagen von 5–11.15 Uhr gearbeitet werden soll ... Die JVA bot den Gefangenen für samstags sieben Packungen Tabak, um sie zur Arbeit anzureizen ... Es fuhren aber nur 20 Mann und auch nur deshalb, weil sie keinen Tabak und kein Geld mehr hatten. In der JVA gibt es jetzt eine Initiative, die erneut in Verbindung mit dem DGB treten will, um die Forderung nach Tariflohn und gewerkschaftlicher Vertretung auch als Forderung der Gewerkschaft zu erheben.

schaftlicher Vertretung auch als Forderung der Gewerkschaft zu erheben.

Kislau, 11.9.79. In dem ehemaligen KZ Kislau bei Kronau sind 120 Arbeiter inhaftiert, die Kurzstrafen bis 6 Monate absitzen müssen. Der überwiegende Teil muß Geldstrafen absitzen, da sie durch Arbeitslosigkeit z.B. nicht in der Lage sind, die Geldstrafen zu bezahlen. 15 müssen für DESCO, Langensteinbach, Elektrokabel montieren, weitere 15 sind auf dem „Gutshof" bei einem privaten Gutsbesitzer beschäftigt. Entlohnung: 5,70 DM/Tag. Weitere Zwangsarbeitsstellen sind noch in der Schreinerei und Schleiferei, Ausbildungsmöglichkeiten gibt es nicht.

Butzbach, 22.10.79. 250 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Butzbach haben in einem offenen Brief an den hessischen Justizminister Günther gegen die Überbelegung der Zellen protestiert. Die für 400 Gefangene vorgesehene Anstalt ist mit 700 Gefangenen belegt. 12 m² mit einer 4-Mann-Zelle, die Einzelzellen sind auf Anordnung Günthers mit 2 Personen belegt. Die Gefangenen fordern, die Zahl der Häftlinge sofort zu verringern durch Entlassung der 100 in Butzbach inhaftierten Schwarzfahrer, Obdachlosen, und „Geldstrafenbesitzer".

Lingen, 10.9.79. Brief von dreizehn Gefangenen der JVA Lingen an die Bundesregierung, an das Bundesjustizministerium; an die Niedersächsische Landesregierung; an die Lingener Tagespost; nachrichtlich an den Deutschen Gewerkschaftsbund: Wie aus der Presse der letzten Woche zu entnehmen ist, beabsichtigt die Bundesregierung eine Reform des Strafvollzugs. Vom 1.1.1981 soll das Arbeitsentgelt für Gefangene von derzeit etwa 5 DM pro Tag auf 10 DM pro Tag erhöht werden. Weiter sollen ab dem 1.1.81 die Gefangenen in die gesetzliche Krankenversicherung und ab dem 1.1.86 auch in die Rentenversicherung einbezogen werden ... Wir, die Strafgefangenen in der JVA Lingen, erklären zu dieser „Reform": Wir lehnen sie ab, weil sie uns nichts nützt, an unserer Lage nichts ändert und schon erhobenen Forderungen der Gefangenen nicht entspricht. Gegenwärtig ist es so, daß wir meist (auch nicht immer) 4,99 DM pro Tag und Gefangenen erhalten, wenn wir arbeiten ... Durch die „Erhöhung" um 5 DM werden sich aller Erfahrung nach weiter die Stückzahlen z.B. bei der Kissenproduktion hier im Gefängnis erhöhen, unsere Arbeitskraft wird überall, wo wir arbeiten müssen, weiter zu einem Spottpreis ausgepreßt ... Viele von uns arbeiten in der Produktion als vollwertige Arbeiter. Wir wollen den gleichen Lohn wie die „zivilen" Arbeiter auch. Wir wollen auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Vertretung. Wenn wir Arbeiter haben, was in den Gefängnissen auch oft der Fall ist, da fordern wir Arbeitslosengeld in Höhe von mindestens 80% des letzten Nettolohnes. Zu den Versicherungen: Gegenwärtig zahlen die Unternehmen keine Kranken- und Rentenversicherung. Wir sind über die Anstalt zwangsversichert und haben nicht das Recht auf z.B. freie Arztwahl ... Wir meinen, daß die Anstalt bzw. die Unternehmen, bei denen wir arbeiten müssen, vollständig die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge zahlen sollen, die Gefangenen also in diese Versicherungen umgehend einbezogen werden, und daß sie zusammen mit den übrigen Versicherten die Versicherung verwalten ... Das „Angebot" der Bundesregierung trägt den Interessen der Gefangenen keinerlei Rechnung ... Wir fordern die Erfüllung unserer Forderungen: Tariflohn für sen der Gefangenen keinerlei Rechnung ... Wir fordern die Erfüllung unserer Forderungen: Tariflohn für Gefangene – Recht auf gewerkschaftliche Vertretung – Sofortige Einbeziehung in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung – Bezahlung der Versicherungen durch die Kapitalisten – Selbstverwaltung der Sozialversicherungen!

München, Januar 1980. Brief von 57 Gefangenen in München-Stadelheim an den Petitionsausschuß des Bayerischen Landtags, z. Hd. des Vorsitzenden Herrn Sepp Klasen ... Bezahlt bekommen die arbeitenden Gefangenen für die Vernutzung ihrer Arbeitskraft zum weitaus größten Teil 47 Pfg. in der Stunde ... Die „Entlohnung" der Gefangenen bringt einigen Kapitalisten dicke Extraprofite und füllt zugleich die Geldsäckel des Landes Bayern, das über die Anstaltsleitung feste mit abschöpft aus der scharfen Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen, bei sklavischen Arbeitsbedingungen ... Wenn jetzt die Abgeordneten Klasen und Ritter geäußert haben, daß „die Löhne denen draußen angepaßt" werden müssen (SZ 11.12.79), so begrüßen wir das. Aber: wir wollen darauf nicht das nächste Jahrzehnt warten. Wie uns bekannt wurde, soll zum 31.12.80 die „Entlohnung" per Gesetz aufs Doppelte angehoben werden. Das würde ab 1981 für den größten Teil der Gefangenen so im Schnitt eine Mark bedeuten. Das reicht nicht! Wir fordern deshalb: Sofortige Erhöhung der „Entlohnung" auf einen Mindestsatz von 2 DM in der Stunde, Anpassung an die Tariflöhne der jeweiligen Branchen für Arbeiter und Angestellte bis zum 31.12.80 für alle Gefangenen, Lohnfortzahlung auch im Krankheitsfall, an gesetzlichen Feiertagen und eventuellem Urlaub, eine bezahlte und zeitlich fest garantierte Frühstückspause von einer Viertelstunde. Wir wollen also gesamt gesehen nicht mehr als Lohndrücker gegen die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten eingesetzt werden. Wir wollen darum auch endlich die Möglichkeit, uns in geheimen Wahlen Gefangenensprecher wählen zu können, die unsere Interessen vertreten können. Wir erwarten Ihre Antwort.

Lieder und Dokumente zu den Musiktagen 1979 aus Bayern

Wer profitierte von der Revolution von 1525? Die Fürsten. – Wer profitierte von der Revolution von 1848? Die *großen* Fürsten, Östreich und Preußen. Hinter den kleinen Fürsten von 1525 standen, sie an sich kettend durch die Steuer, die kleinen Spießbürger, hinter den großen Fürsten von 1850, hinter Östreich und Preußen, sie rasch unterjochend durch die Staatsschuld, stehen die modernen großen Bourgeois. Und hinter den großen Bourgeois stehn die Proletarier. (Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg, Kapitel VII.)

Im Kampf gegen die Nachtarbeit machen die Regensburger Schreinergesellen ein Theaterstück

Der 18. Gesell
Guett gesell geh mit mir hinein
Zum Richter, das wir da erschein
vnd vnser Klag Im bringen für.

Der 7. Maister geht schnell hinein und spricht:
Ey lieber wie ist aber dir
mainstu beym Richter vil zu gewinnen
schau das diess recht nit thue zerrinnen
mir Maister woln auch gehen mit
was ir vbers Liecht wert klagen.

Der 19. Gesell antwortet:
Darnach so thuen wir wenig fragen
Das recht muss vns doch gunst beweissen
bloss euch maistern den Kittel zerreissen
Darumb last vuss eillensa gehn
ich siehe dort gleich den Richter stehn.

Der Richter:
Ich sitz zu gericht auff disen tag
wer was zu klagen hat der klag.

Der 20. Gesell klagt:
Herr Richter vor euch erscheinen wir
euch eine klag zu bringen für.
vbers Liecht so vns thuet blagen
Morgens vnd abents vns vberladen
mit vberriger arbeit zwang
halt vns vom schlaff auff gar zu lang.

Richter:
Ir Maister was ist euer sag
auff letzt gemelter gseln klag.

Der 8. Maister antwortet:
Herr Richter die klag ist entwicht
aus faulheit vnd muthwiln erdicht
das liecht wir nit geratten megen
bitt wolt die sachen bass erwegen
Irer klag nicht gleich beyfallen.

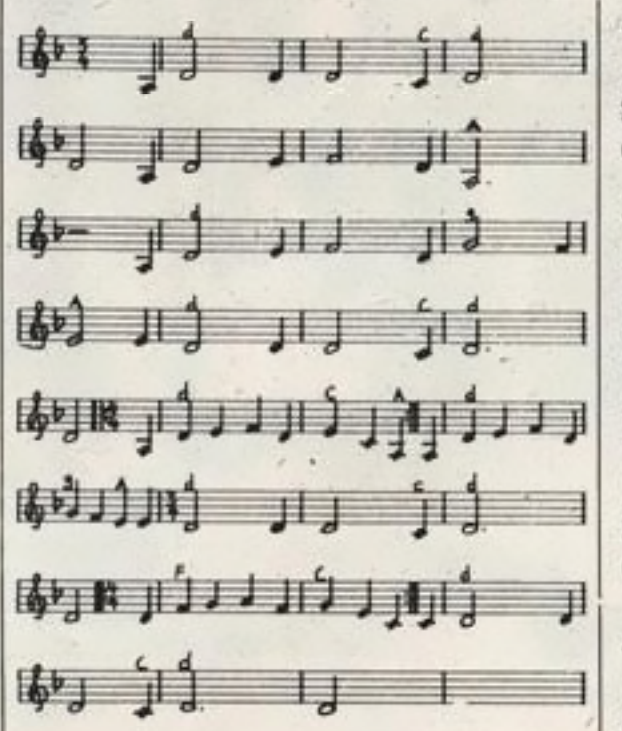
Der Richter felt das Urtheil:
Damit hie niemandt werde verletzt
so bin ich zu einem Richter gesetzt
in disem handel von dem liecht
dess ir mich gnugsam habt bericht
Derhalb auff klag vnd antwort eben
soll ich jetzunt das Urtheil geben
vor Gericht ist angesehen worden
der Schreiner gesellen harder orden
den sie mit arbeit bringen zue
haben tag vnd nacht wenig Rue
Dieweil ich dan sitz zu Gericht
vnd hab von euch sovil bericht
dass euer Jetziger handel gerecht
allein vber das Liecht gets schlecht
auch das der tagwerk abgebrochen
soll von mir werden das Urtheil gesprochen
in gegenwarts der Maister all
obss gleich nicht einem Jeden gfall.

Bayerischer Bauern Vaterunser
(Zeit des 30jährigen Krieges)

Sobald der Soldat kömmt herein,
So grüßt er uns im Friedensschein:
‚Vater unser'!
Wir Baurn denken uns im Sinn:
Der Teufel hol den Gast dahin, ‚der du bist'.
Das Fluchen ist ihm angeborn
Kein Heiliger bleibt ungeschorn ‚in dem Himmel'.
Ich glaub nicht, daß man einen find,
Der unter diesem Lästerg'sind, geheiligt werde'.
Es ist ja kein Volk auf Erde,
Durch welches so gelästert werde ‚Dein Name'.
Sie quälten uns ohn' Ruh und Rast
Und schreien stets „Bauer, was du hast, ‚zukomme uns'!"
Sie sengen und rauben in eim Jahr
Und wenn sie könnten auch sogar
‚Dein Reich'.
Herr! wenn du sie thätst all erschlagen,
Wir Bauren würden mit Freuden sagen: ‚Dein Wille geschehe';
Denn, wenn man nichts von ihnen hört,
So leben wir Bauern hier auf Erd ‚wie im Himmel'.
Ich weiß nicht, wo dies Volk hing'hört!
Im Himmel zu wohnen sind's nicht werth, ‚also auch auf Erden'.
Sie wollen gar nicht warten lang
Und haben stündlich das Gesang:
‚Gieb uns heunt'!
Sie thuen uns erschrecklich plagen,
Dazu ist das verfluchte Schlagen ‚unser täglich's Brod'.
Und wenn sie auch uns Bauern schlagen,
So wird nach diesem Keiner sagen:
‚vergieb uns'.
Wir können uns gar nicht erholen,
Wenn wir dazu noch zahlen sollen ‚unsere Schulden'.
Sie wollen auch als wie die Affen
Sogar bei unsern Weibern schlafen ‚als wie wir'.
Trifft einer eine schöne Wirthin an
So wollt er lieber ihrem Mann ‚vergeben'.
Sie machten uns viel Kummer
und Müh.
Ich wollt der Teufel holte sie ‚samt unsern Schuldigern'.
Wenn einer nicht mehr gehen kann,
So heißt es „Bauer spanne an ‚und führe uns'."
Noch müssen wir mit Schmerz verspüren,
Daß sie alle Mädchen uns verführen,
‚nicht in Versuchung'!
„O Kaiser, lindre diese Pein,
laß uns nicht so gequälet sein, ‚sondern erlöse uns'!
Führ' doch hinweg die Kriegsleut,
So seind wir hier und dort befreit ‚von allem Übel'.
Gott helfe, daß dies werde wahr,
So woll'n wir singen immerdar:
‚Amen'!"

Der arme Kunrad

Der arme Kunrad, Lied der fränkischen Bauern aus dem Bauernkrieg 1524/25. „Kunrad" hieß der „gemeine Mann".



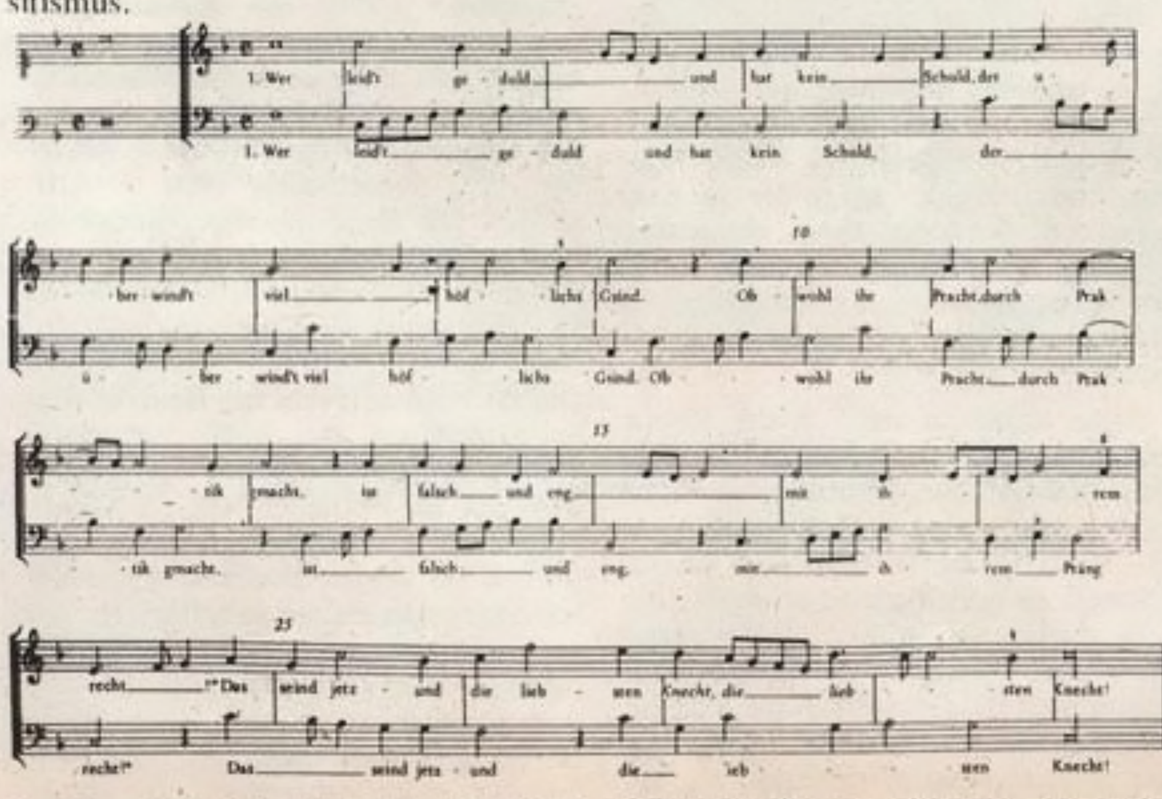
1. Ich bin der arme Kunrad
Und komm von nah und fern,
Von Hertematt, vom Hungerrain
Mit Spieß und Morgenstern.
Ich will nicht länger sein der Knecht,
Leibeigen, frönig, ohne Recht.
Ein gleich Gesetz, das will ich han,
Vom Fürsten bis zum Bauersmann.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
drauf und dran!

2. Ich bin der arme Kunrad
In Aberacht und Bann,
Den Bundschuh trag ich auf der Stang,
Hab Helm und Harnisch an.
Der Papst und Kaiser hört mich nicht,
Ich halt nun selber das Gericht,
Es geht an Schloß, Abtei und Stift,
Nichts gilt als wie die heilge Schrift.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
drauf und dran!

3. Ich bin der arme Kunrad,
Trag Pech in meiner Pfann.
Heijoh! Nun gehts mit Sens und Axt
an Pfaff und Edelmann.
Sie schlugen mich mit Prügeln platt
Und machten mich mit Hungern satt,
Sie zogen mir die Haut vom Leib
und taten Schand an Kind und Weib.
Ich bin der arme Kunrad.
Spieß voran,
drauf und dran!

Wer leid't Geduld und hat kein Schuld

Das Lied (1539) besingt vom stadtbürgerlichen Standpunkt aus den adligen Parasitismus.

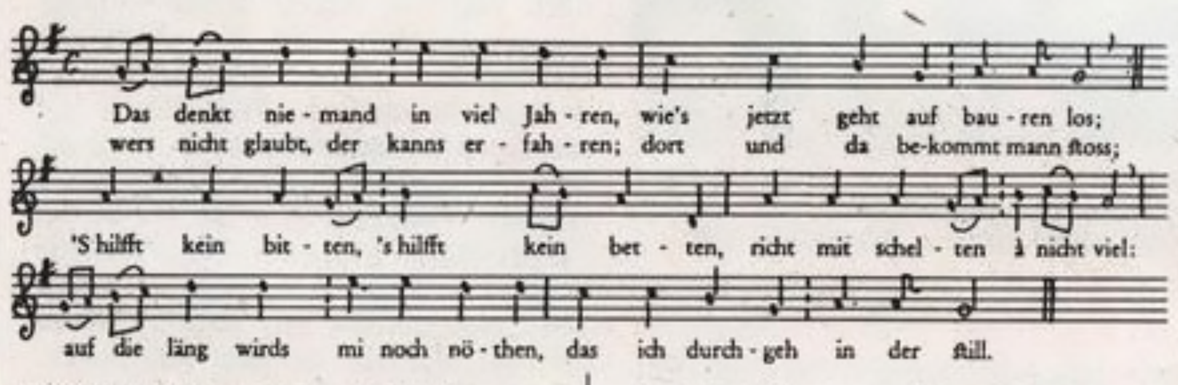


1. Wer leid't Geduld und hat kein Schuld,
der überwindt viel höflichs Gsind.
Obwohl ihr Pracht, durch Praktik gmacht,
ist falsch und eng, mit ihrem Präng recht!"
Das seind jetzund die liebsten Knecht,
die liebsten Knecht!

2. Wers's treulich meint und ob's erscheint,
so ist's doch nicht, wo er nicht richt, (nicht einrichtet)
den Mantel geschwind hängt nach dem Wind
und such Finanz (Betrug) all böse Schanz (alle üblen Vorteile)
Hält's gut für Ehr, so gilt er mehr:
Nur wie man's mach, so b'sehe er, daß er auch mitlach.

3. Günn's jedem wohl, der's brauchen soll!
Sehe eben drauf: Es kummt Reukauf! (Reue)
Wird's hier nicht geahnd't, dort gilt kein Pfand,
in jener Welt da gilt kein Geld,
sein falscher Wahn mag nit bestehn
noch haben Kraft: Das End erzeucht (beweist) die Meisterschaft!

Bauernklag über das Papierstämpeln, um 1700



Das denkt niemand in viel Jahren,
wie's jetzt geht auf bauren los;
wers nicht glaubt, der kanns erfahren;
dort und da bekommt man stoss;
S'hilfft kein bitten, s'hilfft kein betten,
richt mit schelten a nicht viel:
auf die läng wirds mi noch nöthen,
das ich durchgehn in der still.

Ich verkauff eh holtz und eysen,
Wagen, pflug, und all mein Viech,
Eh ich mich lass so Callmeisen
lass ich haus und hoff in stich
wenn a jeder narr kann sagen
gleich nur grad: ihr bauren! gebts!
ha! ha wo fehlts? mann muss eh fragen:
Bauern! sagts, woher das lebts?

Was mann in der statt thut denka,
ist schon mehr als wie ein Mauth;
Mann Zielt recht auffs gelt verschenka,
wann ich dran denk, schaurt ma d'haut:
bin dort schon in d'straff verfallen,
wie das ding mich immer schert!
Mein herr pfarra! sag mirs Z'gfallen,
habt ihr nichts vom stämpeln ghört?

Beym Schmid, dem ich bring offt Kohlen,
Habn's mir ein Calender g'schenkt,
Hab just drinnen schauen wollen,
wie offt d'Sonn am himmel hängt;
bin vors selbig Mauth-ambt komma,
hab just g'lessen drin auffs best
Habns ma mein Calender g'nomma,
weil Er nicht ist g'stämpelt g'west.

Mein Process ist auch dersoffen,
der schon dauert hat a wal,
bin umsonst zum Doctor g'loffen,
S'hilft ka schrift, ka murmural;
Hab a läng nicht vor könnt kemma,
war von frost schon aller starr;
Z'letzt mann wollt die schrifft nicht nemma,
Weil's Papier nicht g'stämpelt war.

Aber, was das ding will sagen,
bild mirs g'mächlich wohl schon ein,
wenn ma was in d'statt wird tragen,
wirds halt müssen g'stämpelt seyn;
Wer beym Vieh nichts ein will büssen,
wann manns treibt hin Zum Verkaff,
wird's auf d'welt mit bringen müssen,
S'stämpel-Zeichen auf dem Schwaf.

Was wirds aber endlich weren?
denkts an mich: es kommt so weit,
das mann z'letzt bey allen Thören
selbst noch stämpeln wird die leuth:
all's, was reiten wird und fahren,
oder gehn in d'statt hinein,
wird niemand passirt als d'Narren,
weil sie ja schon g'stämpelt seyn.



715 wurde der Regensburger Bischof Emmeran auf der Reise von seinem Kloster nach Rom in Oberbayern erschlagen. Eine Darstellung aus dem 12. Jahrhundert macht daraus einen Märtyrertod.



Der Abt von Kempten fälschte eine Urkunde, mit der er beweisen wollte, daß es uraltes Recht der Kirche ist, die Bauern zu Abgaben zu zwingen.



Aufbereitung und Verhüttung des Erzes



Mauthalle – Kornspeicher und Wägehalle der Nürnberger Kaufleute, hier wurde von durchreisenden Kaufleuten „Maut" (Zoll) erhoben.



Ansicht der zweiten Bayreuther Fayencefabrik um 1750, mit Zuchthaus und Marmorfabrik.